

# Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2020

THEMA IM FOKUS

## Solidarität – Gelebte Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt

4 | **Was heißt und wie begründet man Solidarität?**  
Plädoyer für den sparsamen Umgang mit einem (zu) häufig verwendeten Begriff  
von Georg Kohler

11 | **Zerrissene Gesellschaft, gefährdeter Zusammenhalt?**  
Solidarität in der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise  
von Klaus Dörre

20 | **„... auf echte Gerechtigkeit wagen wir nicht zu hoffen, aber wir wollen aufrichtige Solidarität“**  
Klimawandel und globale Solidarität  
von Stefan Einsiedel

26 | **Commoning als strukturelle Solidarität**  
Neue Formen von Solidarität und Solidarisierung  
von Annette Schlemm

33 | **Solidarität und politische Bildung**  
Terminologische Annäherung, Verortung und Fragen an die politische Bildung  
von Christoph Schultz, Christoph Schützler und Claudia Lübcke

Außerschulische Bildung  
Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2020



## Zu diesem Heft

Solidarität – Welch großer Begriff! Eine Befragung unter den Leser\*innen dieser Fachzeitschrift würde dazu wohl sehr unterschiedliche Konzepte ergeben. „Der Begriff ‚Solidarität‘ ist machtvoll und unscharf zugleich“ heißt es im ersten Beitrag zu diesem Themenschwerpunkt. Er kann sich auf politische Zusammenhänge beziehen, sowohl im lokalen als auch im globalen Kontext, er kann als ethisch-moralischer Anspruch an jeden einzelnen und an Gruppen formuliert werden oder auch als Forderung nach einer transformierenden Solidarität, bei der es darum geht, die Zukunft unseres Planeten durch ein entschiedenes Handeln heute zu erhalten.

In dieser Ausgabe wird der Versuch unternommen, diesen großen Begriff näher zu beleuchten und seine Kraft und Gestaltungsfähigkeit für die politische Bildung nutzbar zu machen.

Der erste Beitrag geht der Frage nach, wie sich Solidarität begründen lässt. Er versteht Solidarität als ein Konzept abgrenzbarer Gemeinschaftlichkeit, das besonders für Gruppen interessant ist. Das schließt den moralischen Anspruch auf eine übernationale Hilfspflicht nicht aus. Darauf hebt der zweite Beitrag ab, der die Notwendigkeit von Solidarität angesichts einer ökonomisch-ökologischen Zangenkrise beschreibt. Hier geht es um eine Nachhaltigkeitsrevolution mit dem klaren Ziel, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren und die Lebensqualität der heute und zukünftig lebenden Menschen zu steigern.

Folgerichtig rückt der dritte Beitrag den Klimawandel und die globale Solidarität in den Fokus: Kann weltweite Solidarität gelingen? Wie könnte sie konkret aussehen?

Konkret um neue Formen von Solidarität und Solidarisierung geht es dann in den letzten beiden Beiträgen: insbesondere um Commoning, der Entwicklung von lebendigen, selbstorganisierten und problemorientierten sozialen Strukturen, um solidarische Landwirtschaft sowie um das Konzept einer progressiven Solidarität, das der politischen Bildung als Orientierung dienen kann. Mit einem „Koordinatensystem des Nachdenkens“ bietet es Formaten der politischen Bildung konkrete Anregungen für das Aufgreifen unterschiedlicher Solidaritätskonzepte.

Alles in Allem also eine Menge Inhalt für einen großen Begriff...  
Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



*Friedrun Erben*

Friedrun Erben

**Thema des nächsten Heftes:**  
Europäische Perspektiven

### Thema im Fokus:

#### Solidarität – Gelebte Vielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt

- 4 **Was heißt und wie begründet man Solidarität?**  
von Georg Kohler
- 11 **Zerrissene Gesellschaft, gefährdeter Zusammenhalt?**  
von Klaus Dörre
- 20 **„... auf echte Gerechtigkeit wagen wir nicht zu hoffen, aber wir wollen aufrichtige Solidarität“** von Stefan Einsiedel
- 26 **Commoning als strukturelle Solidarität** von Annette Schlemm
- 33 **Solidarität und politische Bildung** von Christoph Schultz, Christoph Schützler und Claudia Lübcke

### Forum

- 40 **Uneigennützig? Unternehmensnahe Stiftungen als Förderer des gesellschaftlichen Zusammenhalts** von Anja Hirsch
- 45 **Die Bedeutung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. für die Kinder- und Jugendhilfe** Interview mit Thomas Thomer

### Politische Bildung praktisch

- 47 **Neue Wege in der politischen Bildung** von Eva Majewski und Melanie Piepenschneider

### Jahresthema im AdB

- 52 **Transformative Bildung** von Julia Lingenfelder

### Rezensionen

- 58 **Rezensionen**

### AdB aktuell

- 68 **AdB aktuell**

### Berichte, Hinweise, Nachrichten

- 79 **Personalien**
- 80 **Aus Profession und Politik**
- 87 **Ausschreibungen und Wettbewerbe**
- 89 **Veranstaltungen**
- 90 **Zeitschriftenschau**
- 92 **pb-digital**
- 93 **Jahrgangsregister**
- 96 **Impressum**

Die Ausgaben der Außerschulischen Bildung, deren Erscheinen mehr als zwei Jahre zurückliegt, können auf der AdB-Homepage über folgenden Link kostenlos abgerufen werden: [www.adb.de/zeitschrift\\_ab](http://www.adb.de/zeitschrift_ab)  
Ab der Ausgabe 1/2020 erscheint die Fachzeitschrift als Print- und Online-Ausgabe.

# Was heißt und wie begründet man Solidarität?

## Plädoyer für den sparsamen Umgang mit einem (zu) häufig verwendeten Begriff

**Der Begriff „Solidarität“ ist machtvoll und unscharf zugleich. So kann er als ein – schmerzhaftes Opfer einfordernder und emotionalen Druck erzeugender – Anspruch auftreten, er kann aber auch nicht mehr verlangen als die normalen Leistungen ethisch-moralischer Zuwendung. Dabei steht er häufig in ungeklärtem Verhältnis zum Begriff und zur Idee der Gerechtigkeit. Um einen tragfähigen Boden für die weiteren Überlegungen zu haben, wird von der Annahme ausgegangen, dass „Solidarität“ als ein Konzept ausdrücklicher und abgrenzbarer Gemeinschaftlichkeit zu verstehen ist; also nicht universalistisch und nicht primär ethisch-moralisch, sondern vor allem in Hinsicht auf die Interessen begrenzter Gruppen.** von Georg Kohler

### Solidarität als Element begrenzter Gemeinschaftlichkeit

Solidarisch sind und handeln wir normalerweise im Kontext einer besonderen Zusammengehörigkeit. Das solidarische „Wir“ bedeutet dann viel mehr als eine abstrakte Allgemeinheit. Es ist nicht Ergebnis irgendeiner (gesellschaftstheoretischen oder staatsrechtlichen) Verallgemeinerung wie das die Staatsangehörigkeit oder die individuelle Gemeinsamkeit einer soziologisch relevanten Eigenschaft (Einkommensgröße, Klasse, Bildungsgrad etc.) sind. Zur Wirklichkeit von Solidarität gehört immer die emotionale Bindung an den Bestand sowohl der Gruppe als solcher als auch an das Wohlergehen derjenigen, die ihr angehören.

Solidarität entsteht nicht ohne Grund als Element eingeschränkter, partikulärer Wir-Einheiten. Sozialpsychologisch einleuchtend konstatiert das etwa *Richard Rorty*: „Unser Solidaritätsgefühl (ist) am stärksten, wenn die, mit denen wir uns solidarisch erklären, zu ‚uns‘ gehören und ‚Wir‘ etwas enger Begrenztes als die Menschenrasse ist. Das kommt daher, dass die Begründung ‚weil sie/er ein Mensch ist‘ eine schwache, nicht überzeugende Erklärung für eine großzügige Handlung liefert.“ (Rorty 1989, S. 308)

Genau das ist aber anders, wenn jemand eben „einer/eine von uns“ ist, weil sie/er „zur Familie“ gehört oder zum „Stamm“ oder (und immer noch) zu jener fiktiven Abstammungsgemeinschaft, die sich seit bald 200 Jahren „Nation“ nennt.

Das dezidiert nicht-universalistische, auf eine gegebene und begrenzte Gemeinschaft bezogene Verständnis von Solidarität, das sich beispielsweise von der christlichen, menschenbezogenen Fürsorglichkeit, aber auch von der Vorstellung einer unbedingt geforderten Achtung vor der Würde des einzelnen Menschen unterscheidet, ist nicht unbestritten. <sup>1</sup> Wer dieses Verständnis vertritt, wird dadurch allerdings nicht gleich zum Anhänger eines auf Gegensätze erpichten Solidaritätsmodells. Gegnerschaftsorientierung ist freilich häufig ein Aspekt machtvoller Solidaritätskonzepte: Wer zur Solidarität mit den „Ausgebeuteten“, den „Jungen“ (gegen die „Alten“) oder mit den „Heimatbewussten“ (gegen die „Heimatmüden“) etc. aufruft, hat immer jene andere Seite im Blick, die nicht selten zur bedrohlichen und entsprechend zu behandelnden Gefahr wird.

<sup>1</sup> Für einen weiten Solidaritätsbegriff vgl. u. a. Zoll 2000; für die Vielfalt von Solidaritätsbegriffen vgl. Boshammer 2007.

Von *Otfried Höffe* stammt eine hinreichend differenzierte Definition des Begriffs der Solidarität, die beides erlaubt – sowohl den Einsatz einer begrenzungssensiblen Solidaritätsidee wie Solidaritätsforderungen, die nicht von vornherein ethnizistisch-chauvinistisch und/oder bellizistisch zu verstehen sind: „Solidarität bezeichnet (1) eine Haftung: die wechselseitige Verpflichtung (...), (2) in Gefahr und bei Notlagen, (3) innerhalb von Gruppen, die teils unfreiwillig (...), teils durch freie Wahl (...), teils durch ein zufälliges Schicksal eng mit einem verbunden sind. Solidargemeinschaften sind Not- und Gefahrengemeinschaften, auf die das Bild ‚Man sitzt im selben Boot‘ zutrifft, und deren Mitglieder emotionale Bindungen zueinander entwickeln, die umso stärker ausfallen, je emphatischer das Phänomen der Schicksalsgemeinschaft ausfällt.“ (Höffe 1999, S. 90)

### Aspekte des Solidaritätsbegriffs

Aus dem Blickwinkel der Not- und Schicksalsgemeinschaft sind Begründung und Erklärung solidarisch-gemeinschaftlicher Motivlagen nicht schwierig. Die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten erscheint in dieser Perspektive als leicht nachvollziehbare Einstellung aus rationalem Eigennutz. Denn es liegt offensichtlich im langfristig berechenbaren Chancenplus der Mitglieder einer Not- und/oder Schicksalsgemeinschaft, dass (erstens) die Gruppenlasten und -vorteile und (zweitens) die zufällig entstehenden besonderen Nachteile solidarisch – alle für einen und, wenn nötig, einer für alle – aufgefangen werden. Dafür sprechen das Wahrscheinlichkeitskalkül und ebenso das Bedürfnis nach emotionaler Sicherheit im Rahmen einer sozialen Gruppe.

## Zur Wirklichkeit von Solidarität gehört immer die emotionale Bindung an den Bestand sowohl der Gruppe als solcher als auch an das Wohlergehen derjenigen, die ihr angehören.

Allerdings gehört zur so verstandenen Solidarität auch das Interesse, allfällige Trittbrettfahrer als solche zu erkennen und entsprechend zu sanktionieren. Solidarität-aus-rationalem-Selbstinteresse (oder auch bloß aus dem Wunsch nach kollektiver Geborgenheit) besitzt die wenig menschenfreundliche Tendenz zur Überwachung und Be-

strafung unbotmäßiger Dissidenz. Das ist die Kehrseite einer nicht mehr rein schuldrechtlich definierten (vgl. Höffe 1999) Solidaritätsidee, die – begriffshistorisch gesehen – im 19. Jahrhundert das Erbe der enthusiastischen *fraternité*, der Farbe Rot aus der Trikolore – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit –, angetreten hat.

„Solidarität“ ist nicht zuletzt wegen dieser semantischen Verwandtschaft ein spezifischer moderner Terminus, der erst nach 1789 seine heute geltenden Konturen erhalten hat. **12**

In vormodern-hierarchischen Gesellschaften schaffen feudale Rang- und Legitimationsordnungen so klare Verbindlichkeiten und Verpflichtungsverhältnisse, dass die herrschende Ungleichheit zwischen den Ständen eine übergreifende „Brüderlichkeit“ von vornherein ausschließt; innerhalb eines Standes aber eine besondere solidarische Identifikation mit der eigenen Gruppe – außer in Situationen riskanter Unternehmungen – zu bilden, erscheint überflüssig, sie ist weder nötig noch überhaupt empfehlenswert.

Das spezifisch moralische Problem, mit dem partikularistische, intern rational, normalerweise aber auch gefühlsmäßig über eine In/Out-Differenz integrierte Wir-Gruppen konfrontiert sind, ist die Figur des Anderen, des Fremden und Auswärtigen. Er muss zwar nicht schon ein „Feind“ sein, ganz sicher aber ist er/sie niemand aus der „Familie“ (im weiten Sinn). *Fraternité* umfasst *outsider* nicht, weshalb sie auf deren Schutz und Hilfe keinen Anspruch haben.

Mithin gilt, dass die partikularistisch definierte und begründete Solidarität einer bestimmten Wir-Gruppe ihrem Verpflichtungscharakter nach sehr genau zu unterscheiden ist von Hilfspflichten, die sich aus Gerechtigkeitsansprüchen oder aus einer universalisierten – zum Beispiel christlichen – Menschenliebe ergeben.

Dazu noch einmal *Otfried Höffe*: „Ist die Not (die zu lindern ist) *von anderen verschuldet*, so müssen diese schon aus Gerechtigkeitsgründen helfen. Ist die Not aber *allein selbstverschuldet*, so ist die nötige Hilfe ein Gebot der Menschliebe.“ (Höffe 1999, S. 90) Im Weiteren zeigt *Höffe*, wie sich der Solidaritätsbegriff – gemäß dem Muster „Man sitzt im selben Boot“ – politisch folgenreich ausdehnt: „Solidarität ist dort geboten, wo die Alternative Fremd- oder →

**2** Allerdings verwendet einer der Väter des soziologischen Solidaritätsdiskurses, Emile Durkheim, den Begriff in charakteristischer Doppelung; er unterscheidet eine spezifisch moderne – „organische“ – Solidarität von ihrer vormodernen – „mechanischen“ – Form. Im heutigen Verständnis wird Solidarität im Allgemeinen stets nach dem Muster der organischen Solidarität aufgefasst.

aber Selbstverschulden nicht zutrifft und man auch von Schicksal sprechen kann. Wenn sich beispielsweise – sei es vorübergehend, sei es auf Dauer – die Rahmenbedingungen für eine Gruppe so stark ändern, dass die übliche Vorsorgefähigkeit der Menschen überfordert wird, dann sitzt man schicksalhaft ‚im selben Boot‘ und die Hilfe auf Gegenseitigkeit für Notlagen, eben Solidarität, ist angezeigt.“ (Ebd.)<sup>3</sup>



Alle für einen und, wenn nötig, einer für alle? Foto: Jon Tyson / unsplash.com

Die Pointe dieser Änderung besteht allerdings in einer für die zeitgenössische Sozialstaatlichkeit charakteristischen Unterschiedlichkeit der Chance, von der Solidaritätsgemeinschaft zu profitieren. Die leichte Verschiebung zwischen der Idee einer relativ engen, von vornherein zur Solidarität disponierten Wir-Gruppe und jener Solidarität, die „Wir“ gegenüber denen hegen, die zwar auch zu „uns“ gehören, aber nun in einer Notlage sind, die mit höchster Wahrscheinlichkeit nie die unsrige sein muss, lässt sich verdeutlichen, wenn man sich das gemeinsame Boot groß genug vorstellt: als Schiff mit Passagieren erster und zweiter Klasse. Während die Ersteren noch lange nicht Not leiden, sind die Letzteren schon mittendrin.

Diese Differenz sollte man im Auge behalten, wenn – wie sehr oft – die aktuellen nationalstaatlichen Sozial-

<sup>3</sup> Begriffsgeschichtlich betrachtet ist das Wort „Solidarität“ aus dem römischen Recht abgeleitet, nämlich aus der sehr rigiden Haftung einer „obligatio in solidum“. Diese Haftung gilt in einer Gruppe, etwa in einer Familie, wenn jedes Mitglied für alle die Gruppe betreffenden Schulden in die Pflicht genommen werden kann; was umgekehrt heißt, dass die Gruppe automatisch für die Schulden jedes einzelnen haftet. Auch im heutigen Recht findet sich noch die Regelung der „Solidarobligation“, die in etwa dem römischen Modell entspricht.

staatskonstruktionen aus der Solidaritätsidee abgeleitet werden. Das gemeinsame Boot qua Nationalstaat fährt gewiss besser, wenn auf ihm kein Aufruhr herrscht und die Wohlhabenden sich um anständige Lebensbedingungen der Schlechtergestellten kümmern – insofern also dem Gedanken der Solidarität aus der Erfahrung gemeinsamer Ausgesetztheit in einem letztlich übermächtigen Meer Rechnung tragen. Doch zugleich ist die strenge Symmetrie, die das ursprüngliche Solidaritätsmodell kennzeichnet, nicht mehr gegeben.

Deshalb notiert *Höffe* den Bedeutungswandel, wenn Solidarität als Basis sozialstaatlicher Legitimität und ihrer Forderungen an die Bessergestellten beansprucht wird: „Der (für Solidaritätsansprüche fundamentale) Grundgedanke der gegenseitigen Hilfe weckt (...) Bedenken gegen die Praxis, selbst dort noch von Solidarität zu sprechen, wo die Stärkeren für die Schwächeren eintreten sollen, obwohl sie, weil deutlich und auf Dauer überlegen, in den Genuss einer Gegenleistung kaum je geraten. Hier wird die Solidarität in Richtung auf Menschenliebe gedehnt, sogar überdehnt.“ (Ebd., S. 91)

### Warum helfen?

Am Beispiel der Sozialstaatslegitimation lässt sich verdeutlichen, dass der Rekurs auf „Solidarität“ kein Allzweckmittel zur Rechtfertigung für Bedürfnisse jeglicher Art ist. Daraus folgt nicht, dass Sozialstaatsaufgaben bzw. -forderungen nicht gut begründet sein könnten. Es verlangt aber in den entsprechenden Fällen mit der passenden Argumentation zu operieren. So haben sozialstaatliche Maßnahmen oft auch und zu Recht den Sinn, allzu große Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen auszugleichen. Offensichtliche Egalisierungspolitiken sollten jedoch nicht als Solidaritätspostulate beschrieben werden.

So oder so: All dies, was im Horizont der einzelstaatlichen, nationalen Gemeinsamkeit als Solidarleistung noch plausibel zu beschreiben ist, passt für andere, politische umfassendere Bereiche nicht mehr gut. Ansprüche, die das Thema der „globalen Gerechtigkeit“ betreffen, sind anders zu rechtfertigen als die spezifischen Sozialstaatspflichten im Rahmen eines Nationalstaates. Was natürlich nicht bedeutet, dass solche Ansprüche überhaupt nicht zu begründen wären.

Einen Versuch zur Begründung einer übernationalen globalen Hilfspflicht hat – mit großem öffentlichem Nachhall – vor einiger Zeit der australische Philosoph *Peter Singer* vorgelegt (vgl. Singer 2017). Da dieser Vorschlag ebenso interessant wie buchstäblich frag-würdig ist, möchte ich ihn genauer diskutieren:

*Singer* erinnert an unsere Spontanreaktion, wenn wir Zeuge eines Unglücks werden. Ein Kind ist in den Fluss gefallen. Wir beobachten es und sind nah genug, um helfen zu können; was wir zweifellos tun werden. Selbst wenn Kleider dabei kaputtgehen und wir einen wichtigen Termin verpassen. Wer sich anders verhält, bekommt es mit unserer Empörung zu tun. Und nicht nur das: Er wird strafrechtlich belangbar, gemäß der Norm, die ihn wegen „unterlassener Hilfeleistung“ zur Rechenschaft zieht.

Nun variiert *Singer* die Situation: An die Stelle des beschriebenen Geschehens tritt eine generelle Vorstellung, die den globalen Sachverhalt verbildlicht. Ein irgendwo hungerndes Kind ersetzt das ertrinkende. Freilich ist es Tausende von Kilometern von uns entfernt – vielleicht in Afrika oder in einem Slum von Kalkutta. Zu dieser Idee fügt *Singer* die Annahme hinzu, dass wir trotz der Distanz wirksam helfen könnten; mit eher geringen Nachteilen für uns: durch eine lebensrettende Geldzahlung, von der *Singer* im Gedankenexperiment voraussetzt, dass sie mit Hilfe funktionierender Institutionen das Kind mit Nahrung versorgt, unser verfügbares Einkommen aber höchstens um zehn Prozent kürzt.

---

## **Das spezifisch moralische Problem, mit dem partikularistische, intern rational, normalerweise aber auch gefühlsmäßig über eine In/Out-Differenz integrierte Wir-Gruppen konfrontiert sind, ist die Figur des Anderen, des Fremden und Auswärtigen.**

Sind wir auch jetzt noch spontan zum persönlichen Einsatz bereit? Nötigt uns ein starkes Gefühl der „Solidarität mit den Armen der Welt“ dazu?

*Singer* vermutet, dass es nicht so sein wird. Wobei, wie gesagt, die pragmatische Basis seines Vergleichs – effektive, bestehende Hilfsorganisationen – nicht das Thema sind, sondern unsere, der Distanz geschuldete Untätigkeit. Sie ist für ihn Grund für eine sozusagen analoge Empörung: Das ertrinkende Kind vor unseren Augen und das verhungerende fordern doch gleichermaßen ein Engagement (das uns im Übrigen in beiden Fällen nicht übermäßig beansprucht).

Können wir *Singer* vorbehaltlos zustimmen? Ich denke nicht, denn auch wer bereit ist, *Singers* pragmatische Bedingung – tatsächlich vorhandene Transferinstitutionen – anzuerkennen, hat Mühe, ihm sonst und ohne weiteres Recht zu geben. Und zwar nicht im Hinblick auf die moralische und vernünftige Einsicht in die prinzipielle Notwendigkeit von Hungerhilfe, aber im Blick auf die Veranlassung – den emotional spürbaren inneren Druck –, sie zu erbringen. Während wir beim Kind, das direkt vor uns um sein Leben kämpft, unmittelbar betroffen sind, ist das beim irgendwo verhungern den nicht mehr so. Wir sind zu weit weg, um seine Not leibhaftig zu erleben; seinem Elend können wir ohne größere Schuldgefühle ziemlich leicht ausweichen.

Was folgt aus dieser Feststellung, die zwar keine moralische Erleichterung erlaubt, dennoch erklärt, wieso *Peter Singers* Vergleich nicht wirklich zutrifft?

Zunächst folgt daraus die Einsicht, dass effektive Solidaritätsimpulse nicht einfach dasselbe sind wie moralisch gerechtfertigte Aussagen. Denn in der Tat dürfen beide Kinder moralisch gerechtfertigte Ansprüche auf unsere Zuwendung erheben. Offensichtlich aber bleiben Nähe und Distanz trotz allem wesentlich, wenn wir die Sorge um unser eigenes Wohl zugunsten anderer ein Stück weit einschränken sollten.

Darauf kann man, wie das der Philosoph *Singer* tut, entgegnen, dass nicht Gefühle, Emotionen und unmittelbare Erfahrungen unsere Handlungen leiten dürfen, sondern allein die Logik moralischer Grundsätze. Wenn gelte, dass man, wo immer es möglich ist, Notleidenden helfen müsse, dann verlange das die entsprechende Reaktion, unabhängig davon, wie nah oder fern die Hilfebedürftigen seien.

Das kann man akzeptieren, doch dieses Argument begründet nicht, dass Pflichten und Forderungen eigentliche Solidarleistungen sind, denn das Kind in Kalkutta trifft sein Unglück eben nicht innerhalb einer Gemeinschaft, die – mehr oder weniger strikt – als Not- und Schicksalsgemeinschaft zu begreifen wäre. Das Recht des Kindes auf unsere Hilfe gründet in der Goldenen Regel „Was du nicht willst, das man dir tu“, das füg’ auch keinem anderen zu“, im Fundamentalgebot, das für jedes menschliche Tun gilt.

### **Die Goldene Regel**

Damit darf zufrieden sein, wer ohnehin von Helferwillen erfüllt ist. Für argumentativ weniger Bescheidene bleiben Fragen offen: einerseits nach dem Verhältnis zwischen der Goldenen Regel und dem, was *Otfried Höffe* als →



„Menschenliebe“ und als „ausgleichende Gerechtigkeit“ ins Spiel gebracht hat, andererseits das Problem, ob die zur globalen (Quasi)Solidaritätspflicht ausgeweitete Goldene Regel nicht sehr bald zur moralischen Überforderung gegebener persönlicher und kollektiver Kapazitäten führt. Lassen sich moralisch einleuchtende Grenzen für universelle menschliche Helferpflichten benennen?

Unbestreitbar gilt jedenfalls, dass Menschenliebe nicht dasselbe ist, wie das Gebot, den Mitmenschen nicht schlechter zu behandeln als man selber behandelt werden möchte. Denn bei der Menschenliebe sind moralische Verdienste und humanitäre Überschüsse wirksam, die man nicht von jedem und jeder erwarten darf. „Menschenliebe“ bezeichnet eine herausragende Charakterqualität, keine Eigenschaft, der genügen muss, wer nicht als moralisch schäbig oder gar als verwerflich gelten will.

Ebenso sind Gerechtigkeitsargumente weder mit Solidaritäts- noch mit universalen Menschenpflichten zu verwechseln (obschon genau das nicht selten im Zusammenhang – und oft sehr suggestiv – mit Postulaten der Entwicklungspolitik gemacht wird), denn die sie stützenden Ausbeutungs- und Kolonialismustheorien operieren insgesamt zu pauschal, um umfassende Ausgleichsschulden belastbar zu beweisen.



„Zur Wirklichkeit von Solidarität gehört immer die emotionale Bindung an den Bestand sowohl der Gruppe als solcher als auch an das Wohlergehen derjenigen, die ihr angehören.“ Foto: Chris Slupski / unsplash.com

Die Frage nach der Grenze der Goldenen Regel im Kontext universaler Helferpflichten – zum Beispiel bei der Bekämpfung von Weltarmut – ist damit aber noch längst nicht beantwortet. Das wird erst dann möglich, wenn der Sinn dieser ethisch-moralischen Grundregel genauer erfasst ist. – Was verlangt sie zu tun? Und was nicht?

Zuallererst verlangt sie nicht mehr und nicht weniger, als ein Urteil über sein eigenes Handeln zu fällen: Würde ich das, was ich gegenüber X zu tun bereit bin, als angemessen akzeptieren, wenn ich an dessen Stelle wäre? Die Goldene Regel formuliert einen Maßstab; ein Kriterium der Selbstkontrolle hinsichtlich der eigenen moralischen Integrität – und damit auch eine rote Linie möglichen Verhaltens, die nicht verletzt werden darf.

Die Goldene Regel ist, so interpretiert, also alles andere als ein Maximalpostulat; sie will nichts, was die Kräfte eines durchschnittlichen Menschen prinzipiell überfordert.

Ich kann ja auch selbst nicht von den anderen ohne weiteres erwarten, dass sie für mein Wohl ihr eigenes opfern. Zu derartigem Tun bin ich normalerweise nicht und nur im Ausnahmefall bereit. Wer sein persönliches Handeln gemäß der Goldenen Regel beurteilt und lenkt, muss sich in jedem Fall also der konkreten Situation zuwenden, jenen Umständen, die sich immer nur empirisch und im Einzelnen feststellen lassen: „Er muss sich überlegen, womit er angesichts der zur Verfügung stehenden Mittel (...) in der gegenwärtigen Lage erfolgsversprechend helfen kann. Zu diesen empirisch-pragmatischen Überlegungen gehört dann auch die Frage, (...) wie weit man den Aufwand treiben darf, ohne andere Verpflichtungen zu vernachlässigen oder selbst bedürftig zu werden.“ (Höffe 1979, S.101) <sup>4</sup>

Die moralische Grundregel „Was du nicht willst, ...“ formuliert Anforderungsgrenzen, die vom *common sense* ohne großes Nachdenken verstanden werden; Regeln, die nach Balancen zwischen „meinen“ und „deinen“ Ansprüchen, d. h. nach der Verhältnismäßigkeit zwischen Leistungsaufgabe und -fähigkeit im jeweiligen empirisch-konkreten Zusammenhang verlangen und so vor moralischer Überforderung schützen. Außerdem sollte man nicht vergessen, dass die Goldene Regel primär die ethisch-moralisch *verwerflichen* Handlungen markiert und nicht die besonders guten Absichten und Taten auszeichnen will. (Was sich übrigens ebenso – und nicht zufällig, vgl. Fußnote. 4 – vom kategorischen Imperativ Kants sagen lässt.)

Die Goldene Regel als Kriterium dessen, was *alter ego* zu Recht von *ego* erwarten darf, ist kein abstraktes Prinzip, das wirklichkeitsfremde Forderungen erzeugt, sondern ein Verfahren für die Formulierung verbindlicher Pflichten,

<sup>4</sup> Das Zitat bezieht sich explizit auf Kants kategorischen Imperativ. Aber weil dieser, nach Kants eigenem Verständnis, nichts anderes als die philosophische Klärung der auch dem Alltagsverstand vertrauten Grundregel sein will, kann man das, was Kant vom kategorischen Imperativ sagt, auf die Goldene Regel übertragen.

das sich auf empirisch-pragmatische Analysen der Sachlage stützt. Das bedeutet für das Beispiel, von dem wir ausgegangen sind – *Peter Singers* Analogieschluss vom Kind-im-Fluss auf erhebliche persönliche, aber moralisch notwendige Anstrengungen im Kampf gegen die Weltarmut –, dass es und er nicht von zwar wünschenswerten, jedoch realitätsfernen Voraussetzungen abhängen darf. Was allerdings der Fall ist.

Denn *Singers* ausdrückliche Bedingung, dass es weltweit funktionierende Institutionen gibt, die genau so zuverlässig in eine schlimme Situation eingreifen können, wie es ein gesunder (und wohl auch schwimmfähiger) Mensch angesichts eines ertrinkenden Kindes zu tun vermag, ist – leider – eine Fiktion. Solche Einrichtungen gibt es nicht. Im Gegenteil: In Gegenden, in denen verbreitet hohe Kindersterblichkeit und Armut herrschen, regieren nur allzu oft korrupte Machthaber, die erhaltene Hilfsgelder veruntreuen und die vorhandenen Reichtümer ihrer Länder für ihre eigenen Interessen ausplündern.

*Singer* fingiert eine Welt und international effektive Einrichtungen, die nicht – vielleicht noch nicht – vorhanden sind. Das ist unbestreitbar; nur ist die Sache damit nicht erledigt.

Aus dem Gesagten darf man zwar schließen, dass im Weltmaßstab auch dann nicht von Solidaritätspflichten gesprochen werden sollte, wenn man vom (nochmals erweiterten) Solidaritätsbegriff ausgeht, der die zur Normativität gewordene Sozialstaatlichkeit der europäischen Länder zum Vorbild hat. Denn trotz UNO und vielen anderen global tätigen Organisationen existiert weltweit keine mit nationalen Sozialstaatseinrichtungen vergleichbare Institution. Aber das ist – und zwar gerade im Horizont der Goldenen Regel – nicht das letzte Wort zum Thema.

### Sich an der Stelle der anderen denken

Die Goldene Regel ist Kriterium unabdingbarer ethisch-moralischer Ansprüche. Doch das vermag sie nur zu sein, indem sie zugleich – und immer, wo es um die anderen, die Mit-Menschen geht – darauf beharrt, dass eine *Perspektivenübernahme* geschieht: Würde ich das, was ich gegenüber X zu tun bereit bin, als angemessen akzeptieren, wenn ich selbst an dessen Stelle wäre ...? Sich an die Stelle des anderen zu versetzen ist klarerweise eine Bedingung der beschriebenen Kriteriumsfunktion – und sie ist eine – oder besser: die – elementare Operation menschlicher Verständigung überhaupt.

Zugleich mit ihr sind stets und unmittelbar zwischenmenschliche Normen gesetzt, die zwar verletzt, aber nie-

mals als solche eliminiert werden können.<sup>15</sup> Bei näherem Überlegen sollte allerdings bald deutlich werden, was eine Perspektivenübernahme bei einem selbst auslöst, wenn man sich ernsthaft in einen Menschen aus den Armutsgeländen der Welt versetzt (hinzuzufügen ist: mit dem Wissen und den Erfahrungen versehen, die mir als einem Angehörigen der sogenannten *Ersten Welt* ganz selbstverständlich zugänglich sind).

Beinahe automatisch werden nämlich drei Forderungen auftauchen: Erstens, Schurkenregimes nicht zu unterstützen; zweitens auf Institutionen hinzuwirken, wie sie *Peter Singer* vorschweben; drittens, wo immer es geht und nützlich ist – und sei es noch so klein – zugunsten der Verbesserung der Lebensumstände meines Gegenübers beitragen zu wollen.

## „Menschenliebe“ bezeichnet eine herausragende Charakterqualität, keine Eigenschaft, der genügen muss, wer nicht als moralisch schäbig oder gar als verwerflich gelten will.

Wiederum wäre hier viel hinzuzufügen; nicht zuletzt im Hinblick auf sehr handfeste Verstrickungen zwischen den korrupten Eliten dort und ihren eifrigen Dienstleistern hier, bei uns, den willigen Helfern im Westen; den Anwälten, den Bankern, Treuhändern etc. die „Steigbügelhalter beim Griff in die geplünderte Staatskasse (sind) und dabei den eigenen Profit über die Moral (stellen).“ (Brönnimann 2020, S. 4) Als Ausdruck von Solidarität (weder im ursprünglichen noch im erweiterten Sinn) sind solche Bewertungen und Einstellungen nicht zu klassifizieren, hingegen als normativ inspirierte Alltagsreaktionen, die zu uns als sozialen, empfindungsfähigen, auf sprachliche Verständigung hin angelegten Lebewesen von Natur aus immer schon gehören.

Die Ausgangsfrage lautete: „Was heißt und wie begründet man Solidarität?“ Nachdem zuerst – begriffs- →

<sup>5</sup> Darauf kann ich hier nicht näher eingehen, denn das Gesagte eröffnet sogleich ein breites Feld tiefreichender Probleme der menschlichen Sozialnatur. Wenn man will, lässt sich auch die Habermasianische Diskursethik und seine Theorie des kommunikativen Handelns auf die Idee der (fairen) Perspektivenübernahme beziehen.

geschichtlich – der Solidaritätsbegriff auf den Zusammenhang mit mehr oder weniger eng verbundenen Not- und Schicksalsgemeinschaften zurückgeführt worden ist, war die entsprechende Begründungsfrage nicht besonders schwierig zu beantworten: Solidarisches Handeln entspringt mindestens so sehr den langfristigen Eigeninteressen einer Person wie auch ihren moralischen, auf gelingende Zwischenmenschlichkeit gerichteten Intuitionen; Intuitionen, die sich rasch ausfächern lassen in verschiedene soziale Haltungen (wie Menschliebe oder Gerechtigkeitserwartungen, um nur die zwei Beispiele zu erwähnen, die näher analysiert wurden).

## Solidarisches Handeln entspringt mindestens so sehr den langfristigen Eigeninteressen einer Person wie auch ihren moralischen, auf gelingende Zwischenmenschlichkeit gerichteten Intuitionen.

Im Umweg über das Thema „Weltarmut“ und in der Auseinandersetzung mit *Peter Singers* Argumentation ist schließlich das Gebot der Goldenen Regel, dieser – „weltethischen“<sup>6</sup> – Grundnorm, als der ersten Begründung für globale Moralpflichten in den Blick gerückt.

Dass und inwiefern sie als belastbare Befestigung für Ansprüche im Umgang mit unserer Mitwelt – sowohl im engeren und engsten, ebenso aber im größtmöglich-planetarischen Kontext – dienen kann, hoffe ich ein Stück weit einsichtig gemacht zu haben.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

<sup>6</sup> Die Goldene Regel gilt als wichtigstes Beispiel für die ethisch-moralischen Gemeinsamkeiten in den Religionen und Kulturen der Welt (vgl. dazu Küng 2002).

### Zum Autor



**Georg Kohler**, Prof. em. Dr. phil. Lic. iur., 2010–2012 Gastprofessor an der TU Dresden, 1994–2010 Ordinarius für Philosophie, mit besonderer Berücksichtigung der Politischen Philosophie an der Universität Zürich; 1984–1991 in der Leitung einer Familienfirma in Wien, sowie als Publizist tätig; 1992–1994 Lehrstuhlvertretung der Professur für politische Philosophie und Theorie am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

kohler@philos.uzh.ch

### Literatur

**Boshammer, Susanne (2007):** Solidarität. In: Gosepath, Stefan von / Hinsch, Wilfried / Celikates, Robin (Hrsg.): Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie, Band 2. Berlin: De Gruyter, S. 1197–1200

**Brönnimann, Christian (2020):** Wegschauen aus Prinzip. Die Luanda Leaks drücken die westliche Mitverantwortung an der Korruption in Afrika aus. In: Tages-Anzeiger. Die unabhängige Schweizer Tageszeitung, Mittwoch, 22.01.2020, S. 4; [www.derbund.ch/wirtschaft/wegschauen-aus-prinzip/story/27261862](http://www.derbund.ch/wirtschaft/wegschauen-aus-prinzip/story/27261862) (Zugriff: 04.02.2020)

**Höffe, Otfried (1979):** Kants kategorischer Imperativ als Kriterium der Sittlichkeit. In: Ders.: Ethik und Politik. Grundmodelle und -probleme der praktischen Philosophie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 84–119

**Höffe, Otfried (1999):** Demokratie in Zeiten der Globalisierung. München: C.H. Beck

**Küng, Hans (Hrsg.) (2002):** Dokumentation zum Weltethos. München: Piper

**Rorty, Richard (1989):** Kontingenz, Ironie und Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**Singer, Peter (2017):** Hunger, Wohlstand und Moral. Hamburg: Hoffmann & Campe (engl. *Famine, Affluence, and Morality*, 1972)

**Zoll, Rainer (2000):** Was ist Solidarität heute? Frankfurt am Main: Suhrkamp

# Zerrissene Gesellschaft, gefährdeter Zusammenhalt?

## Solidarität in der ökonomisch-ökologischen Zangenkrise

**Ausgehend von der These, dass unsere Gesellschaft eine historisch neuartige ökonomisch-ökologische Zangenkrise durchläuft, bei der die Erzeugung von Wirtschaftswachstum zwangsläufig zum Anwachsen globaler ökologischer Großgefahren führt, wird die Frage gestellt, ob es solidarische Auswege aus dieser Krise geben kann. Notwendig ist eine Nachhaltigkeitsrevolution, bei der strikt zwischen einer eher bewahrenden und einer explizit transformierenden Solidarität zu unterscheiden ist.**

von Klaus Dörre

Vordergründig betrachtet scheint die Welt in Ordnung – zumindest in der reichen Bundesrepublik. Die Zeiten ständig steigender Massenarbeitslosigkeit liegen vorerst hinter uns. Trotz konjunktureller Eintrübung verharrt die Zahl der Erwerbstätigen auf Rekordniveau. Selbst im Osten Deutschlands hat sich der Arbeitsmarkt in wichtigen Branchen und Regionen von einem Käufer- in einen Anbietermarkt verwandelt. Die Konkurrenz um Fach- und Arbeitskräfte trägt dazu bei, dass die Reallöhne seit 2013 wieder langsam steigen. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn hat die schlimmsten Auswüchse der Agenda-Politik korrigiert. Besonders in jüngeren Altersgruppen werden qualitative Ansprüche an Arbeit und Beruf wieder deutlicher artikuliert. Und dennoch oder gerade deshalb – die Mehrzahl der Deutschen ist unzufrieden. Das jedenfalls legen demoskopische Daten nahe, wie sie in regelmäßigem Turnus anlässlich des Weltwirtschaftsforums von Davos veröffentlicht werden. 55 % der Befragten meinen, der Kapitalismus in seiner jetzigen Gestalt schade mehr als dass er helfe. Nur noch 12 % glauben, dass ihnen das Wirtschaftssystem nütze und sie vom Wirtschaftswachstum ausreichend profitierten. Die ökonomischen Zukunftsaussichten beurteilen nur noch 23 % positiv (vgl. Agentur Edelman 2019).

### In der Zangenkrise

Solche Daten sprechen keineswegs für eine besondere „German Angst“, für einen Hang zu Pessimismus oder gar zu apokalyptischen Szenarien. Sie sind Ausdruck einer realistischen, wenngleich häufig rational noch kaum durchdrungenen und deshalb teilweise verdrängten Transformationsproblematik. Gesellschaften wie die Bundesrepublik durchlaufen, so meine These, eine historisch neuartige ökonomisch-ökologische Zangenkrise. Damit ist gemeint, dass das wichtigste Mittel zur Überwindung von ökonomischer Stagnation und zur Pazifizierung von Verteilungskonflikten in kapitalistischen Marktwirtschaften – die Erzeugung von Wirtschaftswachstum – unter den Bedingungen hohen Ressourcenverbrauchs und steigender klimaschädlicher CO<sub>2</sub>-Emissionen zwangsläufig zum Anwachsen globaler ökologischer Großgefahren führt. Diese Zangenkrise lässt sich im Grunde nur im Zuge einer Nachhaltigkeitsrevolution überwinden. Dabei ist offen, welcher Gesellschaftstypus diese Revolution am besten voranzubringen vermag.

In ihren Grundzügen seit Jahrzehnten bekannt, hat diese Problematik nun in Gestalt von Sustainable Development Goals (SDGs) und verbindlicher Dekarbonisierungsziele →

das Zentrum auch des bundesdeutschen Wirtschaftsmodells erreicht. Soll der Klimawandel einigermaßen kontrollierbar bleiben und sich innerhalb des vom Weltklimarat (IPCC) empfohlenen 1,5-Grad-Erderwärmungsszenarios bewegen, benötigen wir in allen kapitalistischen Metropolen und auch in Deutschland bis spätestens 2050 vollständig dekarbonisierte Wirtschaftssysteme (vgl. IPCC 2018). Selbiges zu realisieren ist gleichbedeutend mit Veränderungen, die in ihrem historischen Ausmaß mit jenen der ersten industriellen Revolution vergleichbar sind. Dies jedoch mit dem gravierenden Unterschied, dass es nunmehr um die Suche nach einem Notausstieg geht, der die gesellschaftszerstörenden Konsequenzen des seither in Gang gesetzten raschen, permanenten Wirtschaftswachstums korrigieren muss. Weil diese Problematik vor allem mit ihren Überlappungszonen von sozialer Frage und ökologischem Gesellschaftskonflikt im politischen System nur ungenügend repräsentiert wird, schwindet das Vertrauen in gesellschaftliche Basisinstitutionen. Exakt dies drücken die Daten des „Trust Barometer“ aus. Betrachten wir einige Megatrends, die auch die bundesdeutsche Gesellschaft erfasst haben, genauer.

### Individualisierung und Selbstbehauptung

Mitte der 1980er Jahre hatte *Ulrich Beck* einen neuen Individualisierungsschub ausgemacht, der, so die Diagnose, die lebensweltliche Erfahrbarkeit von Klasse und Schicht verblasen ließ. An die Stelle einer halbmodernen Großgruppengesellschaft mit ihren vorgegebenen biographischen Verlaufsformen sei eine individualisierte Gesellschaft getreten, in der die Bastelbiographie zur Normalität werde. Jede und jeder Einzelne müsse sich, bei Strafe permanenter Benachteiligung, zunehmend selbst zum Zentrum der eigenen Lebensplanung machen. Das erfordere eine neuartige Subjektivität, ein ich-zentriertes Bewusstsein, durch das hindurch alte wie neue Ungleichheiten verarbeitet würden (vgl. Beck 1986, S. 121 ff.). Zahlreiche Arbeiten haben auf die innere Widersprüchlichkeit von – empirisch ohne Zweifel realen – Individualisierungs- und Enttraditionalisierungsschüben aufmerksam gemacht. *Shoshana Zuboff* verortet diese Widersprüchlichkeit zu Recht zwischen einem verbreiteten kulturellen Individualisierungsbegehren und dessen Aushöhlung durch soziale Ungleichheit und ökonomische Entsicherung: „Es ist dies der existentielle Widerspruch unserer Zeit, der unsere Lebensbedingungen definiert: Wir wollen die Kontrolle über unser Leben, sehen aber unsere einschlägigen Bemühungen allenthalben konterkariert. Da schickt uns die Individualisierung auf die

Suche nach den Ressourcen für ein effektives Leben, und dann sehen wir uns auf Schritt und Tritt gezwungen, uns mit einer Wirtschaft, einer Politik herumzuschlagen, aus deren Sicht wir nur Ziffern sind.“ (Zuboff 2019, S. 65)

## Gesellschaften wie die Bundesrepublik durchlaufen eine historisch neuartige ökonomisch-ökologische Zangenkrise.

Allerdings, so sei hinzugefügt, ist schon die Erfahrung dieses existentiellen Widerspruchs eine klassenspezifisch ausdifferenzierte. In einer ersten Annäherung an diese Problematik hat *David Goodhart* (2017) die kulturelle Spaltung als Gegensatz von weniger gebildeten, finanziell schlechter ausgestatteten, ländlich und lokal verankerten Somewheres auf der einen und besser gebildeten, mobilen, einkommensstärkeren Anywheres mit universalistischer Orientierung und Aufgeschlossenheit für Veränderungen auf der anderen Seite beschrieben. Dieser Gegensatz neuer kultureller Metaklassen ist inzwischen in vielen Variationen ausbuchstabiert worden (z. B. Reckwitz 2017; Merkel 2017). Die Durchschlagskraft der Somewhere-Anywhere-Semantik kontrastiert jedoch auffällig mit ihren schwachen empirischen Belegen. Je nach Positionierung im sozialen Raum kollidiert das sozial durchaus differenzierte Streben nach Selbstbehauptung, Selbstinszenierung auf höchst unterschiedliche Weise mit blockierenden gesellschaftlichen Verhältnissen und erlebten Kontrollverlusten (vgl. Heitmeyer 2018).

### Anhaltende Wachstumsschwäche

Bis zur Jahrtausendwende war die finanzmarktgetriebene Globalisierung eines der erfolgreichsten Wachstumsprojekte in der Geschichte des Kapitalismus. Allerdings ließ die Wachstumsdynamik schon vor Beginn der großen Krise 2007–2009 nach. Nach dem globalen Crash ist die Weltwirtschaft rasch auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt, doch in den alten kapitalistischen Zentren und insbesondere in der *Europäischen Union* sind die Wachstumsraten vergleichsweise niedrig geblieben. Selbst außerhalb Europas und in Hochwachstumsgesellschaften wie der Chinas sinken oder stagnieren die Wachstumsraten. Dieses Phänomen verweist auf strukturelle Wachstumsblockaden. Tatsächlich war die außergewöhnlich lange



„Notwendig ist eine Nachhaltigkeitsrevolution, bei der strikt zwischen einer eher bewahrenden und einer explizit transformierenden Solidarität zu unterscheiden ist.“ Foto: Vereinte Nationen; [www.un.org](http://www.un.org)

Prosperitätsphase, die sich seit Anfang 2019 ihrem Ende zuneigt, in den alten Zentren eine ohne Hochkonjunktur und Inflation. Die Zinssätze blieben niedrig und der Investitionsmotor ist nie richtig angesprungen. Über die Gründe wird innerhalb der Ökonomik gerätselt.

Angebotsseitig zählen Bevölkerungsentwicklung bzw. Arbeitskräftepotenzial und Arbeitsproduktivität zu den entscheidenden Wachstumstreibern. In alternden Gesellschaften, in denen das Volumen bezahlter Arbeitsstunden trotz Einwanderung nicht wächst oder im Verhältnis zur Erwerbstätigkeit sogar abnimmt, fällt die Bevölkerungsentwicklung als Wachstumsmotor aus. Deshalb bleibt angebotsseitig als Wachstumstreiber hauptsächlich die Arbeitsproduktivität. Doch trotz des hohen Technikeinsatzes sind die Steigerungsraten bei der Arbeitsproduktivität seit geraumer Zeit rückläufig. Das ist der Grund, weshalb Ökonomen wie *Robert J. Gordon* (2016) für die alten kapitalistischen Zentren eine säkulare Stagnation mit vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten diagnostizieren. Wenig spricht dafür, dass sich an den stagnativen Tendenzen auf absehbare Zeit etwas ändern wird. Bedenkt man, dass sich die Zeit der Billig-Ressourcen – billige Natur, billiges Geld, billige Arbeit, Fürsorge, Nahrung und Energie – ihrem Ende zuneigt (vgl. *Patel/Moore* 2018), ist eher davon auszugehen, dass die Epoche raschen, permanenten Wirtschaftswachstums in den frühindustrialisierten Ländern für immer vorüber ist. *James Galbraith* prognostiziert für die nähere Zukunft gar einen „Würgehalsband-Effekt“. Damit ist ge-

meint, dass sich die Effizienz einer ressourcen- und energieintensiven Wirtschaft nur steigern lässt, solange „die Ressourcen billig bleiben“ (*Galbraith* 2016, S. 136). Ressourcenintensität bedeutet stets hohe Fixkosten. Letztere können sich allenfalls langfristig amortisieren und sind daher nur zu rechtfertigen, sofern „das System voraussichtlich profitabel bleibt und über längere Zeit einen Gewinn erzielt“ (ebd.). In einer zunehmend unsicheren Welt sind private Investitionen, die sich nur langfristig rentieren, jedoch mit hohen Risiken und niedrigen Gewinnerwartungen verbunden. Politische und gesellschaftliche Stabilität ist daher eine zentrale Funktionsbedingung dieser Art des Wirtschaftens. Wenn die Zeiten unsicher sind und auch die Rohstoff- und Energiepreise künftig wieder steigen, verkürzt sich hingegen der Zeithorizont für Gewinne (vgl. ebd., S. 140) und Investitionen werden riskant.

### Return of Class

Wirkung und Ausmaß struktureller Wachstumsblockaden werden jedoch erst in vollem Umfang deutlich, wenn man auf der Nachfrageseite Löhne, Einkommen und den produktiven Staatskonsum in den Blick nimmt. Bleiben umverteilende Maßnahmen aus, bewirkt schwaches Wachstum zunehmende Ungleichheit, da dauerhaft niedrige Wachstumsraten nur zeitverzögert auf die Renditen durchschlagen (vgl. *Piketty* 2014). Die Vermögens- und Einkommenskonzentration nimmt zu, klassenspezifische Ungleichheiten prägen sich stärker aus und →

die Wahrscheinlichkeit, ökonomische Macht in wirkungsvollen politischen Lobbyismus zu transformieren, erhöht sich deutlich (vgl. Milanovic 2019). Die Wirkungen dieses sozialen Mechanismus lassen sich mittlerweile empirisch nachweisen. So entwickelten sich die Profite der Top-2000 unter den transnationalen Unternehmen und die Anteile der Arbeitseinkommen am weltweiten Bruttoinlandsprodukt zwischen 1995 und 2015 der Tendenz nach umgekehrt proportional. Immer dann, wenn die Gewinne der transnationalen Unternehmen steigen, sinkt der Anteil der Arbeitseinkommen am weltweiten BIP (vgl. Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 12). Die Krisenjahre ausgenommen, befand sich die Arbeitseinkommensquote in den OECD-Ländern bis 2013 im Sinkflug. Seither ist sie leicht gestiegen, verharrt aber auf relativ niedrigem Niveau (vgl. IMF 2017).



„In pluralen, ausdifferenzierten Gesellschaften kann Kohäsion nicht allein auf normativer Übereinstimmung beruhen.“ Foto: Matteo Paganelli / unsplash.com

Die Früchte des Wirtschaftswachstums, so es sich überhaupt einstellt, werden also höchst ungleich verteilt. Zwischen 1980 und 2016 konnte das einkommensstärkste Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung 27 % des Wachstums für Wohlstandszuwächse verbuchen, die unteren 50 % verfügten lediglich über 12 % der Wachstumsanteile. Hauptverlierer der Entwicklung sind die Unter- und Arbeiterklassen der USA und Westeuropas, deren Anteile sinken (vgl. Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 18). Die Gründe hat der *Internationale Währungsfonds* mit technologischem Wandel, daraus resultierender Ersetzbarkeit von Beschäftigten, der Marktmacht großer Unternehmen und der zunehmenden Schwäche von Gewerkschaften einigermaßen präzise benannt (vgl. IMF 2017). Hinzugefügt sei, dass die zunehmende Vermögens- und Einkommensun-

gleichheit in nahezu allen nationalen Gesellschaften seit einigen Jahrzehnten mit einer Abnahme der Ungleichheiten zwischen Staaten zusammenfällt. Die Zeiten, in denen die Ärmsten der reichen Länder noch immer wohlhabender waren als die Bevölkerungen der sich entwickelnden Staaten, sind vorbei. Die bevölkerungsgewichtete Ungleichheit nimmt „seit Ende der siebziger Jahre ab“; diese Tendenz ist „ab dem Jahr 2000 selbst dann zu beobachten, wenn man China nicht berücksichtigt“ (Milanovic 2016, S. 177).

Auch die reichen Weltregionen teilen sich mehr und mehr in Zentrum und (Semi-)Peripherie. Hinsichtlich der Einkommen und Vermögen, aber auch beim Wohnen, der Gesundheit, Bildung und der sozialen Distinktion ist das wohlhabende Deutschland mittlerweile zu einer der ungleichsten Gesellschaften der OECD-Welt geworden (vgl. Kaelble 2017, S. 176). Vertikale Ungleichheiten haben nicht nur hierzulande ein solches Ausmaß angenommen, dass sie zu einer ernsthaften Wachstumsbremse geworden sind (vgl. Fratzscher 2016). Der gleichzeitig einsetzende „return of class“ (Therborn 2012) ist lebensweltlich durchaus wieder erfahrbar. Von den Essgewohnheiten und der Kleidung über die Bildungschancen bis hin zu Berufswahl, Löhnen und Rentenansprüchen ist Klassenzugehörigkeit wieder zu einem sozialen Schicksal (vgl. Eribon 2016) geworden, das – teils offen, teils verdeckt – mit race und gender korrespondiert. Vor allem Arbeiter\*innen haben das Gefühl, in der Gesellschaft „festzustecken“. Dass sie sich zumindest in der bundesdeutschen Sozialstruktur subjektiv dennoch häufig in der „sozialen Mitte“ oder gar in der „mittleren Mitte“ verorten (Dörre et al. 2018), hängt auch mit den großen Exklusionsbereichen zusammen, die sich in unmittelbarer sozialer Nachbarschaft befinden.

### Prekäre Vollerwerbsgesellschaft

Soziale Exklusion und Prekarität sind Begriffe, die dieses Drinnen vom Draußen thematisieren. So lässt sich die Bundesrepublik durchaus als eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft beschreiben. Damit ist gemeint, dass die Massenarbeitslosigkeit durch die Steigerung von Erwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Ausdehnung unsicherer, schlecht entlohnter und wenig anerkannter Beschäftigung zum Verschwinden gebracht wird (vgl. Castel 2011). Diese Entwicklung, die bereits 2005 einsetzte, hält ungeachtet der steigenden Erwerbsbeteiligung bis in die Gegenwart an (vgl. Reusch et al. 2019). So ist die offizielle Arbeitslosenquote, die 2005 mit 11,7 % ihren Höchstwert erreicht hatte, 2018 auf durchschnittlich unter 5 % gesunken, um zum Jahresbeginn 2020 wieder leicht auf 5,3 % zu steigen. Parallel

dazu hat die Zahl der Erwerbstätigen mit mehr als 45 Mio. Rekordniveau erreicht. Die abhängig Beschäftigten haben zwischen 1991 und 2017 von 35.227 Mio. auf knapp 40 Mio. (39.288 Mio.) zugenommen. Dennoch lag das Volumen bezahlter Arbeitsstunden, das 2010 einen Tiefpunkt erreicht hatte (47.845 Mio. Stunden), 2017 (50.930 Mio. Stunden, 2018 geschätzt: 51.849 Mio. Stunden) noch immer unter dem Niveau von 1991 (52.098 Mio. Stunden).

Das deutsche Beschäftigungswunder erklärt sich somit aus einer stark asymmetrischen Verteilung bezahlter Arbeitsstunden. Während die Anzahl der Vollzeitstellen zwischen 1991 und 2017 von knapp 29 Mio. (28.911 Mio.) auf gut 24 Mio. (24.335 Mio. 2018 geschätzt: 24.709 Mio.) gesunken ist (Tiefstand 2010: 22.825 Mio.), hat die Teilzeitquote stark zugelegt (1991: 17,9%, 2017: 39,1%). Trotz günstiger konjunktureller und demografischer Entwicklung sind atypische, unsichere und niedrig entlohnte Beschäftigungsformen seit 2010 nur leicht zurückgegangen, Leiharbeit und Werkverträge haben sogar zugelegt (vgl. Kuhn et al. 2018, S. 294). Gleiches gilt für das Phänomen der Multijobber. Auch die Zahl der Minijobs lag 2017 noch immer bei 7,5 Mio. 4,7 Mio. dieser Jobs waren die ausschließliche Einnahmequelle (vgl. ebd., S. 289). Während der Niedriglohnsektor kontinuierlich 22 bis 24%, im Osten gar bis zu 37% der abhängig Beschäftigten umfasste, lag das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial 2014 noch immer bei circa sechs Mio. Personen (2,1 Mio. Erwerbslose, 2,9 Mio. Unterbeschäftigte, 1,0 Mio. stille Reserve). Bezieht man die gewünschten Arbeitszeiten unterbeschäftigter Personen ein (vgl. Fischer et al. 2015), wäre die Erwerbslosigkeit in der Gegenwart noch immer mindestens doppelt so hoch wie offiziell ausgewiesen. Neben statistischen Bereinigungen erklärt sich das deutsche Job-Wunder wesentlich daraus, dass Erwerbslosigkeit mittels Ausdehnung unsicherer, schlecht entlohnter, wenig anerkannter Arbeitsverhältnisse zum Verschwinden gebracht wird. Die Grenzen zwischen Inklusions- und Exklusionsbereichen verlaufen überwiegend innerhalb von Klassenlagen. Nur für die neuen urbanen Unterklassen gilt etwas anderes. Sie verdanken ihre Entstehung vornehmlich der Konkurrenz, negativen Klassifikationen und sozialer Abwertung.

### Gestörter Erdmetabolismus

Kaum minder bedeutsam ist, dass die Zunahme vor allem klassenspezifischer Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften während der zurückliegenden Jahrzehnte zu einem der wichtigsten Treiber ökologischer Großgefahren geworden ist. Wachsende soziale

Ungleichheit forciert offenbar irreversible Störungen des Gesellschafts-Natur-Metabolismus. Nehmen wir die klimaschädlichen Emissionen als Beispiel (vgl. Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 22). Während die reichsten 10% der Weltbevölkerung mit ihren luxuriösen Lebensstilen 49% dieser Emissionen verursachen, sind die untersten 50% gerade einmal für 3% verantwortlich. Die Anteile der reichsten Bevölkerungsgruppen an den Emissionen steigen überproportional, bei den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung sind sie dagegen rückläufig. Die einkommensstärksten 10% mit dem höchsten Emissionsausstoß leben auf allen Kontinenten, 30% in Schwellenländern. Die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird in immer größerem Ausmaß durch die Einkommensungleichheit *innerhalb* der Staaten verursacht. 1998 erklärten diese Ungleichheiten etwa 30% der globalen Emissionen; 2013 waren es bereits 50% (vgl. Chancel/Piketty 2015, S. 10). Das wohlhabendste eine Prozent in den USA, Luxemburg, Singapur und Saudi-Arabien produziert jährlich 200 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Kopf und damit zweitausendmal mehr als die untersten Einkommensgruppen in Honduras, Ruanda und Malawi (0,1 Tonnen pro Person jährlich). Im mittleren Bereich mit ca. sechs bis sieben Tonnen CO<sub>2</sub> bewegen sich u. a. das reichste eine Prozent der Tansanier, das siebte chinesische, das zweite französische und das dritte deutsche Einkommensdezil (vgl. ebd., S. 9). Durchschnittlich ist jede und jeder Deutsche jährlich für 11,5 Tonnen Treibhausgase verantwortlich. Der Welt-durchschnitt liegt bei ca. 7 Tonnen, jener der EU bei 8,5 Tonnen. Abhängig von Einkommen, Klassenposition und Lebensstil, schwankt der Ausstoß allerdings zwischen fünf und 20 Tonnen (vgl. Umweltbundesamt 2019).

## Klimawandel und soziale Ungleichheit sind untrennbar miteinander verknüpft.

Klimawandel und soziale Ungleichheit sind, das veranschaulichen solche Daten, untrennbar miteinander verknüpft. Für den Ressourcenverbrauch gilt ähnliches. Der ökologische Fußabdruck eines Vermögenden aus dem obersten einen Prozent der Weltbevölkerung übertrifft den eines Angehörigen der ärmsten 10% durchschnittlich um das 175-fache. Die Produktion von Luxusartikeln für die oberen Klassen und deren Konsum sind zu einer Haupttriebkraft von ökologischen Großgefahren geworden, →



unter denen weltweit vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen leiden. Solche Daten belegen, dass ökologische ohne soziale Nachhaltigkeit nicht zu haben ist. Konfrontiert man bevorzugt die Angehörigen subalternen Klassen mit Verzichtsappellen oder beteiligt sie überproportional an den Kosten des notwendigen ökologischen Umbaus, ist die Gefahr groß, dass sich die ökologische und die soziale Konfliktachse gegeneinander verselbständigen und die notwendige Transformation blockieren.

#### **Bewahrende versus transformative Solidarität**

Die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Zwischen 1980 und 2016 haben sich die klimaschädlichen Emissionen weltweit verdoppelt (vgl. Gallagher/Kozul-Wright 2019, S. 7). Absolut gesunken sind sie während der jüngeren Vergangenheit – wegen des Einbruchs der industriellen Produktion – nur im Krisenjahr 2009. Der Energieverbrauch ist letztmalig in den 1980er Jahren zurückgegangen und auch die Ressourcenbilanzen tendieren gegenwärtig zu einer irreversiblen Schädigung nahezu geschlossener ökologischer Kreislaufsysteme (vgl. Rockström et al. 2009; Schellnhuber 2015). Zunächst Vorreiter bei der Umstellung auf erneuerbare Energien, haben die klimaschädlichen Treibhausgasemissionen auch in der Bundesrepublik bis 2018 wieder zugenommen. Nur wegen der schwachen Konjunktur sind sie 2019 gesunken. Hauptverursacher der klimaschädlichen Emissionen ist neben dem Energiesektor, den Gebäudeemissionen und der Landwirtschaft der Verkehr. Als einziger Wirtschaftssektor hat letzterer bislang nichts zur Emissionsreduktion beigetragen. Die Emissionen der Fahrzeugflotte steigen. Europaweit verbindliche Dekarbonisierungsziele sorgen nun für sanktionierbaren Veränderungsdruck. In der neuen weltpolitischen Konstellation, die die Hyperglobalisierung mit sich gebracht hat, sind die ökologischen Repulsionen des Automobilsektors Gegenstand imperialer Rivalitäten. Geplante Verbote für Verbrennungsmotoren in ökonomisch starken Ländern (England, Frankreich) und die beschleunigte, wenngleich ökologisch keineswegs ausreichende Umstellung auf Elektro-Mobilität im wichtigsten Wachstumsmarkt China werden – gemeinsam mit der Digitalisierung und protektionistischen Handelspolitiken – zu einem weitreichenden Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil führen. Die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie geht schon zu Beginn schwerpunktmäßig zulasten der Beschäftigten. In den Belegschaften und bei einem Teil der Betriebsräte setzt dies verständlicherweise Beharrungskräfte frei. Wie bei radikalen Strukturbrüchen häufig der Fall, tendieren

Sicherheitsinteressen von Beschäftigten zur Konservierung des Bestehenden.

### **Die politische Entwicklung in den ostdeutschen Braunkohlerevieren, in denen die Partei der Klimaleugnung, die AfD, zur stärksten politischen Kraft geworden ist, veranschaulicht, was sich mit dem überfälligen Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil in noch weit größerem Ausmaß ereignen könnte.**

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch solidarische Auswege aus der Zangenkrise geben kann. Meine Antwort ist ein entschiedenes Ja. Allerdings muss strikt zwischen einer eher bewahrenden und einer explizit transformierenden Solidarität unterschieden werden. Um konservierende und zugleich exklusive Solidarität handelt es sich beispielsweise, wenn Fraktionen der von Löhnen abhängigen Klassen und ihre gewerkschaftlich-politischen Repräsentationen im Kohlebergbau, dem Energiesektor oder der Auto- und Zulieferbranche gegen „Klimahysterie“ mobilisieren, um den fälligen Wandel mittels konservierender Industriepolitik hinauszuzögern. Die politische Entwicklung in den ostdeutschen Braunkohlerevieren, in denen die Partei der Klimaleugnung, die AfD, zur stärksten politischen Kraft geworden ist, veranschaulicht, was sich mit dem überfälligen Umbau des Wertschöpfungssystems Automobil in noch weit größerem Ausmaß ereignen könnte (vgl. Bose et al. 2019). Um konservierende Solidarität handelt es sich aber auch, sofern Umwelt- und Klimabewegungen ausblenden, dass ökologische und soziale Nachhaltigkeit zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Werden Beschäftigte, die ihren Lohn mit der Kohleförderung oder der Autoproduktion verdienen, pauschal zu Gegnern erklärt, verfestigt das Spaltungslinien – und das zum Nachteil der anstehenden Nachhaltigkeitsrevolution. Gleiches gilt für Politiken, die ökologische Nachhaltigkeitsziele allein oder primär über Marktmechanismen erreichen wollen. Setzt man einzig auf den Emissionshandel oder auf die Besteuerung des

Konsums und vermeidet die Rückverteilung des Reichtums von oben nach unten und von den Stärksten zu den Schwächsten, ist klar, dass die „kleinen Portemonnaies“ überdurchschnittlich belastet werden. Die französischen Gelbwesten haben gezeigt, was aus solchen Konstellationen erwachsen kann.

### Streit verbindet!

Transformierende Solidarität, gleich ob sie von der sozialen oder der ökologischen Konfliktachse ausgeht, muss anders verfahren. Sie benötigt ein klares Ziel. Dafür gibt es einfache Kriterien. Erstens: Reduziert sich der ökologische Fußabdruck? Sinken Emissionen, Ressourcen- und Energieverbrauch? Zweitens: Steigt – für jede und jeden frei zugänglich und auch für künftige Generationen – die Lebensqualität? (Vgl. Grober 2013, S. 269) An diesen Kriterien erweist sich künftig die Zukunftstauglichkeit von Politik und sie sind auch ein Maßstab für – transformative – Solidarität. Solidarität, das sei sogleich hinzugefügt, ist keine interessenlose, konfliktfreie, lediglich wertevermittelte Praxis. In pluralen, ungleichen und durch Machtasymmetrien gekennzeichneten Gesellschaften kann transformativ-solidarisch nur sein, wer Interessengegensätze, Klassenunterschiede, aber auch Geschlechterdifferenzen, ethnische Spaltungen und Spannungen zwischen ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit klar benennt, um sie in demokratischer Weise auszutragen.



Zerrissene Gesellschaft, gefährdeter Zusammenhalt? Foto: geralt/Pixabay

Zugespitzt formuliert: Streit, Konflikt und Kampf sind als solche keine Indikatoren für gesellschaftlichen Zerfall. Im Gegenteil, Konflikte lassen sich als „Vergesellschaftungsform“ (Simmel 1908, S. 247) begreifen. Der „Streit“ ist die „Abhülfsbewegung gegen den auseinanderführenden Du-

alismus, und ein Weg, um zu irgend einer Art von Einheit (...) zu gelangen ...“ (Ebd.)

Sicher macht es Sinn, zwischen demokratisch eingetragenen, normierten Auseinandersetzungen einerseits und „wildem“, nicht-normierten, außerhalb demokratischer Regelungen verlaufenden Konflikten andererseits zu differenzieren (vgl. Silver 2005, S. 34 ff.; Honneth 2011, S. 15 f.). So können Klassenkämpfe, die innerhalb demokratischer Institutionen und Regularien ausgetragen werden, die soziale Kohäsion stärken (vgl. Dahrendorf 1992, S. 161 ff.). Bricht der Klassenkampf hingegen aus seiner „institutionellen Isolierung“ aus, liegt das Gegenteil nahe (Dahrendorf 1957, S. 234). Mit Blick auf die ökologische Konfliktachse ließe sich ähnlich argumentieren. Soziale Kohäsion ist demnach ein Synonym für gesellschaftlichen Zusammenhalt, der aus Konflikten hervorgeht, die positiv vergesellschaften. In pluralen, ausdifferenzierten Gesellschaften kann Kohäsion nicht allein auf normativer Übereinstimmung beruhen. Kapitalistische Gesellschaften, die ihre Dynamik aus Marktexpansion und schöpferischer Zerstörung gewinnen, benötigen institutionelle Regulationen, die Krisen, Konflikte und permanente Gleichgewichtsstörungen zumindest abmildern. Solche Institutionen beruhen auf Kompromissbildungen, die einer vollständigen Kommodifizierung der fiktiven Waren Geld, Arbeit und Natur Grenzen setzen (vgl. Polanyi 1995/1944).

## Kapitalistische Marktwirtschaften stehen auf absehbare Zeit unter der Bewährungsprobe der Nachhaltigkeit.

Die Sustainable Development Goals der UNO lassen sich – trotz aller berechtigten Kritik am Zustandekommen, dem Kompromisscharakter und ihrer relativen Unverbindlichkeit – hierfür politisch operationalisieren. Sie sind ein Maßstab, anhand dessen sich das reale Handeln von Unternehmen, Regierungen, herrschenden und beherrschten Klassen bewerten lässt. Je weiter Nachhaltigkeitsziele und reale Ergebnisse auseinanderklaffen, desto wahrscheinlicher ist eine Delegitimation der vorherrschenden Produktions- und Lebensweisen. Anders gesagt: Kapitalistische Marktwirtschaften stehen auf absehbare Zeit unter der Bewährungsprobe der Nachhaltigkeit. Ob ein Green New Deal den Kapitalismus zu retten imstande ist (vgl. Wiesenthal 2019), ob es innerhalb der kapitalistischen →

Produktionsweise gelingen kann, soziale und ökologische Zielsetzungen in Einklang zu bringen (vgl. Ocasio-Cortez et al. 2019; Klein 2019) oder ob die Nachhaltigkeitsrevolution den Weg in eine nachkapitalistische Postwachstumsgesellschaft bahnt (vgl. Moore 2015; Dörre et al. 2019), ist gegenwärtig eine völlig offene Frage. Wie sie beantwortet wird, hängt nicht zuletzt von Bewegungen ab, die – wie Fridays for Future – vor allem darauf setzen, die sozial-ökologische Transformation mittels solidarischer Opposition von unten voranzutreiben.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zum Autor



**Dr. Klaus Dörre** ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Geschäftsführender Direktor des DFG-Kollegs „Postwachstumsgesellschaften“. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Kapitalismustheorie, flexible und prekäre Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und Strategic Unionism, Digitalisierung, Rechtspopulismus.

klaus.doerre@uni-jena.de

### Literatur

**Agentur Edelman (2019):** Trust Barometer. Global Report.; [www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2019-02/2019\\_Edelman\\_Trust\\_Barometer\\_Global\\_Report.pdf](http://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2019-02/2019_Edelman_Trust_Barometer_Global_Report.pdf) (Zugriff: 31.01.2020)

**Beck, Ulrich (1986):** Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Berlin: Suhrkamp

**Bose, Sophie / Dörre, Klaus / Köster, Jakob / Lütten, John / Dörre, Nelson / Szauer, Armin (2019):** Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz. Berlin, S. 89–112

**Castel, Robert (2011):** Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg: Hamburger Edition

**Chancel, Lucas / Piketty, Thomas (2015):** Carbon and inequality: From Kyoto to Paris. Paris: Paris School of Economics

**Dahrendorf, Ralf (1957):** Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag

**Dahrendorf, Ralf (1992):** Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt

**Dörre, Klaus / Fraser, Nancy / Lessenich, Stephan / Rosa, Hartmut / Becker, Karina / Ketterer, Hanna (2019):** Ein Gespräch zwischen Klaus Dörre, Nancy Fraser, Stephan Lessenich, Hartmut Rosa, Karina Becker und Hanna Ketterer. In: Ketterer, Hanna / Becker, Karina (Hrsg.): Was stimmt nicht mit der Demokratie? Berlin: Suhrkamp, S. 205–253

**Dörre, Klaus / Rosa, Hartmut / Becker, Karina / Bose, Sophie / Seyd, Benjamin (Hrsg.) (2019):** Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer

**Dörre, Klaus / Bose, Sophie / Lütten, John / Köster, Jakob (2018):** Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte. In: Berliner Journal für Soziologie, S. 55–89

**Eribon, Didier (2017):** Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp

**Fischer, Gabriele et al. (2015):** Situation atypisch Beschäftigter und Arbeitszeitwünsche von Teilzeitbeschäftigten. IAB-Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Endbericht 2015; [www.doku.iab.de/grauemap/2015/Projektbericht](http://www.doku.iab.de/grauemap/2015/Projektbericht) (Zugriff: 01.03.2018)

**Fratzscher, Marcel (2016):** Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. München: Hanser

**Galbraith, James K. (2016):** Wachstum neu denken. Was die Wirtschaft aus der Krise lernen muss. Zürich: Rotpunktverlag

**Gallagher, Kevin P. / Kozul-Wright, Richard (2019):** A New Multilateralism for Shared Prosperity. Geneva Principles for a Global Green New Deal. Genf: UN

**Goodhart, David (2017):** The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics. Oxford: C Hurst & Co Publishers Ltd

**Gordon, Robert. J. (2016):** The Rise and Fall of American Growth. The U.S. Standard of Living Since the Civil War. Princeton: Princeton Univers. Press

**Grober, Ulrich (2013):** Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs. München: Kunstmann

**Hagemann, Harald / Kromphardt, Jürgen (Hrsg.) (2016):** Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften. Marburg: Metropolis

**Heitmeyer, Wilhelm (2018):** Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp

**Honneth, Axel (2011):** Das Recht der Freiheit: Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit. Berlin: Suhrkamp

**IMF – International Monetary Fund (2017):** World Economic Outlook. Gaining Momentum. Washington: IMF

**IPCC (2018):** Special Report. Global Warming of 1.5 °C. Bonn: IPCC

**Kaelble, Hartmut (2017):** Mehr Reichtum, mehr Armut: soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main / New York: Campus

**Klein, Naomi (2019):** Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann. Hamburg: Hoffmann und Campe

**Kuhn, Joseph et al. (2018):** Die Arbeitswelt von heute. Daten, Schwerpunkt, Trends. In: Schröder, Lothar / Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Ausgabe 2018: Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau. Frankfurt am Main: Bund-Verlag, S. 351–384

**Merkel, Wolfgang (2017):** Die populistische Revolte. In: Kulturpolitische Mitteilungen, 157, S. 53–56

**Milanović, Branko (2016):** Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht. Berlin: Suhrkamp

**Moore, Jason (2015):** Capitalism in the Web of Life. London / New York: Verso

**Ocasio-Cortez, Alexandria et al. (2019):** 116th Congress, 1st Session. H. Re. 109. Recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal, the House of Representatives, February 7, 2019

**Patel, Raj / Moore, Jason (2018):** Entwertung. Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen. Berlin: Rowohlt

**Piketty, Thomas (2014):** Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: C.H. Beck

**Polanyi, Karl (1995/1944):** The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main: Suhrkamp (3. Auflage)

**Priewe, Jan (2016):** Stagnation, Nullwachstum, immerwährendes Wachstum – wohin driftet der entwickelte Kapitalismus? In: Hagemann, Harald / Kromphardt, Jürgen (Hrsg.): Keynes, Schumpeter und die Zukunft der entwickelten kapitalistische Volkswirtschaften. Marburg: Metropolis, S. 69–108

**Reckwitz, Andreas (2017):** Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp

**Reusch, Jürgen et al. (2019):** Transformation der Arbeitswelt: Daten, Schwerpunkt, Trends. In: Schröder, Lothar / Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.): Gute Arbeit. Ausgabe 2019: Transformation der Arbeit – Ein Blick zurück nach vorn. Frankfurt am Main: Bund-Verlag, S. 281–349

**Rockström, Johan / Steffen, Will / Noone, Kevin / Persson, Asad / Chapin, F. Stuart (2009):** Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operation Space for Humanity. In: Ecology and Society, Jg. 14, H. 2, Article 32

**Schellnhuber, Hans Joachim (2015):** Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. München: C. Bertelsmann Verlag

**Silver, Beverly J. (2005):** Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Hamburg/Berlin: Assoziation A

**Simmel, Georg (1908):** Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Leipzig: Duncker & Humblot

**Therborn, Göran (2012):** Class in the 21st Century. In: New Left Review 78 (6), pp. 5–29

**Umweltbundesamt (2019):** Klimaneutral leben – Persönliche CO<sub>2</sub>-Bilanz im Blick. UBA-Experte Dr. Michael Bilharz über die Möglichkeiten und Big Points beim CO<sub>2</sub>-Sparen; [www.umweltbundesamt.de/klimaneutral-leben-persoенliche-co2-bilanz-im-blick](http://www.umweltbundesamt.de/klimaneutral-leben-persoенliche-co2-bilanz-im-blick) (Zugriff: 10.02.2020)

**Wiesenthal, Helmut (2019):** Institutionelle Transformation gestern – und morgen? In: Dörre, Klaus et al. (Hrsg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Sonderband des Berliner Journals für Soziologie. Wiesbaden: Springer, S. 367–382

**Zuboff, Shoshana (2019):** Das Zeitalter des Überwachungs-kapitalismus. Frankfurt am Main / New York: Campus

# „... auf echte Gerechtigkeit wagen wir nicht zu hoffen, aber wir wollen aufrichtige Solidarität“

## Klimawandel und globale Solidarität

In Folge der Industrialisierung entstanden die modernen (bis heute meist national begrenzten) Solidarsysteme, die es ihren Mitgliedern erlaubten, Risiken gemeinsam abzufedern, ohne einander persönlich kennen zu müssen. Als Spätfolge der Industrialisierung erleben wir nun den globalen Klimawandel und fragen uns: Kann auch weltweite Solidarität gelingen? Der folgende Artikel will mit einigen Fragen zur weiteren Diskussion anregen: Warum sollte man dem Klimawandel solidarisch begegnen? Mit wem sollte man dabei solidarisch sein und wie könnte dies konkret aussehen?

von Stefan Einsiedel

### Der Grundgedanke der Solidarität

„In wie weit, glauben Sie, sind Ihre reichen Mitbürger mitschuldig an den Umweltproblemen und der Armut hier vor Ort? Oder sind es mehr die reichen Länder, die dafür verantwortlich sind?“ Diese durchaus heikle Frage (hier etwas vereinfacht wiedergegeben) war Teil eines umfangreichen Fragebogens, mit dem ich im Jahr 2015 in indischen Slums und Urwaldhöfen mit denjenigen ins Gespräch zu kommen versuchte, die am stärksten von Klimawandel und globaler Ungleichheit betroffen sind: mit überschuldeten Bauern, Tagelöhnern und Vertreter\*innen der Adivasi, der Ureinwohner des indischen Subkontinents. Im von Dürre und Überschwemmungen geplagten südwestlichen Bundesstaat Karnataka traf ich dabei auf eine Kleinbäuerin, deren Antwort erahnen lässt, wie vielschichtig das Themenfeld von Solidarität und Klimawandel sein kann: „Ob die Reichen schuld an meiner Misere sind, das weiß ich nicht – ich glaube zwar nicht, dass sie mein Unglück wollten, aber sie wollten es wohl auch nicht ernsthaft verhindern ... Ich will aber glauben, dass die Reichen uns ebenso brauchen wie wir sie: Die Reichen würden menschlich verkümmern, wenn sie nicht helfen dürften. Und nur wir können deren Gelder so einsetzen, dass dieses Land grün

und fruchtbar bleibt. Wir wollen keine Almosen, auf echte Gerechtigkeit wagen wir nicht zu hoffen, aber wir wollen aufrichtige Solidarität – so, wie auch wir bereit sind, mit den Reichen solidarisch zu sein!“

Diese (hier sinngemäß wiedergegebene) Antwort war durchaus repräsentativ für die Stimmung unter den Ärmsten der Armen: Auch wenn Solidarität<sup>1</sup> weltweit sehr unterschiedlich definiert und von jedem Menschen anders gelebt wird, so sollte sie doch nie mit einseitiger Mildtätigkeit oder bedingungsloser Hilfe verwechselt werden, sondern beinhaltet immer auch den Grundgedanken einer angemessenen Reziprozität. Wer Solidarität erfährt, will dabei (im Regelfall) nicht bloß zum Hilfeempfänger reduziert werden, sondern empfindet sich selbst als Partner\*in, der/die im richtigen Moment und im Rahmen der individuellen Möglichkeiten ebenfalls zur Hilfe bereit ist. Solidarität beruht auf dem Prinzip der gegenseitigen Hilfe im Krisenfall. Eine solidarische Feuer- oder Krankenversicherung etwa nivelliert nicht das unterschiedliche Einkommens- oder Leistungsniveau ihrer Teilnehmer\*innen, aber erlaubt ihnen, durch einen fairen, begrenzten Lastenaus-

1 Abgeleitet vom lateinischen solidus für „fest, unverbrüchlich“

gleich einen hoffentlich nicht eintretenden konkreten Notfall, der die Einzelnen weit überfordern würde, gemeinsam gut abzufedern. Dieses Grundprinzip der Solidarität wird durch die Herausforderungen des Klimawandels nicht verändert – es tritt hier sogar noch deutlicher zutage: Auch die globale Umweltkrise wird (ähnlich wie ein Unfall oder eine Krankheit) längst nicht alle Menschen gleichermaßen treffen, aber der zu befürchtende Gesamtschaden und die Zahl der potenziell Betroffenen sind derart hoch, dass globale Solidarität die einzig sinnvolle Antwort auf diese Herausforderung darstellt.

Und gerade beim Blick auf das Problem Klimawandel wird deutlich, dass der Begriff „Solidarität“ – ganz ähnlich wie die in diesem Kontext gern beschworene „Nachhaltigkeit“ – in der öffentlichen Diskussion häufig als diffuser „Kofferbegriff“ verwendet wird, in den jede/r hineinpackt, was ihm/ihr passend erscheint. Man nimmt gerne für sich in Anspruch, solidarisch oder nachhaltig zu handeln und findet immer eine Möglichkeit, die jeweils anderen als nicht solidarisch oder nachhaltig genug zu kritisieren: So wird jedes noch so übermotorisierte Elektroauto als „nachhaltig“ vermarktet und zugleich kritisch nachgefragt, ob das Segelschiff, mit dem *Greta Thunberg* nach New York reiste, denn aus recycelten Materialien bestand. Wer 2020 ernsthaft über Nachhaltigkeit oder Solidarität diskutieren will, sollte diese Begriffe nicht als perfekt definierbare Qualitätsmerkmale begreifen, sondern als Ideale oder Leitbilder, die ähnlich wie ein Fixstern niemals vollends erreichbar sind, aber gerade durch ihre Ferne und Klarheit wichtige Orientierung und Motivation bieten können (vgl. hierzu Wallacher/Einsiedel/Gösele 2019): Kein Produkt wird jemals in jeder Hinsicht komplett nachhaltig sein und kein Mensch handelt immer perfekt solidarisch, aber jeder Produzent sollte sich am Ideal der Nachhaltigkeit und jeder Mensch am Leitbild der Solidarität orientieren und sich darum bemühen, den damit verbundenen Ansprüchen im konkreten Einzelfall gerecht zu werden.

Im Folgenden sollen einige Denk- und Diskussionsanregungen für dieses Bemühen um globale Solidarität gegeben werden; dies geschieht in Form einiger Fragen, die hier freilich nur angerissen werden können: Was macht den Klimawandel zu einer besonderen Herausforderung? Warum sollte man eigentlich solidarisch sein? Mit wem sollte man solidarisch sein? Worin sollte sich die Solidarität konkret zeigen?

### **Der Klimawandel, eine einzelne oder einzigartige Herausforderung?**

Zunächst ist es hilfreich, den Klimawandel nicht als isoliertes Einzelphänomen zu begreifen. Er ist unter den vielen Folgen der Globalisierung und Industrialisierung lediglich derjenige Effekt, der am langsamsten hervortritt, da er von vielen unterschiedlichen (natürlichen ebenso wie menschlichen) Faktoren mitbeeinflusst wird und daher am schwierigsten einschätzbar ist. Selbst wenn der enorme Ausstoß von Kohlendioxid, der in den letzten eineinhalb Jahrhunderten eng mit dem Anstieg des menschlichen Wohlstands korrelierte, keinerlei Folgen auf das Weltklima hätte (in Wahrheit unterschätzen wir die Folgen wohl eher) und auch nicht zur Versauerung der Meere beitragen würde (in der Tat eine existentielle Bedrohung für alle kalkbildenden Meereslebewesen wie Muscheln und Korallen und deren Nahrungsketten), so wären die bislang schon eingetretenen Folgeschäden unseres enormen Ressourcen- und Landverbrauchs trotzdem noch in vielen Jahrhunderten deutlich bemerkbar. Insbesondere bei der maßgeblich durch die Landwirtschaft verursachten Verschiebung der Phosphat- und Stickstoffkreisläufe, bei der Luftverschmutzung und der Problematik des weltweiten Artensterbens (über 80 % weniger Biomasse wildlebender Säugetiere seit Beginn der Industrialisierung, vgl. Bar-On/Philipps/Milo 2018) nähern wir uns in hoher Geschwindigkeit planetarischen Belastungsgrenzen, die noch zu Lebenszeit der meisten Leser\*innen dieses Artikels unwiderruflich überschritten werden könnten (vgl. Rockström et al. 2009). Selbst wenn es den Klimawandel nicht gäbe, wäre es höchste Zeit für eine Neuausrichtung unserer aktuellen Produktions- und Konsummuster!

Und noch etwas hat sich in dem Zeitraum, in dem diese enormen Umweltschäden und Zukunftsrisiken aufgehäuft wurden, grundlegend verändert: Unsere Großeltern konnten und mussten den meisten Menschen, deren Wohlergehen sie durch ihr Verhalten maßgeblich beeinflussten (sei es als Konsument\*innen, Arbeitnehmer\*innen, aber auch als Soldaten) direkt in die Augen schauen – ihre Handlungen (und die damit einhergehende empfundene Verantwortung) betrafen erfahrungsgemäß vor allem ihre überschaubare Nachbarschaft oder ihre Kinder und allenfalls Enkelkinder. Solidarität war in der Erfahrungswelt unserer Eltern und Vorfahren meist etwas lokal beschränktes, wie auch ihr Wirkungskreis regional begrenzt war. In unserer heutigen Welt kommt es durch „tiefe Arbeitsteilung, lange Produktionswege, anonyme Austauschbeziehungen“ (Homann 2006, S. 181) vermehrt zu einer zeitlichen und →

räumlichen Entkopplung von Ursache und Wirkung. Der Hauptbetroffene unseres Handelns sitzt oft nicht mehr in unserer direkten Nachbarschaft, sondern hunderte Kilometer entfernt – was häufig dazu führt, dass diese Zusammenhänge leichter übersehen, länger ignoriert und erfolgreicher geleugnet werden können.

## Selbst wenn es den Klimawandel nicht gäbe, wäre es höchste Zeit für eine Neuausrichtung unserer aktuellen Produktions- und Konsummuster!

Schließlich gibt es noch einen weiteren Zusammenhang zu bedenken: Im 20. Jahrhundert galt Wirtschaftswachstum sowohl in freien Marktwirtschaften als auch in Planwirtschaften beinahe einhellig als probates Mittel gegen Armut und Verteilungskonflikte. Wachstum und ein generelles Mehr an Waren und Dienstleistungen war für Ost und West gleichermaßen eher Teil der Lösung als Teil des Problems. Noch vor wenigen Jahren galt es als Gebot der globalen Solidarität, „unterentwickelte“ Regionen durch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit „voranzubringen“; die offensichtlichen Verlierer der Globalisierung waren nach vorherrschender Meinung nicht Opfer des Marktes, sondern zu wenig in diesen integriert.<sup>2</sup> Mittlerweile herrscht nicht nur Einigkeit darüber, dass der westliche Lebensstil global nicht verallgemeinerbar ist, sondern auch darüber, dass der Klimawandel insbesondere diejenigen Länder und Menschen bedroht, die am wenigsten zu ihm beigetragen haben. Einerseits zwingt Armut weiterhin Millionen Menschen zu klimaschädlichem Verhalten (wie etwa Brandrodung oder ineffizienter Energienutzung), andererseits sind Arme schon heute die häufigsten Opfer des beginnenden Klimawandels – durch erhöhte Vulnerabilität aufgrund ihrer Lebensumstände (etwa als Bauern oder Anwohner besonders gefährdeter Küstenregionen) ebenso wie durch die Schwierigkeit, die Kosten von notwendigen Vermeidungs- und Anpassungsstrategien zu tra-

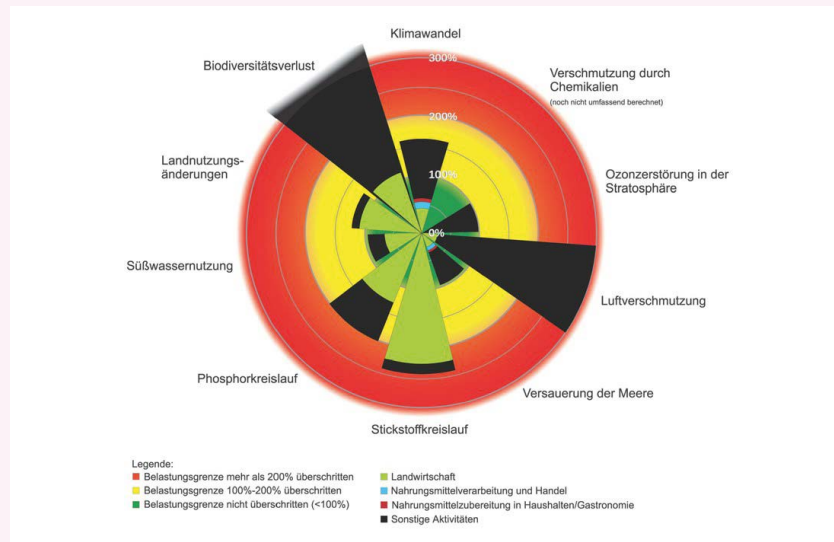
<sup>2</sup> Zur differenzierten Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit Wirtschaftswachstum Teil der Lösung oder des Problems sein kann, empfiehlt sich die Studie „Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien“ (Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz 2018).

gen. So weisen die *Vereinten Nationen* regelmäßig darauf hin, „dass Klimaschutz und Armutsbekämpfung keine Alternativen sind, sondern immer wechselseitig miteinander verknüpft werden müssen“ (Wallacher/Scherpenseel 2009, S. 11). Globale Solidarität bedeutet in Zeiten des Klimawandels nicht mehr nur das Teilen eines stetig zu mehrenden materiellen Überflusses, sondern zunehmend auch Beschränkung und schmerzhaftes Einschnitte in liebgelebte Lebensstile. Doch was motiviert Menschen dazu, in Zeiten des Klimawandels den Geltungsbereich ihrer Solidarität weit über ihr bewusst wahrgenommenes (zeitliches wie örtliches) Umfeld hin auszudehnen? Der folgende Abschnitt soll dazu zumindest ein paar Denkanstöße geben.

### Globale Solidarität – warum?

Es gibt viele Möglichkeiten, Solidarität zu begründen (siehe dazu auch der Beitrag von Georg Kohler in diesem Heft). Und tatsächlich spricht bei rationaler, langfristiger Betrachtung auch vieles für globale, gegenseitige Solidarität – vor allem, wenn die Klimakrise, die global verursacht und global wirksam wird, aus der Perspektive ganzer Staaten heraus betrachtet wird. Hier ist es schon aus Gründen des Eigennutzes sinnvoll, sich auf ein gerechtes System des langfristigen Lastenausgleiches zu einigen, um durch Kooperation die Kosten der Anpassungs- und Vermeidungsstrategien möglichst gering zu halten. Kurzfristig gesehen kann es sich dagegen (wie wir häufig feststellen) für einzelne Staaten durchaus lohnen, die eigenen Leistungen möglichst niedrig zu halten und auf den vermehrten Einsatz der anderen zu hoffen – das berühmte „Free-Rider-Problem“, das auf der Ebene einzelner Individuen (mit jeweils sehr begrenzter Lebensdauer) noch deutlich stärker zu Tage tritt. Bereits der Philosoph *John Rawls* tat sich bei seiner jahrzehntelangen Beschäftigung mit Grundfragen der Gerechtigkeit schwer, eine strikt rational/utilitaristische Begründung dafür zu finden, warum sich einzelne Menschen gegenüber ihren Mitmenschen (oder gar Mitgeschöpfen) solidarisch verhalten sollten, wenn diese durch große Zeiträume oder andere Grenzen so weit entfernt sind, dass sie gutes oder schlechtes Verhalten nicht erwidern können. Seine Antwort: Sie tun es wahrscheinlich aus Liebe (auch wenn Rawls selbst lieber von familiärer Fürsorge sprach).<sup>3</sup> Doch egal ob diese emotionale Verbundenheit nun als Liebe, (Für)Sorge, Empathie oder als Mitleid bezeichnet wird:

<sup>3</sup> Zu Rawls' Unbehagen mit dieser emotionalen Begründung vgl. Rawls 1971, S. 251 ff.; vgl. Dierksmeier 2006, S. 72 ff. sowie Einsiedel 2020.



Die Überschreitung sogenannter planetarischer Belastungsgrenzen hat bereits heute in vielen Bereichen schwere Schäden an unserer Biosphäre hinterlassen. Im Bereich des Klimawandels könnten die gefährlichsten Schäden noch innerhalb der nächsten wenigen Jahre vergleichsweise kostengünstig verhindert werden. Quelle: Meier 2017 nach Rockström et al. 2009

Für die meisten Menschen ist es das unmittelbar empfundene Gefühl einer (wie auch immer begründeten) Zusammengehörigkeit mit ihren Mitmenschen, Mitlebewesen oder auch der gesamten Natur, das sie am stärksten motiviert, solidarisch sein zu wollen. Um diese gewünschte Solidarität dann in der anonymen Welt des globalen Warenverkehrs tatsächlich leben zu können, braucht es meist angemessene Ordnungsstrukturen (wie etwa Sozialstandards oder eine angemessene Bepreisung von Umweltgebrauch, mehr dazu später), die dazu beitragen, den Egoismus kurzfristig orientierter Zeitgenossen im Zaum zu halten.

Aktuell eine der interessantesten Reflexionen über die Frage, wie wir Menschen dieses motivierende Gefühl der globalen Zusammengehörigkeit immer wieder neu entdecken, vertiefen und konkret umsetzen können, findet sich in dem kurz vor dem Klimagipfel in Paris von Papst Franziskus veröffentlichten Schreiben *Laudato Si'* (Papst Franziskus 2015). In ihm schildert der Papst (der vor seinem Eintritt ins Priesterseminar als Chemietechniker arbeitete und dann einen Lehrauftrag für Literatur innehatte), wie die gesamte menschliche Erfahrungspalette von frühkindlicher Bildung, Musik, bildender Kunst und Literatur über akademische Wissenschaften bis hin zu religiösen Traditionen und neuen gesellschaftlichen Strömungen zu einer Geisteshaltung der globalen Solidarität beitragen können, aus der heraus dann konkrete und durchaus auch schmerzhaft Reformschritte unternommen werden können. Eine der interessantesten Anmerkungen des Papstes sei im folgen-

den Abschnitt aufgegriffen: sich immer wieder neu auf die Suche zu machen, mit wem man solidarisch sein sollte/könnte, dabei die Begrenztheit der eigenen Perspektive ein Stück weit zu überwinden und die neu entdeckte Vernetzung nicht nur als bedrückende Verantwortung, sondern auch als beglückende Verbundenheit zu begreifen.

### Solidarität mit wem?

Bevor man an die Frage geht, welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnungs- und Anreizstrukturen wie angepasst werden sollten, um globale Solidarität und Nachhaltigkeit besser in der Praxis leben zu können, ist es hilfreich darüber zu reflektieren, wem diese Solidarität zugutekommen sollte, bzw. wer davon ausgeschlossen oder gar zum „Gegner“ erklärt wird. Zwar sollte richtig verstandene Solidarität niemals gegen andere Personen oder Gruppierungen, sondern gegen konkret definierte Notfälle und Risiken gerichtet sein, doch passiert es in der Praxis häufig, dass einzelne Gruppen bewusst oder unbewusst aus Solidarsystemen ausgeschlossen werden. Dieser Ausschluss geht meist zu Hauptlasten der ausgegrenzten Randgruppe, doch auch die Ausgrenzenden profitieren nur vordergründig davon und würden im Normalfall (eine intelligente Gestaltung des Solidarsystems vorausgesetzt) von der Ausdehnung der Solidargemeinschaft profitieren. Doch auf wen sollten wir hier besonders achten?

Bei dieser Frage kann es helfen, wenn wir unseren Blick an aktuellen Gegensätzen oder vermeintlichen Gegen- →



polen unserer Gesellschaft schärfen. Neben dem altbekannten, aber immer noch hochaktuellen Gegensatzpaar Arm/Reich (das auf die unterschiedlichsten Faktoren wie Geld, Ressourcen, Entwicklungschancen etc. angewandt werden kann) und den zunehmend verwischten Gegenpolen Industriestaat/Entwicklungsland oder Jung/Alt werden zunehmend neue Polaritäten wichtig. Beispiel Stadt/Land: Im Jahr 2007 waren zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Mehrheit der Erdenbewohner nicht mehr Teil einer überschaubaren dörflichen Gemeinschaft (mit den damit verbundenen Sozialstrukturen, örtlicher Lebensmittelproduktion und primär familiärer Absicherung im Alters- und Krankheitsfall), sondern Großstadtbewohner und damit Teil einer völlig anderen Lebenswirklichkeit. In Europa tritt die stärker werdende Kluft zwischen Stadt und Land meist am ehesten anhand unterschiedlicher Wahlergebnisse ins öffentliche Bewusstsein, doch gerade in ärmeren Ländern werden die Auswirkungen des Klimawandels und die Möglichkeiten seiner Bekämpfung in Stadt und Land schon mittlerweile völlig unterschiedlich wahrgenommen. Während NGOs aus ländlichen Regionen etwa viel häufiger die Vorteile des Emissionszertifikatehandels nutzen können (etwa indem sie Biogasanlagen errichten) und damit aber auch vom Weltmarktpreis dieser Zertifikate abhängig sind, entscheidet in Großstädten verstärkt die Kommunalpolitik (mittels des öffentlichen Nahverkehrs und der städtischen Infrastrukturgestaltung) darüber, ob effektiver Klimaschutz gelingt.



Die armen Bevölkerungsgruppen des Globalen Südens, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, sind am stärksten dadurch gefährdet. Foto: Stefan Einsiedel

Man kann zwar schlecht von einem Gegensatzpaar Mensch/Tier sprechen, aber die aktuelle Diskussion über Tierrechte und vegane Ernährungstrends ist auch im Hin-

blick auf die Bereitschaft zur Solidarität bemerkenswert: Eine immer größere Zahl an Menschen ändert ihr Konsum- und Ernährungsverhalten – teils aus Liebe zu ihren Mitgeschöpfen, teils aus Sorge um die eigene Gesundheit, manche, weil es ein trendiger Lifestyle ist, andere weil sie von der Massentierhaltung geschockt sind. In all diesen Fällen spielen die neuen sozialen Medien wie *Facebook*, *Instagram* und *YouTube* eine enorme Rolle. Vielleicht lässt sich daraus einiges lernen, wie man globale Solidarität durch persönliche Ansprache in die Herzen der Menschen bringt ...

**Globale Solidarität braucht in einer komplexen Welt mit anonymen Austauschbeziehungen vor allen Dingen neue Ordnungsstrukturen, die es möglich machen, miteinander solidarisch zu sein, ohne einander persönlich zu kennen oder die gleiche Sprache zu sprechen.**

#### Solidarität wodurch?

Der Blick auf die eben genannten Gruppierungen sollte uns helfen und Ansporn sein, gerechtere Ordnungsstrukturen zu schaffen, die an den Idealen der Solidarität und Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Besonders dringend ist angesichts des Klimawandels die Etablierung einer fairen Bepreisung von Umweltgebrauch, angefangen mit einem angemessenen Preis für den Ausstoß von CO<sub>2</sub>. Hier sollte es sich nicht um eine klassische Besteuerung zur Mehrung staatlicher Einnahmen handeln, sondern primär darum, dass die tatsächlichen (leider oft verdeckten) Kosten von CO<sub>2</sub>-Emissionen an der Stelle erkennbar werden, an der sie veranlasst werden. Im Rahmen eines solidarischen Systems sollten die Einnahmen einer solchen angemessenen CO<sub>2</sub>-Bepreisung dann nicht nur für geeignete Umweltschutzmaßnahmen oder nachhaltigere Infrastruktur ausgegeben werden, sondern auch einen sozialen Ausgleich beinhalten. Als Beispiel kann das *Schweizer Modell* dienen, bei dem allen Bürger\*innen (über die Krankenversicherung) am Jahresende ein Teil der Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung als pauschaler Öko-Bonus ausgezahlt wird.

Gerade viele Ärmere (oder umweltfreundlich eingestellte) können so zu Gewinnern einer CO<sub>2</sub>-Besteuerung werden.

Häufig scheiterte ein solches Bepreisungssystem in der Vergangenheit (wie etwa die Besteuerung von Flugbenzin) an nationalen Grenzen, doch ist mittlerweile unumstritten, dass ein global flexibles und doch national unterschiedlich ausdifferenziertes Bepreisungssystem (ähnlich den unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen in den europäischen Mitgliedsstaaten) nicht an technischen oder regulatorischen Schwierigkeiten scheitert, sondern eher an der Mutlosigkeit der aktuell politisch Verantwortlichen (vgl. Klenert et al. 2018). Globale Solidarität braucht in einer komplexen Welt mit anonymen Austauschbeziehungen aber vor allen Dingen neue Ordnungsstrukturen, die es möglich machen, miteinander solidarisch zu sein, ohne einander persönlich zu kennen oder die gleiche Sprache zu sprechen. Es mag zynisch klingen, aber unser weltweites Finanzsystem hat dies (in seinem Bereich) längst geschafft. Unsere Zentralbanken haben in der globalen Schuldenkrise erstaunlich effizient einen weltweiten Banken-Crash verhindert – die Kosten dafür waren wahrscheinlich deutlich höher als die ehrgeizigsten Klimaschutzpläne. Sollte dies nicht Anlass sein, über die Etablierung von unabhängigen CO<sub>2</sub>-Zentralbanken nachzudenken, die den Kohlenstoffkreislauf unseres Planeten ähnlich machtvoll und unabhängig begleiten könnten, wie unsere Zentralbanken den weltweiten Geldkreislauf bewachen (vgl. Einsiedel 2020)? Globale Solidarität – das bedeutet in unserer heutigen Welt vor allem auch die Suche nach neuen kreativen Lösungen des gerechten Ausgleichs und das genaue Hinsehen, wen man dabei zu vergessen droht.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zum Autor



**Stefan Einsiedel** ist Biologe und Volkswirt, promoviert aktuell über „Die Bedeutung von Partizipation beim Kampf gegen Armut und Klimawandel“ und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Bereiche Umweltethik und Umweltbildung am Zentrum für Globale Fragen der Hochschule für Philosophie in München.

Stefan.Einsiedel@hfph.de

### Literatur

**Bar-On, Yinon M. / Philipps, Rob / Milo, Ron (2018):** The biomass distribution on Earth. In: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS) June 19, 2018 115 (25) 6506-6511. PNAS: May 21, 2018; <https://doi.org/10.1073/pnas.1711842115> (Zugriff: 05.01.2020)

**Dierksmeier, Claus (2006):** John Rawls on the rights of future generations. In: Tremmel, Joerg C. (Hrsg.): Handbook of intergenerational justice. Cheltenham, UK: Edward Elgar Publishing, pp. 72–85

**Einsiedel, Stefan (2020):** Politik der Zukunft. Praktische Ideen und Vorschläge für nachhaltige Strukturen in einer demokratischen Mitsprachegesellschaft. In: Tamoudi, Nejma / Faets, Simon / Reder, Michael (Hrsg.): Politik der Zukunft. Zukünftige Generationen als Leerstelle der Demokratie. Bielefeld: transcript Verlag (Erscheint 7/2020)

**Homann, Karl (2006):** Die Ökonomik als Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln. In: Hilpert, Konrad / Bormann, Thomas (Hrsg.): Solidarische Gesellschaft. Christliche Sozialethik als Auftrag zur Weltgestaltung im Konkreten. Regensburg: Festschrift für Alois Baumgartner. S. 181–194

**Klenert, David / Mattauch, Linus / Combet, Emanuel / Edenhofer, Ottmar / Hepburn, Cameron / Rafaty, Ryan / Stern, Nicolas (2018):** Making carbon pricing work for citizens. In: Nature Climate Change, 8, pp. 669–677

**Meier, Toni (2017):** Planetary boundaries of agriculture and nutrition – an Anthropocene approach. In: Proceedings of the Symposium on Communicating and Designing the Future of Food in the Anthropocene. Humboldt University Berlin. Berlin: Bachmann Verlag

**Papst Franziskus (2015):** Die Enzyklika Laudato Si'. Über die Sorge für das gemeinsame Haus. Freiburg: Herder Verlag

**Rawls, John (1971):** A theory of justice. Cambridge, MA: Harvard University Press

**Rockström, Johan / Stephen, Will / Noone, Kevin et al. (2009):** A safe operating space for humanity. Nature 461, pp. 472–475; <https://doi.org/10.1038/461472a> (Zugriff: 13.01.2020)

**Wallacher Johannes / Einsiedel, Stefan / Gösele, Andreas (2019):** Sustainable development: in space as on Earth? Global Sustainability 2, e15, pp. 1–6; <https://doi.org/10.1017/sus.2019.12> (Zugriff: 05.01.2020)

**Wallacher, Johannes / Scherpenseel, Karoline (2009):** Klimawandel und globale Armut. Reihe Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur Band 18. Stuttgart: Kohlhammer Verlag

**Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (2018):** Raus aus der Wachstumsgesellschaft? Eine sozialetische Analyse und Bewertung von Postwachstumsstrategien. Studien der Sachverständigenkommission „Weltwirtschaft und Sozialethik“ Bd. 21. Bonn

# Commoning als strukturelle Solidarität

## Neue Formen von Solidarität und Solidarisierung

**Solidarität wird hochgelobt und häufig praktiziert. Sie kommt als Anrufung – und kann allzu leicht ignoriert werden. Sie bezieht sich auf Gemeinschaften, deren Gemeinsames jeweils Anderes ausgrenzen kann. Wie kann Solidarität trotz der Freiwilligkeit verallgemeinert werden und strukturelle Grundlagen bekommen? Das Commoning erweist sich als eine verallgemeinerbare Praxis, die alle Ansprüche von Solidarität enthält und sie als Extra-Veranstaltung für Hilfsbedürftige überflüssig macht.** von Annette Schlemm

### Solidarität

Im Jahr 2002 überflutete die Elbe große Gebiete. Viele Häuser wurden mitgerissen, Schlammlawinen begruben Infrastrukturen und Gärten. Woran erinnern sich die Menschen heute? Erstaunlicherweise zählen sie meist nicht die Kosten auf und die Verluste, sondern berichten über die Stimmung, die alle überwältigte, denn alle halfen einander und erhielten auch von außen vielerlei konkrete Hilfe und Unterstützung. *Rebecca Solnit* (2009) berichtet Ähnliches von Katastrophen aus aller Welt. Entgegen der Erwartung, im Katastrophenfall wäre jeder Mensch nur sich selbst der Nächste, berichten die meisten Katastrophenerfahrenen davon, dass Selbstlosigkeit, Besonnenheit und ein neuartiges Miteinander aufblühten – zumindest solange, bis technikfixierte und politisch „von oben herab“ organisierte Hilfeleistungen die sich selbst organisierenden Strukturen scheinbar überflüssig machen oder gezielt zerstören. *Rebecca Solnit* erfuhr von den Betroffenen, wie ausgerechnet in unglücklichen Situationen sich ein Fenster in Richtung sozial-kooperativer Möglichkeiten öffnet, das sonst fest verrammelt scheint.

Die Praxis der Hilfeleistung ist wertvoll genug. Aber *Hilfe* kann leicht demütigend für die Empfänger\*innen sein,

und sie kann jederzeit entzogen werden. Angesichts der weltweit ständig wechselnden Katastrophenorte wechseln die Adressaten der Spendenaufrufe fast täglich und weil ich nicht jemanden bevorzugen will, könnte ich dazu neigen, diese Anrufe an mir abprallen zu lassen. Ich und auch niemand anders kann allen helfen, die es nötig hätten. Damit sind wir auch schon bei einem Problem, das auch der Solidarität anhaftet. *Solidarität* kann über reine Hilfeleistungen, die die Opfer in ihrem Opferstatus als Objekte meiner Zuwendung bestätigt, hinausgehen. Hilfe wird dann zur Solidarität, wenn jene, denen die Solidarität gilt, als selbstbestimmte Akteure handeln können und sich Menschen gegenseitig in dieser Rolle bestätigen und bestärken. Diese Rolle bekam „Solidarität“ erst in der Neuzeit; traditionell ging es eher darum, was Menschen einander „schulden“. Im römischen Schuldrecht hafteten Mitglieder einer Gemeinschaft nach dem Grundsatz „obligatio in *solidum*“ (Schuld für das Ganze) für die Gemeinschaft und diese für die Mitglieder. Diesem Begriff entsprechen heute noch die Versicherungen. Die Quelle des Begriffs enthält zwei Merkmale, die heute jedoch für manche Verwendungszwecke des Begriffs „Solidarität“ auch als problematisch angesehen werden können: Erstens hat Solidari-



„Wenn die Solidarität sich an Ausgeschlossene richtet, ohne ihren Ausschlussstatus aufzuheben, dann haben wir es mit einer ‚Stellvertreter-Solidarität‘ zu tun.“ Hier: Guillermo Galindo Installation „Fluchtzieleuropahavarieschallkörper“; documenta 2017 Foto: AdB

tät damit den Aspekt einer Pflicht, also etwas normativ der Entscheidung eines einzelnen Menschen Vorgegebenem, und zweitens bezieht sie sich auf eine konkrete Gemeinschaft und schließt damit andere Menschen aus. Dieses Manko hat auch eine Berufung auf die „Brüderlichkeit“, das auch durch die Ergänzung mit „Schwesterlichkeit“ nicht aufgehoben wird, denn die Solidarität bleibt innerhalb der Familie. Die häufigsten Begriffsbestimmungen von „Solidarität“ halten diese innerhalb eines bestimmten „Wir“. So definiert etwa Kurt Bayertz eine „Gemeinschafts-Solidarität“ als „Inbegriff der wechselseitigen Bindungen und Verpflichtungen (...), die zwischen einer Gruppe von Menschen bestehen“, die „durch gemeinsame Lebensbedingungen, gemeinsame Überzeugungen, gemeinsame Werte etc. getragen“ werden (Bayertz 1998, S. 49).

Das Ganze des gemeinsamen „Wir“ kann natürlich auch auf die gesamte „Menschheitsfamilie“ ausgedehnt werden. Dieses „kann“ ist aber prekär. Es ist nicht von vornherein gegeben, sondern muss ständig aktiv herausgefordert werden. Gruppensolidarität kann auch zu Gruppenegoismus werden, worauf u. a. Friederike Habermann (2011) aufmerksam macht. Der Bezug auf ein solidarisches „Wir“ erzeugt automatisch die ausgeschlossenen „Anderen“. Bei einer *Kampf-Solidarität*, bei der „einem anderen Individuum oder einer anderen Gruppe bei der Durchsetzung seiner oder ihrer Rechte“ (Bayertz 1998, S. 49) geholfen wird, sind jene, die um ihre Rechte kämpfen, und jene, die sie ihnen vorenthalten, natürlicherweise getrennt. Aber einen

Ausschluss gibt es auch in anders gemeinten Kontexten: In der *New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten* sind die Solidarischen und Unterstützenden geschieden von Flüchtlingen und Migranten und diese beiden Gruppen noch einmal voneinander. Wenn die Solidarität sich an Ausgeschlossene richtet, ohne ihren Ausschlussstatus aufzuheben, dann haben wir es mit einer „*Stellvertreter-Solidarität*“ (Mathwig 2018, S. 3) zu tun.

---

### **Hilfe wird dann zur Solidarität, wenn jene, denen die Solidarität gilt, als selbstbestimmte Akteure handeln können und sich Menschen gegenseitig in dieser Rolle bestätigen und bestärken.**

Außerdem bezieht sich die *New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten* lediglich auf jene, die „aus Gründen, die sich ihrer Kontrolle entziehen, mit ihren Familien ihre Heimat verlassen müssen“ (2016, Punkt 4 der Einleitung) und schließt wiederum die Anderen aus.

Friederike Habermann zielt deshalb auf eine „identitätsübergreifene Solidarität“ (Habermann 2011, S. 35) und fragt: „Wenn es Solidarität nicht ist, was auch die ‚An- →

deren' einbezieht, dann gibt es hierfür kein Wort. Aber kann das wahr sein? Können wir Solidarität jenseits einer Interessengemeinschaft noch nicht einmal ausdrücken?" (Ebd., S. 7)

Es mag möglich sein, den Begriff der „Solidarität“ als menscheitsübergreifende Solidarität neu zu bestimmen. Solidarität würde dann etwa das Konkrete ausdrücken, was dem abstrakten Begriff der Gerechtigkeit noch abgeht. Denn *Gerechtigkeit* bezieht ihre Bestimmung aus dem „unüberbietbare(n) inklusiven Charakter mit universeller Geltung“ (Mathwig 2018, S. 3).

Was dem Begriff *Solidarität* aber weiterhin anhaftet, ist ihre prekäre Verwirklichung (Menschen können oder können sich nicht solidarisch verhalten) und die auch für universell gemeinte Solidaritätspraxen jederzeit mögliche Rückfallebene in ausschließende „Wir“-Gemeinschaften.

#### Commoning als strukturelle Solidaritätspraxis

Friederike Habermann verweist auf die Erweiterungsperspektive: „Solidarität könnte für die Zukunft zu einem Begriff werden, der die Form eines neuen gesellschaftlichen Zusammenlebens umschreibt, die weder auf individuellen Egoismen beruht noch auf Kuschelrunden oder Gemeinsamkeiten, die aber von struktureller Gemeinschaftlichkeit (Stefan Meretz) geprägt ist.“ (Habermann 2011, S. 4) Wo finden wir nun eine solche „Strukturelle Gemeinschaftlichkeit“, die von vornherein universell und nicht prekär wäre?

Bisher hatten wir die Akteure als voneinander trennbar unterstellt. Wenn der potenzielle Empfänger meiner Hilfe oder Solidarität diese nicht erhält, berührt das höchstens mein moralisches Schuldgefühl, aber ansonsten macht es mir nichts aus. Tatsächlich jedoch ist jeder Mensch mit allen anderen verbunden. Ganz schwach merke ich das daran, dass sich mein Gewissen durchaus meldet, wenn ich es nicht unterdrücke oder mir diverse Entschuldigungen ausdenke, warum ich nicht verpflichtet sei, mich auch dafür verantwortlich zu fühlen. Aber auch ganz praktisch sind meine Existenz und auch meine Existenzhaltung mit jeder Faser von dem Leben und der Aktivität anderer abhängig. Diese Praxis gilt es transparent zu machen. Wenn wir unser Tun, vor allem auch das, was jetzt „wirtschaftlich“ genannt wird, wirklich unserem menschlichen Wesen nach *bewusst* durchführen würden, könnten wir die Verbindungen zu allen anderen nicht mehr übersehen. Ich würde beim Erhalt meines Computers, mit dem ich diesen Text schreibe, nicht ein Preisetikett gesehen haben, sondern einen Link auf alle ökologischen Ressourcen, die

dafür verbraucht wurden und zu allen Menschen, die mit der Erarbeitung zu tun hatten und wie es ihnen geht. Erst dann könnte mein Gewissen wirksam werden, weil ich erst dann entscheiden könnte, ein Produkt, an dem von mir nicht verantwortbare ökologische oder soziale Opfer hängen, nicht haben zu wollen. Im Produkt der Tätigkeit vieler, dem Ding, könnte ich dann ihr Tun und ihr Erleben sehen.

### Es mag möglich sein, den Begriff der „Solidarität“ als menscheitsübergreifende Solidarität neu zu bestimmen. Solidarität würde dann etwa das Konkrete ausdrücken, was dem abstrakten Begriff der Gerechtigkeit noch abgeht.

Im Bergkäse von bestimmten Schweizer Sommerweiden steckt z. B. die Praxis, dass die Weiden nicht im Privatbesitz genutzt werden, sondern Gemeineigentum darstellen und die Einwohner\*innen der entsprechenden Dörfer sich selbstverwaltet um deren Nutzung kümmern. In den Früchten von Ländereien um Valencia steckt Wasser, dessen Bewirtschaftung ebenfalls eine Praxis der gemeinschaftlichen Selbstorganisation realisiert. Solche Beispiele sammelte *Elinor Ostrom* (1999), als sie untersuchte, wie kooperative Praxen auch bei knappen Ressourcen langfristig zum Wohlergehen von Gemeinschaften führen, ohne dass sie marktwirtschaftlich damit umgehen oder einer übergeordneten Verwaltungsebene (Staat mit oder ohne Planung – „Öffentliches“ bzw. Planwirtschaften) unterworfen sind. Unter dem Begriff der „Commons“ und des „Commoning“ werden seither „lebendige soziale Strukturen, in denen Menschen ihre gemeinsamen Probleme in selbstorganisierter Art und Weise angehen“ (Helfrich/Bollier 2019, S. 20) verstanden. Selbst-Organisation schließt die „unsichtbare Hand“ eines Marktes aus und auch eine obrigkeitsstaatliche Planung. Während die Commonsforscher *Simon Sutterlütti* und *Stefan Meretz* ganz grundsätzlich als notwendige Bedingungen für ein Commoning „Freiwilligkeit und kollektive Verfügung“ (Sutterlütti/Meretz 2018, S. 160 ff.) betonen, gingen *Silke Helfrich* und *David Bollier* von real existierenden Commons aus und

entnahmen diesen Praxen Wissen über typische „Muster“ des Commoning, also den dabei „bewährten Verfahren zur Lösung typischer Probleme, die bei gestalterischen Tätigkeiten in einem bestimmten Anwendungsgebiet auftreten“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Mustersprache>; Zugriff: 10.01.2020). Bereits *Elinor Ostrom* beschrieb z. B. Allmende-Praxen, bei denen Wasser auf der Basis einer Absprache und Kontrolle durch die Gemeinschaft auf einzelne Felder verteilt wird (wie bei Valencia). Das hier verwirklichte Muster vereint das „Poolen“, also das Zusammenlegen der Ressource für alle (des Wasserzuflusses) mit dem „Deckeln“ (der Begrenzung der Entnahmemenge) und schließlich dem „Aufteilen“ unter alle Beteiligten. Die Regelungen werden in ihrer letzten Konkretheit letztlich von den Beteiligten, den Commoners, selbst erstellt (z. B. über die Kontrolle und die Sanktionierung von Übertretungen). Aber die Erfahrung zeigt, dass mit diesem Muster („Poolen, Deckeln und Aufteilen“) knappe Wasserressourcen langfristig und für alle Beteiligten zufriedenstellend selbstverwaltet werden können und steht nun als systematisch erfasste Erfahrung anderen zur Verfügung, ohne dass es ein verpflichtendes abstraktes Prinzip wird.

Ein anderes Beispiel ist die *Solidarische Landwirtschaft*. Dabei wird eine bäuerliche Gemeinschaft in ihrer Existenz durch die Nutzenden abgesichert (es wird Geld zusammengelegt, bis die jährlichen Kosten der Erzeugungsgemeinschaft vorgestreckt sind), die dann Zugang zu den Produkten erhalten. Es gilt das Grundmuster: „Entkoppeln von Geben und Nehmen“, denn das Erhaltene hängt nicht direkt (etwa noch „adäquat“) mit dem Gegebenen zusammen. Außerdem gilt das Muster „Das Produktionsrisiko gemeinsam teilen.“ (Helfrich/Bollier 2018, S. 26) In ihrer Masterarbeit erläutert *Silke Helfrich* (2018), wie es weitergeht, wenn die Kartoffeln nicht für alle Nutzer\*innen ausreichen. Eine benachbarte Demeter-Bäuerin will dann z. B. auch ihre nicht verkauften Kartoffeln nicht einfach wegschenken. Der Dialog mit ihr zeigte, dass es ihr um die Anerkennung ihrer Arbeit geht und die Möglichkeit, selbst über ihre Produkte entscheiden zu können. Obwohl die *Solidarische Landwirtschaft* dann die Kartoffeln zu kaufen musste (unter Beachtung des Musters „Commons & Kommerz trennen“), wurde in der Kooperation mit der Bäuerin das Muster „Gegenseitigkeit behutsam ausüben“ erfolgreich praktiziert, weil das gegenseitige Verständnis sich vertieft hat.

Dieses Beispiel zeigt, dass die Commons-Muster natürlich erst einmal primär innerhalb der Commoning-Gemeinschaften gelten. Sie sind aber keine Verpflichtung, son-

dern ständig gelebte und variierte Beziehung zwischen den Menschen. Sie ermöglichen tendenziell auch eine Ausweitung über viele Gruppen hinweg bis zu einer gesamtgesellschaftlichen Verallgemeinerung. Insofern das Commoning „eine bestimmte Art (zu) handeln, vor(zu)gehen“ (was griechisch mit -izein gebildet wird) meint und kein Dogma, ist sicher auch die Substantivierung „Commonismus“ für diese gesellschaftliche Verallgemeinerung angemessen.

In verallgemeinerter Weise beruht dann die Existenzsicherung jeder einzelnen Person strukturell und praktisch auf der bewusst geregelten Kooperationstätigkeit aller. Für diese Regelung können auch beliebig komplexe technische Mittel genutzt werden (so das Internet bei der Erstellung z. B. von Freier Software und Creative-Commons-Kulturgütern oder der Organisation von Kooperation); aber die Entscheidungen obliegen den beteiligten Menschen. In historischen Commons gibt es für die Commoners viele Pflichten, der Tendenz nach soll das Prinzip des Commoning aber auf Freiwilligkeit beruhen. Dies ist dann möglich, wenn jedem Menschen allein durch seine Existenz (jeweils konkret mit anderen verabredete) Verfügung über die gesellschaftlichen (Lebens- und Produktions-)Mittel zusteht und keine privaten Eigentumsverhältnisse dies verhindern. Niemand kann dann zu etwas gezwungen oder erpresst werden – aber alle wissen, dass auch sie niemanden zwingen können, etwas für sie zu tun. Gleichzeitig gilt das UBUNTU-Prinzip, also „Ich bin, weil du bist“ bzw. „Du bist weil wir sind“. Unter diesen Bedingungen (vgl. Sutterlütti/Meretz 2018) können sich die Muster des Commoning voll entfalten (und jene, die mit dem derzeit noch vorherrschenden „Kommerz“ zurechtkommen müssen, entfallen). Dies klingt wie eine gute Weise zu leben, an einem „gutem Ort“ (Eu-Topie).

### Reales Commoning als Keimform verallgemeinerter Solidarität

Aus dieser „eutopischen“ Sichtweise heraus ist bereits in real existierenden Gemeinschaften und Projekten des Commoning so etwas wie eine Keimform dieses guten Lebens zu entdecken. Noch sind die meisten für das Leben aller notwendigen Ressourcen nicht in allgemeiner kollektiver Verfügung. Freiwilligkeit jedoch kennzeichnet auch die schon vorhandenen Commoning-Praxen. Viele davon beschreiben etwa *Silke Helfrich* und *David Bollier* (2018). Es beginnt manchmal bei einfacher konkreter Hilfe und Unterstützung, etwa im Pflegebereich. Im günstigsten Fall wird z. B. gute Pflege so verstetigt, dass sich wie in den Niederlanden ein Kollektiv zusammenfindet, bei dem →

selbstverwaltete hochqualifizierte Teams sich um Pflegebedürftige einer Nachbarschaft kümmern und ihre Aufgabe darin sehen, sich durch die Stärkung der von ihnen betreuten Menschen eher wieder überflüssig zu machen (vgl. ebd., S. 23).

Menschen in der Kooperative *Cecosesola* in Venezuela taten sich einst zusammen, um ein für sie vom Markt nicht befriedigtes Bedürfnis zu befriedigen: die Beerdigung. Inzwischen gibt es einen Verbund von Genossenschaften, in denen 20.000 Menschen viele ihrer Grundbedürfnisse (Lebensmittel, Gesundheitsversorgung ...) befriedigen, wobei sie den offiziellen (für sie nicht gut funktionierenden) Markt „ignorieren“ (ebd., S. 176). Einerseits zeigt dieses Beispiel, wie commonsartige Praxen im Fall des Versagens der herrschenden Ökonomie einspringen können, andererseits kann man an ihm auch die besonderen Probleme solcher Projekte erkennen, deren Lösungen nicht auf vorgefertigte Schemata zurückgreifen können, sondern die nur „fragend im Vorangehen“ entwickelt werden können.



„Der Bezug auf ein solidarisches ‚Wir‘ erzeugt automatisch die ausgeschlossenen ‚Anderen‘.“ Foto: Gerd Altmann / Pixabay

Bei der schon erwähnten *Solidarischen Landwirtschaft* tragen alle Beteiligten etwas zur Finanzierung der landwirtschaftlichen Produzenten bei, sie unterliegen dabei keinen Zwängen. Bei solchen Projekten ist es auch hilfreich, wenn sich die Menschen nicht als „isolierte Monaden“ begegnen, sondern mitmenschliche Beziehungen entwickeln, die über die direkten Beiträge hinausgehen. „Rituale des Miteinanders“ wie gemeinsame Feste sind dann hilfreich (vgl. ebd., S. 101). Hier kommt eine Besonderheit der modernen Commons gegenüber den traditionellen zum Tragen: Die traditionellen Commons können auf den Effekt des langen Vertrauens und Sich-Kennens zurückgreifen. Bei den modernen neuen Commons dagegen muss dieses Vertrauen

in die direkt miteinander verbundenen Anderen ebenso wie diejenigen, die man nicht kennt und kennen kann (z. B. bei globalen Commonsprojekten wie Freien Software-Projekten) auf andere Weise hergestellt werden. Transparenz ist hier wesentlich und die Möglichkeit der Sanktionierung (s. u.) ist hier ggf. eher notwendig.

Um zu Entscheidungen zu kommen, werden üblicherweise keine nur quantitativen Stimmenaushaltungen vorgenommen, sondern in den Aushandlungen der Optionen kommen alle mit ihren Bedürfnissen und Bedenken zu Wort und diese werden qualitativ gewürdigt. Als bessere Methode gilt z. B. das Konsent-Verfahren. Dabei „wird gezielt nach Einwänden gesucht, um all jene Ideen und Vorschläge sichtbar zu machen, die eine Vereinbarung verbessern könnten. Es wird also nicht der Vorschlag ausgewählt, dem die meisten zustimmen, sondern jener, gegen den es die wenigsten oder am wenigsten schwerwiegenden Einwendungen gibt.“ (Helfrich/Bollier 2018, S. 133) Aber auch andere Methoden wie „systemisches Konsensieren“ (ebd., S. 134 f.) sind sinnvoll, solange sie dazu führen, dass „gemeinstimmig entschieden“ wird. In der Kooperative *Cecosesola* (in Venezuela) mit ca. 1.400 Beteiligten wird z. B. nie abgestimmt, aber es wird viel über die Kriterien gesprochen, an denen die Einzelnen dann jeweils ihr Handeln orientieren (vgl. ebd., S. 135).

In vielen Praxen kommt es gar nicht so sehr darauf an, dass alle Absichten und Wertvorstellungen der Beteiligten gleich sind. Dann kommt es darauf an, „sich in Vielfalt gemeinsam auszurichten“.

Bei der Aufteilung des Wassers nimmt sich kaum jemand zu viel, wenn dies nach selbstgesetzten Regeln kontrolliert und sanktioniert wird. Erfahrungsgemäß zeigt es sich, dass in den Gemeinschaften z. B. in Simbabwe weniger über Sanktionen nachgedacht wird, als vielmehr bessere Methoden des Umgangs zu finden, die weniger Probleme mit sich bringen. Mit der Demeter-Bäuerin hätte die *Solidarische Landwirtschaft* auch in eine größere Entfremdung rutschen können, wenn sie ihre Konflikte nicht „beziehungswahrend bearbeitet“ hätten.

Da derzeit die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse (insbesondere im Bereich der Produktionsmittel) die bedeutsamste Grenze für die Ausweitung von Commoning-Verhältnissen sind, muss gefragt werden, wie es sich damit bei den Commons selbst verhält. Menschen stehen immer in Beziehungen zueinander über ihre Beziehung zu Sachen. Über Privateigentum kann der Eigentümer allein verfügen, d. h. andere sind davon ausgeschlossen. Mit dem Gegenbegriff „Besitz“ ist eher verbunden, dass das Gut auch

tatsächlich vom Besitzenden (wie eine Wohnung) benutzt wird (vgl. Habermann 2011, S. 43). Nutzergemeinschaften und Umsonstläden sind z. B. Projekte, die heutzutage dieses Prinzip des Nutzen-Besitzens praktizieren (insoweit die Dinge aus dem Umsonstladen nicht wieder als Privateigentum ausschließlich verwendet werden, was zwar konzeptionell unerwünscht ist, aber praktisch natürlich nicht verhindert werden kann). Dass es im Mittelalter noch viel mehr Beziehungsformen zwischen Menschen in Bezug auf Sachen (also Eigentumsformen) gab, wie das dem Privateigentum nahestehende „Allod“ in der Hufenverfassung der Dorfmark oder das dem Kriegerstand zugesprochene „Benefizium“ oder das „Folkland“ in England (das der König trotz der Vererbung nach Volksrecht zum frei veräußerlichen „bokland“ machen konnte), zeigt, dass eine bloße Zweiteilung in (Privat-)Eigentum und Besitz unzureichend ist. Was sich für das Verhältnis zwischen Menschen in Bezug auf Sachen im Commoning sagen lässt, ist aber, dass ihre Beziehungshaftigkeit dabei nicht aufgehoben werden darf. Beim Commoning geht es um die „Beziehungshaftigkeit des Habens“ (Helfrich/Bollier 2018, S. 140 f.).

Um einer häufigen Verwechslung vorzubeugen: „Gemein-Eigentum“ bezieht sich auf ein Rechtssystem, während „Commons“ darüberhinausgehend – wie oben erwähnt – „lebendige soziale Strukturen“ sind (ebd., S. 20 f.). An Stelle des Kaufens und Verkaufens treten vielfältige Praxen der Zuteilungen in Commons (vgl. ebd., S. 168 ff.): Was durch Nutzung nicht aufgebraucht wird, kann *weitergegeben* werden (z. B. in Umsonst-„läden“), anderes (das Aufbrauchbare) muss *geteilt* werden (wie die Ernte in der Solidarischen Landwirtschaft). Geben und Nehmen bei diesen beiden „Sharing“-Formen kann entkoppelt oder auch gekoppelt sein. Im letzten Fall wird die Sache, um die es geht, entweder „*umgelegt*“ (alle tragen etwas bei und bekommen etwas zurück, wenn auch nicht in adäquater Quantität), oder etwas wird zusammengetragen, also „*ge-poolt*“, wie wir es im Wasserbeispiel schon hatten. Im Interesse der Beständigkeit einer Ressource kann ihre Nutzung auch „*gedeckelt*“ werden, was im Wasserbeispiel auch vorkam. Diese Strategien können, wie dort auch gezeigt, in verschiedenster Weise kombiniert werden.

In einer derart veränderten Eigentumsordnung kann die Herstellung der zum Leben und zur Produktion der Lebensmittel notwendigen Güter ebenso wie die Reproduktion im Sinne von Care-Tätigkeiten und reproduzierenden Tätigkeiten im Naturbereich neu organisiert werden. So kann z. B. „offenes globales Design“ in Form von Dateien im Internet mit „lokaler Produktion“ kombiniert werden wie im *Open*

*Source Ecology (OSE) Projekt* (ebd., S. 186 f.). Hier werden Maschinen für Landwirtschaft und Bauwesen entwickelt und gebaut, die allorts nachgebaut und genutzt werden können. Extrem wichtig werden solche Relokalisierungsprinzipien angesichts der umwelt- und klimabedingten Notwendigkeit, Materialverbrauch und Energieumsatz entscheidend zu senken.

## „Gemein-Eigentum“ bezieht sich auf ein Rechtssystem, während „Commons“ darüberhinausgehend „lebendige soziale Strukturen“ sind.

In den folgenden Punkten werden einige der Problemfelder zusammen mit möglichen Lösungsmustern (nach Helfrich 2018, S. 81 f.) noch einmal zusammengestellt:

### *Problemfeld – Lösungs-Muster*

- Wie werden die notwendigen Beiträge erhalten? – „Ohne Zwänge beitragen“
- Wie werden die Beziehungen gefestigt? – „Rituale des Miteinanders etablieren“
- Wie wird Vertrauen und Nachvollziehbarkeit gesichert? – „Im Vertrauensraum transparent sein“
- Wie kommen die Entscheidungen zustande? – „gemeinstimmig entscheiden“
- Wie werden unterschiedliche Absichten und Werte zusammengebracht? – „sich in Vielfalt gemeinsam ausrichten“
- Wie wird die Einhaltung der Regeln kontrolliert und wie wird mit Regelübertreten umgegangen? – „Regel-einhaltung commons-intern beobachten & stufenweise sanktionieren“
- Wie wird mit Konflikten umgegangen? – „Konflikte beziehungswahrend bearbeiten“
- Wie können die Beziehungen zwischen Menschen in Bezug auf Sachen (d. h. die Eigentumsverhältnisse) beziehungsfördernd wirken? – „Beziehungshaftigkeit des Habens verankern“

Menschen müssen also nicht erst durch rechtliche oder normative „Schuld“-Verhältnisse oder ausgrenzende „Wir“-Gemeinschaften (oder gar Geld oder Zentralplan) zusammengebracht werden, um wechselseitig miteinander zu wirken. Solidarität im Sinne ihrer am weitesten →



reichenden Form, nämlich als die Menschheit umschließende (und sogar auf andere Zivilisationen ausweitbare) Praxis, kann sehr gut auf der Grundlage von Commoning durch die beteiligten Menschen selbst organisiert werden. Diese Art Solidarität „provoziert einen Bruch mit den bestehenden normativen Ordnungen. Sie stellt die geltenden Konstitutionsbedingungen des ‚wir‘ in Frage, indem sie ‚wir‘ auch auf solche Menschen und Gruppen ausdehnen will, die bisher nicht dazugehörten.“ (Mathwig 2018, S. 2) Sie ist damit gleichzeitig eine Kampf-Solidarität gegen jene Verhältnisse, die diese Praxen derzeit noch an vielen Stellen verunmöglichen (privater Land und Wohnungsbesitz, Privateigentum an Produktionsmitteln) und erschweren.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zur Autorin



**Dr. Annette Schlemm** ist Physikerin und Philosophin; arbeitet derzeit an der Universität Bonn im Projekt „Gesellschaft nach dem Geld“ und betreibt philosophisch-politische Internetprojekte mit dem Titel „Philosophenstübchen“; Bücher u. a.: „Daß nichts bleibt, wie es ist ...“ (LIT-Verlag); Broschüren im Packpapier-Verlag (u. a.: „Schaffen wir das? Solidarität gegen globale Apartheid.“) u. a.

contact@zw-jena.de

### Literatur

**Bayertz, Kurt (1998):** Begriff und Problem der Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**Habermann, Friederike (2011):** Solidarität wär´ eine prima Alternative. Oder: Brot, Schoki und Freiheit für alle; <https://ifg.rosalux.de/files/2010/04/Solidarit%C3%A4t-w%C3%A4r-eine-prima-Alternative.pdf> (Zugriff: 10.01.2020)

**Helfrich, Silke (2018):** Lebensform Commons. Eine musterbasierte und ontologisch begründete Bestimmung (unveröffentlichte Masterarbeit)

**Helfrich, Silke / Bollier, David (2019):** Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons. Transcript; [www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4530-9/frei-fair-und-lebendig-die-macht-der-commons](http://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4530-9/frei-fair-und-lebendig-die-macht-der-commons) (Zugriff: 10.01.2020)

**Mathwig, Frank (2018):** Solidarität. Politisch-ethische Anmerkungen zu einer umkämpften Ressource; [www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/02/CH\\_Mathwig-Solidarit%C3%A4t-Politisch-ethische-Anmerkungen-zu-einer-umk%C3%A4mpften-Ressource-002.pdf](http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/02/CH_Mathwig-Solidarit%C3%A4t-Politisch-ethische-Anmerkungen-zu-einer-umk%C3%A4mpften-Ressource-002.pdf) (Zugriff: 10.01.2020)

**Ostrom, Elinor (1999):** Die Verfassung der Allmende. Tübingen: Mohr Siebeck

**New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten (2016);** [www.un.org/depts/german/gv-71/band1/ar71001.pdf](http://www.un.org/depts/german/gv-71/band1/ar71001.pdf) (Zugriff: 10.01.2020)

**Solnit, Rebecca (2009):** A Paradise built in Hell. The Extraordinary Communities That Arise in Disaster. London: Penguin Books

**Sutterlütti, Simon / Meretz, Stefan (2018):** Kapitalismus aufheben. Hamburg: VSA-Verlag; [www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Sutterluetti-Meretz-Kapitalismus-aufheben.pdf](http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Sutterluetti-Meretz-Kapitalismus-aufheben.pdf) (Zugriff: 10.01.2020)

# Solidarität und politische Bildung

## Terminologische Annäherung, Verortung und Fragen an die politische Bildung

**Vor dem Hintergrund großer Diversität der Definitionen von Solidarität wird ausgehend von der Frage, welche Definitionsstruktur Orientierung in der Ausgestaltung von Prozessen der politischen Bildung geben kann, zunächst ein Modell skizziert. Ausgehend von dem Modell und der Bandbreite von Solidaritätsmotiven wird für ein Konzept einer progressiven Solidarität als Orientierung für die politische Bildung plädiert, das bereits vielen Bildungsansätzen inhärent ist, jedoch unterschiedlich stark fokussiert wird. Als eine Art Koordinatensystem des Nachdenkens bietet der abschließende Fragenkatalog eine Annäherungsmöglichkeit an Solidaritätskonzepte in pädagogischen Formaten.** von Christoph Schultz, Christoph Schützler und Claudia Lübcke

### Vielfalt fassen – Ein strukturierendes Modell für eine Annäherung an den Begriff „Solidarität“ für die politische Bildung

In der Didaktik der politischen Bildung ist Solidarität ein Klassiker und findet sich bereits bei *Hermann Giesecke* (1965) als eine der elf Kategorien für die Analyse politischer Sachverhalte (vgl. Giesecke 1965, S. 109; Reinhardt 2000, S. 288) – wobei nach *Giesecke* das politisch ist, „was in einer Gesellschaft umstritten ist oder wird“ (Giesecke 1965, S. 100). Diskurse über Solidarität sind von jener Umstrittenheit stark geprägt. Es werden sowohl Perspektiven über Ausgestaltung und Geltungsbereich der Solidarität als auch wissenschaftliche Definitionen sehr divers diskutiert.

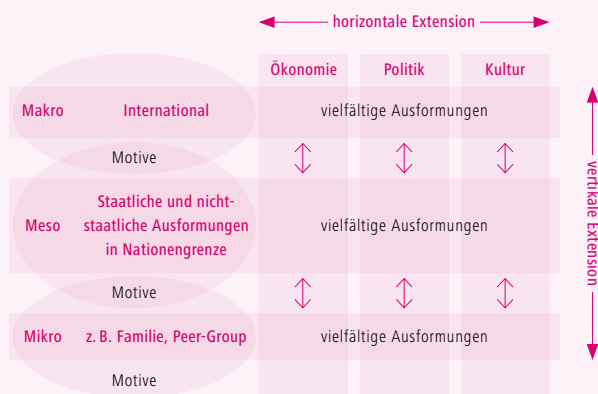
Der ursprünglich im römischen Recht entstandene Begriff „obligatio in solidum“ – die Schuld oder Verpflichtung, die eine Person gegenüber der Gesamtheit, der er angehört, zu übernehmen hat (vgl. Kneuer/Masala 2014, S. 7), hat im politischen Kontext seine Wurzeln in Diskursen in Folge der Französischen Revolution. Hier löste Solidarität den Begriff der „Brüderlichkeit“ zunehmend ab und ersetzte ihn (vgl. Bayertz 1998, S. 11). In der Soziologie, die in dieser Zeit aufstrebte, entwickelte sich die Rede über Soli-

darität von einer makrosoziologischen Beschreibungskategorie (u. a. Auguste Comte und später Émile Durkheim) hin zu einem Terminus technicus, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt moderner arbeitsteiliger Gesellschaften zu fassen und zu erklären (vgl. Kracht 2017, S. 74).

Während bei *Émile Durkheim* und weiteren prominenten Soziolog\*innen (vgl. z. B. Parsons 1951) in der Analyse eine funktionalistische Makroperspektive auf Gesamtgesellschaft im Vordergrund stand, rückten andere Vertreter\*innen eher die Mikroperspektive der zwischenmenschlichen Interaktion in den Vordergrund (vgl. z. B. Hondrich/Koch-Arzberger 1992), wobei in unterschiedlicher Akzentuierung der Betrachtung von Solidarität immer auch die Frage von Werten und Normen inhärent war und ist. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund greifen sehr unterschiedliche Disziplinen (z. B. Philosophie, Politikwissenschaften, Pädagogik) den Begriff auf.

In der ohnehin spärlichen Literatur besteht demnach Konsens über die Vielschichtigkeit des Begriffs und darüber, dass Verständnis und Auslegung nicht nur von den Kontexten abhängen, in die Solidarität gestellt und in denen sie gedacht wird, sondern auch von den disziplinären Zugängen (vgl. Kneuer/Masala 2014, S. 7). →

Vor diesem Hintergrund kann eine begriffliche Bestimmung, die Basis für die Gestaltung von Bildungsarbeit ist, lediglich eine Annäherung sein. Ausgangspunkt des im Folgenden skizzierten Modells ist die Frage, welche Definition Orientierung in der Gestaltung von Bildungsprozessen geben kann, die es Bildner\*innen erleichtert, (Ent-)Solidarität zu verorten, zu reflektieren und Lernziele zu bestimmen. Die Unterscheidung in (1) Ebenen, (2) gesellschaftliche Teilbereiche und (3) Motivlagen erscheint den Autor\*innen hierbei als besonders relevant.



Heuristisches Modell zur Strukturierung und Reflexion von Bildungsprozessen zum Thema Solidarität, eigene Darstellung, Aschauer 2017, S. 63

**(1) Ebenen**

Der Soziologe *Helmut Thome* entwickelte eine Definition, die er als kleinsten gemeinsamen Nenner beschreibt: „Als solidarisch wird ein Handeln bezeichnet, das bestimmte Formen des helfenden, unterstützenden, kooperativen Verhaltens beinhaltet und auf einer subjektiv akzeptierten Verpflichtung oder einem Wertideal beruht.“ (Thome 1998, S. 219) Wobei zunächst offenbleibt, welche Beziehungsmomente zwischen Akteur\*innen und Adressat\*innen gegeben sind und ob Adressant\*innen auch imaginierte oder zukünftig existierende Personen oder Gruppen sein können (vgl. ebd.).

Zur Deskription und Analyse blickt *Thome* – wie auch andere Autor\*innen – auf die verschiedenen Ebenen von Solidarität. Obgleich sich die konkreten analytischen Betrachtungen der Ebenen und Schlussfolgerungen sehr unterscheiden – variabel gehandhabt werden insbesondere (1) Art und Grad der Institutionalisierung, (2) die Reichweite und Dauerhaftigkeit und (3) die strukturelle und motivationale Basis (vgl. Thome 2010, S. 263) – zeigt sich das Potenzial, Betrachtungen von Solidarität bezogen auf das gesamtge-

sellschaftliche Kontinuum unter anderem vor dem Hintergrund von Mikro-, Meso- und Makroebene zu analysieren.

Das Vorgehen erscheint auch für die Konzeption, Umsetzung und Reflexion von politischer Bildung als gewinnbringend und vor dem Hintergrund der Diversität der Ausformungen von Solidarität als notwendig.

Die Interdependenz der verschiedenen Ebenen sollte hierbei nicht aufgegeben werden. Ziel der Differenzierung ist es, die Verwobenheit offenzulegen und gleichzeitig den Blick für die unterschiedlichen Charakteristika und Erscheinungsformen von Solidarität auf den verschiedenen Ebenen nicht zu verlieren.

Nach *Wolfgang Aschauer* (2017) charakterisieren sich die Ebenen wie folgt:

*Mikroebene:* Solidarität zwischen Personen, die durch soziale Bindungsemotionen geprägt ist (z. B. Familie, Peer Group, Nachbarschaft) (vgl. ebd., S. 53).

*Mesoebene:* Solidarität fokussiert hier stärker das Gemeinwohl einer Gesellschaft bezogen auf politisch zu gestaltende Lebenszusammenhänge. Im Zentrum stehen innergesellschaftliche Aspekte und der Ausgleich zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb einer Gesellschaft (vgl. ebd.). Der Fokus liegt hierbei auf staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen innerhalb einer Nationengrenze, wohingegen internationale Dimensionen durch die Makroebene gefasst werden.

*Makroebene:* Solidaritätskonzepte verallgemeinern Vorstellungen des Gemeinwohls über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg, es geht um universalistische Werthaltungen, im Sinne einer kosmopolitischen Ethik (vgl. ebd.).

**(2) Gesellschaftliche Teilbereiche**

Jenseits der vertikalen begrifflichen Extension auf Ebenen berücksichtigt *Aschauer* in seiner Schematisierung der Analyse von Entsolidarisierung die gesellschaftlichen Teilbereiche Ökonomie, Kultur und Politik basierend auf der „Desintegrationstheorie von Anhut und Heitmeyer (2000), die zwischen Strukturkrisen (primär wirtschaftlich), Regulationskrisen (primär politisch-normativ) und Kohäsionskrisen (primär kulturell) unterscheiden.“ (Ebd., S. 63 f.)

Die Betrachtungen von (Ent-)Solidarisierung in unterschiedlichen Lebensbereichen sind für politische Bildung hochrelevant und eröffnen u. a. das breite Spektrum der inhaltlichen Thematisierungsmöglichkeiten von Solidarität.

**(3) Motivlagen**

Eine Quelle der benannten Umstrittenheit von Solidarität sind insbesondere Motivlagen, die politische Diskurse

implizit oder explizit prägen. Für politische Bildner\*innen ist ein differenzierter Blick auf jene Motivlagen und die z. B. damit verbundenen Geltungsbereiche von Solidarität (Ingroup/Outgroup) ein wichtiges Orientierungs- und Analyseinstrument. *Georg Hubmann* und *Jakob Kapeller* kontrastieren sieben normative Begründungen solidarischen Handelns, um politische Positionen und Strategien zu unterscheiden und deuten zu können (vgl. Hubmann/Kapeller 2012, S. 142):

1. *Mitgefühl und Anteilnahme* – als emotionaler Handlungsanreiz, das Leid anderer zu mindern;
2. *Eigennutzen* in einer Zweckgemeinschaft im Sinne eines gemeinsamen Vorteils, Zusammenhalt als „Mittel zum Zweck“;
3. *Befreiung aus Ungleichheit* – gegen konkrete Formen der politischen und/oder sozialen Unterdrückung gerichtet, mit emanzipatorischem Anspruch;
4. *Vernunft* auf Basis der Einsicht in die Kontingenz des Seins – jede Person könnte sich in der Situation der anderen wiederfinden;
5. *Loyalität* auf Basis von gezogenen sozialen Grenzen; „Solidarität mit den ‚eigenen‘ Leuten“;
6. *Kodex* – spirituelle Motivation als Vorgabe oder Gebote, an die Menschen glauben.

Die verschiedenen Motive lassen sich auf alle Ebenen (Mikro, Meso und Makro) gesellschaftlichen Handelns projizieren (vgl. ebd., S. 146). Die Betrachtung der Motivlagen ergänzt die Mehrebenenunterscheidung und gibt der Betrachtung von Solidarität weitere Ankerpunkte, wobei der Mehrebenenbetrachtung als auch der Motivdifferenzierung gemeinsam ist, dass die Bereiche sich nur bedingt voneinander unterscheiden lassen und sich teilweise gegenseitig beeinflussen.

Ziel der Unterscheidung ist es, ein geschärftes Verständnis von Solidarität zu formulieren und so der Diffusität des Konzepts und der damit einhergehenden politischen Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken. Denn wer Solidarität verstehen und implementieren will (im eigenen Verhalten oder im gesellschaftlichen Umfeld), wird sich die Frage nach den eigenen Motiven ebenso stellen müssen wie jene nach den erhofften Ergebnissen (vgl. ebd., S. 151).

### Gesellschaftliche Ausgangslagen und „progressive Solidarität“

Aktuelle Diskurse über Solidarität weisen die beschriebenen diversen Motivlagen auf, die unter anderem in

Mischformen auftreten und Handeln sowie daraus resultierende strukturelle Ausformungen prägen. Anwendung findet hierbei der Begriff Solidarität durch die Protagonisten in einer eher distanzierten Form in Parteiprogrammatiken und sozialstaatlichen Diskursen. Höheren Stellenwert hat der Terminus hingegen insbesondere im außerparlamentarisch-zivilgesellschaftlichen Raum, wobei der normative Hintergrund und die Zielsetzungen sehr unterschiedlich sind und von asymmetrisch-paternalistischer Hilfe, humanistisch umfassender Solidarität bis hin zu partikularer, hoch exkludierender Solidarität in der Tradition autoritärer Systeme reicht.

Insbesondere das Solidaritätsmotiv auf Basis von Loyalität (Ingroup-Outgroup-Differenzierung) hat in aktuellen Renationalisierungsdebatten, die bis hin zu veritablen Legitimationskrisen demokratischer Institutionen reichen (vgl. Aschauer 2017, S. VII), einen hohen Stellenwert. Aspekte wie Nationalität und Ethnie werden hierbei zu zentralen Bezugspunkten für Adressat\*innen von Solidarität bei gleichzeitiger Abgrenzung und Entsolidarisierung gegenüber Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft.

Ein großer Teil von Bürger\*innen der EU-Mitgliedsstaaten beginnt den Versprechungen in Hinblick auf Frieden, Wohlstand und Sicherheit zunehmend zu misstrauen und kehrt der EU im Allgemeinen und dem politischen Establishment im Speziellen den Rücken zu (vgl. ebd.).

## Die Betrachtungen von (Ent-)Solidarisierung in unterschiedlichen Lebensbereichen sind für politische Bildung hochrelevant und eröffnen u. a. das breite Spektrum der inhaltlichen Thematisierungsmöglichkeiten von Solidarität.

Damit gehen auch erstarkende Entsolidarisierungstendenzen einher, die humanistische Werte, z. B. im Zuge der Klimakrise und zunehmender Migrationsbewegungen, zur Disposition stellen und in relevanter Zahl die Frage von Solidarität primär mit Eigeninteressen koppeln.

Begleitet wird dies von einer Wertediskussion unter neoliberalen Vorzeichen, in der Begriffe wie Gerechtigkeit auf politischer Ebene einem Wandel Richtung Ei- →

genverantwortlichkeit unterliegen, in der „Leistung“ und Verwertbarkeitszwang zu Legitimationsaspekten von Solidarität werden, die bestehende Segregationen verschärfen (vgl. Butterwegge 2011, S. 64 f.).

Politische Bildung muss sich vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund nicht nur mit falschen Behauptungen und irreführenden Argumenten auseinandersetzen, sondern insbesondere auch die Kardinalfrage „In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“ aufwerfen (vgl. ebd., S. 70), die unmittelbar mit Fragen der Solidarität in vertikaler und horizontaler Extension (siehe Modell) gekoppelt ist und deren Beantwortung ein Indikator für die Verfasstheit einer Gesellschaft ist.

Hierbei ist es wichtig, dass sich politische Bildung, in demokratischer Tradition und unter der Prämisse des Überwältigungsverbots und Wahrung der Kontroversitätsansprüche, in Debatten für ein progressives Solidaritätsverständnis einsetzt, um sich klar von antidemokratischen Motivlagen abzugrenzen ohne dabei die Moralisierungsfalle (vgl. Scherr 2008) zu bedienen, die Abwehrreaktionen produziert oder Diskurse verhindert.

## **Postmoderne Solidarität kann nicht von der einen Vernunft, der einen Wahrheit ausgehen, sondern besteht im konsequenten Eintreten für das Recht auf Differenz bei gleichzeitiger Kritik von politischen, ökonomischen und kulturellen Herrschaftsverhältnissen.**

Vor dem Hintergrund der Motivlagenanalyse favorisieren *Hubmann/Kapeller* einen progressiven Solidaritätsbegriff als normativen Orientierungspunkt, in dem die aufklärerischen Ideale des freien Individuums, der gerechten Wohlstandsverteilung und einer optimistischen Fortschrittsorientierung eingebunden werden (vgl. 2012, S. 140).

Der progressive Solidaritätsbegriff kann die Motivlagen der Solidarität als Anteilnahme – empathischer Akt als Voraussetzung – mit dem vernunftbasierten Solidaritätskonzept verbinden. Ergänzt werden die zwei Motivlagen darin weiterhin durch das Motiv der Solidarität als Befreiung. Auf diese Weise wird Solidarität jenseits der allgemeinen Be-

gründung ein konkretes Ziel hinzugefügt. Dem Konzept wird somit ein prinzipieller Charakter verliehen, der es erlaubt, situations- und kontextgerecht zu agieren (vgl. ebd., S. 150).

Dies korrespondiert mit den Perspektiven von *Heinz Bude*, nach denen progressive Solidarität nur durch ein Durchbrechen von Eigeninteressen erreicht werden kann. Wer solidarisch handelt, handelt selbstvergessen und erwartet nicht entlohnt zu werden. Dabei muss ein Wir-Gefühl entwickelt werden, in dem andere in ihrer Andersartigkeit akzeptiert werden und sie auch leben können (vgl. Bude 2019, S. 158 ff.).

Postmoderne Solidarität kann nicht von der einen Vernunft, der einen Wahrheit ausgehen, sondern besteht im konsequenten Eintreten für das Recht auf Differenz bei gleichzeitiger Kritik von politischen, ökonomischen und kulturellen Herrschaftsverhältnissen (vgl. Scherr 2013, S. 265), die bereits Gegenstand diverser Bildungsprozesse sind.

### **Solidarität – vielen Konzepten der politischen Bildung inhärent**

In einer europäischen Gesellschaft, die von sozialen Destabilisierungsprozessen, Entgrenzungen von Risiken und sozialer Ungleichheit, von transnationalen Handlungsoptionen, aber auch vielschichtigen Mechanismen sozialer und rechtlicher Ausgrenzung, bspw. von Menschen mit prekärem Aufenthaltstitel oder sozialem Status, geprägt ist, gewinnen nicht nur Fragen nach Anerkennung, Teilhabe und Verteilungskonflikten in Bildungsprozessen an Bedeutung (vgl. Eis 2013, S. 132 ff.). Auch Mehrfachzugehörigkeiten, komplexe und vielfältige individuelle und kollektive Identitäten sowie Antidiskriminierungsperspektiven, die die Sichtweisen Betroffener rassistischer Strukturen und Machtungleichgewichte ausleuchten und für die Mehrheitsgesellschaft verstehbar machen, sind Bestandteil gesellschaftlicher Realität.

Diese Entwicklungen und mithin gesellschaftlichen Machtverhältnisse und ihre Auswirkungen sind Themen einer Vielzahl politischer Bildungsansätze, bspw. in anti-rassistischen, geschlechterreflektierenden, machtkritischen und intersektionellen Konzepten wie auch in der Menschenrechtsbildung, dem globalen Lernen und demokratiepädagogischen Ansätzen. Sie zielen vor allem auf Reflexionsprozesse Angehöriger der Mehrheitsgesellschaft und schaffen bewusst Räume für die Sichtweisen Betroffener. Diverse Bildungsansätze fokussieren dabei auf individuelle Handlungsweisen, setzen sich mit sozial-moralischen Fragen zu den grundlegenden Prinzipien des Zusammen-

lebens und der Menschenrechte in der Demokratie auseinander (vgl. Biedermann 2017, S. 522 ff.; Scherr 2017, S. 713 ff.) und thematisieren in dem Rahmen auch politische, ökonomische und ideologische Rahmenbedingungen (vgl. Elverich/Scherr 2017, S. 695) und entsprechende Veränderungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen.



Solidarität mit den Betroffenen rechter Gewalt Foto: Soziale Bildung e. V. / Christoph Schützler

Viele kritisch-reflexive Bildungsansätzen, denen kooperative, zukunftsweisende und kritisch-analytische Solidaritätskonzepte inhärent sind, können diese ganz praktisch auf der Handlungsebene vermitteln. Damit verbindet sich ein Verständnis von Solidarität, das solidarischen Handeln weder als Einbahnstraße der karitativen Unterstützung versteht noch an Leistung oder vordergründige Interessen der eigenen Gruppe koppelt.

Gerade in Seminar- und Workshopkonzepten mit Themen wie Postkolonialismus, Antirassismus, Flucht und Migration, Klimakrise oder soziale Ungleichheit wird ein Verständnis solidarischen Handelns vermittelt und reflektiert, das zu einer Stärkung gegenseitiger Akzeptanz, der Perspektiverweiterungen in einer diversifizierten Gesellschaft, der Bewusstmachung der Kontingenz des Seins (vgl. Hubmann/Kapeller 2012) und einem neuen „Wir-Gefühl“, das Andersheit inkludiert, führt.

Auf diesem Wege können solche politischen Bildungsformate dazu beitragen, ein Bewusstsein für die Chancen solidarischen Handelns zu schaffen und Handlungsmöglichkeiten in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen (z. B. Kultur, Ökonomie, Politik) und Ebenen (Mikro-/Meso-/Makrosolidarität) zu eröffnen oder anzustoßen. Politische Bildung sollte sich nach diesem Verständnis nicht auf die Vermittlung von Sozialtechniken reduzieren lassen, durch die Menschen ihre „Marktchancen“ verbessern (vgl.

Lösch 2006 nach Butterwegge 2011, S. 70), sondern sollte vielmehr Solidarität (neu) begründen, um den Blick auf gesellschaftspolitische Alternativen zu lenken, die sozialen Frieden und Demokratie sichern können (vgl. Butterwegge 2002, nach ebd.).

Mit solchen Bildungsprozessen werden letztlich Prozesse initiiert und stabilisiert, die dazu beitragen können, dass Solidarität über Gruppengrenzen hinweg und mit Blick auf die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ein Motor für Integration, Partizipation und die Schaffung neuer „Wir-Konzepte“ vor dem Hintergrund sozialer Krisen und Entsolidarisierungsprozesse sein kann: „Denn es zeigt sich, dass die Menschen in Europa durchaus handlungsfähig bleiben. Sie sind vielfach in der Lage, kompensierende Ressourcen der Sozialintegration zu aktivieren und gesellschaftliche Debatten zu initiieren. Vielleicht führt dieses sichtbare Streben nach Veränderung mittelfristig auch dazu, dass auf Systemebene produktive Lösungen der gegenwärtigen Krise erzwungen werden.“ (Aschauer 2017, S. 734)

Ist die Thematisierung von Solidarität in politischer Bildung vielschichtig und herausfordernd, so kann die den Prozessen inhärente Auseinandersetzung mit realen Verhältnissen und Lebenswelten der Adressat\*innen Motor und Motivationsmoment sein, sich auch im „Kleinen“ (dem eigenen Sozialraum, sozialen Umfeld, in konkreten Initiativen oder Vereinen) zu engagieren und sich darüber mit Solidarität theoretisch, aber auch ganz praktisch auseinanderzusetzen.

Dass politische Bildungskonzepte, die progressive Solidarität in ihrer Vielfalt thematisieren und reflektieren, auch quasi automatisch die Auseinandersetzung mit (nichtsolidarischen) gesellschaftlichen Verhältnissen und der Kritik daran innehaben, kann als ein Aspekt von Stärke und Zukunftsorientierung solcher Projekte gesehen werden.

### Fragen an „die“ Solidarität – ein Koordinatensystem des Nachdenkens

Insgesamt wird deutlich, dass Überlegungen zu Solidarität zwischen grundlegenden moralischen Fragen und Fragen der konkreten praktischen Ausgestaltung oszillieren, die durch hohe Kontroversität charakterisiert sind.

Das Spektrum der Thematisierungsmöglichkeiten von Solidarität für politische Bildung reicht dabei von der Reflexion zivilgesellschaftlicher Praxis bis hin zu Moral- und Wertefragen von Solidaritätskonzepten sowie Überlegungen zu solidarischen Handlungsmöglichkeiten – auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Kontexten – →

und der Einbindung von Fragestellungen zu Solidarität in themen- und phänomenfokussierten Formaten.

Neben der Auseinandersetzung mit Solidarität bieten sich auch Fälle von Entsolidarisierungsmomenten als Anlass für politische Bildung an, die unter anderem aktuell politische Debatten und mediale Präsenz durchdringen und für die sich, in ähnlicher Form mit umgekehrten Vorzeichen, die gleichen Fragen aufmachen.

## Für politische Bildung stellt sich die Herausforderung, Komplexität zu berücksichtigen und gleichzeitig didaktisch reduzierte Bildungsprozesse zu gestalten.

Für politische Bildung stellt sich hierbei – wie so oft – die Herausforderung, Komplexität, die bereits im Modell skizziert wurde, zu berücksichtigen und gleichzeitig didaktisch reduzierte Bildungsprozesse zu gestalten. Dies kann mittels strukturierender Fragen gelingen.

Die folgende fragmentarische Sammlung von Fragen bietet dazu „eine Art Koordinatensystem des Nachdenkens“ (Schneider 1961, S. 119), welches beabsichtigt, die ausgeführten Überlegungen zu strukturieren und auf zentrale Aspekte zu lenken, die relevant für die Ausgestaltung pädagogischer Prozesse sind. Im Zentrum stehen dabei Fragen an Solidarität, die die politische Bildung bereits vielfach begleiten, jedoch durch Unschärfe an Potenzial verlieren. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen sollten sie stärker in den Vordergrund rücken.

### *Rolle der Adressat\*innen*

- Wer ist an den Prozessen von Solidarität beteiligt bzw. wer sollte beteiligt sein?
- Besteht ein dialogisches/bidirektionales Verhältnis zwischen Akteur\*innen und Adressat\*innen von Solidarität? Sollte dies eine Rolle spielen?
- Nehmen wir Adressat\*innen als gleichberechtigte Akteur\*innen wahr und wird deren Perspektive berücksichtigt?

### *Ebenen (Mikro, Meso, Makro)*

- Welche gesellschaftlichen Ebenen nimmt solidarischer Handeln in den Blick?

- Welche Logiken, Denkstrukturen und -skripte liegen den Handlungen und Ausformungen auf den verschiedenen Ebenen zugrunde? (Z. B. persönliche Handlung und sozialstaatliche Konzepte)
- Gibt es Interessenlagen, Strukturen oder Gesetze auf den einzelnen Ebenen, die solidarischer Handeln verhindern oder fördern bzw. sich entgegenstellen? Welche Machtverhältnisse liegen dem zugrunde? Wo liegen Grenzen des Einzelnen?

### *Motive und Interessenlagen*

- Was muss passieren, damit ich solidarisch handle?
- Basiert die Solidarität auf Freiwilligkeit?
- Wer sind Initiator\*innen solidarischer Handlungen?
- Welche Motive solidarischen Handelns liegen vor?
- Wie begründe ich meine Solidarität? Liegen universelle oder partikuläre Interessen oder Werte zugrunde?

### *Kategorien für den Zuspruch von Solidarität und deren Folgen*

- Auf welches „Wir“ wird Solidarität bezogen?
- Ist Solidarität an Kategorien oder Konzepte gekoppelt und wenn ja, an welche? (Z. B. politische Einstellung, Leistung, sozialer Status, Herkunft, Geschlecht)
- Wer wird inkludiert und exkludiert?
- Welche politisch-sozialen Praxen folgen für Personen, die exkludiert werden? (Vgl. Pfützner 2017, S. 285)

### *Zukunftsorientierung solidarischer Handlungen*

- Welche politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse und Strukturen werden kritisch in den Blick genommen?
- Sollen nachhaltig gesellschaftliche Strukturen verändert werden?
- Beinhaltet die Handlung eine kurz- oder langfristige Perspektive?

### *Gesellschaftliche Bereiche (z. B. Politik, Ökonomie, Kultur) und Möglichkeitsräume*

- Welche solidarischen Möglichkeitsräume eröffnen verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche?
- Wie kann Solidarität initiiert werden, welche Akteur\*innen und Formate sind relevant?
- Welche Handlungsmöglichkeiten haben Individuen, an welche Strukturen und Formate kann angedockt werden?

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

## Zu den Autoren / zur Autorin



**Christoph Schultz** ist Dipl. Pädagoge und B. A. Sozialwissenschaftler. Er ist langjähriger Mitarbeiter von Soziale Bildung e. V. Sein aktueller Arbeitsschwerpunkt als Jugendbildungsreferent liegt im Themenbereich Erinnerungskultur und Teilhabe sowie internationale Jugendarbeit. In verschiedenen Lehraufträgen widmete er sich Fragen der quantitativen Sozialforschung und hat in dem Bereich diverse Projekte umgesetzt.

c.schultz@soziale-bildung.org



**Christoph Schützler**, Dipl.-Geograph. Seine Arbeitsschwerpunkte waren u. a. Sozialforschung, rassistiskritische Bildung, Demokratiepädagogik und Rechtsextremismusprävention. Als langjähriger Mitarbeiter von Soziale Bildung e. V. war er von 2015–2018 Koordinator des Modellprojektes „We come together“ und seitdem in der pädagogischen Leitung des Trägers tätig. Er ist am 21. Januar 2020 verstorben.



**Claudia Lübcke** ist Dipl.-Pädagogin und seit 2015 als Pädagogische Mitarbeiterin in verschiedenen Arbeitsbereichen bei Soziale Bildung e. V. tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind u. a. Qualitative Sozialforschung, demokratiestärkende Bildungsarbeit und Soziale Arbeit (insbes. sozialraumorientierte Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Beratungsarbeit sowie Kindheit und Jugend im Kontext von Flucht und Migration).

## Literatur

**Aschauer, Wolfgang (2017):** Das gesellschaftliche Unbehagen in der EU – Ursachen, Dimensionen, Folgen. Wiesbaden: Springer VS

**Bayertz, Kurt (1998):** Begriff und Problem der Solidarität. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 11–53

**Biedermann, Host (2017):** Demokratisches Lernen. In: Reinhardt, Volker / Lange, Dirk (Hrsg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. Band 1. Baltmannsweiler: Schneider Verlag, S. 519–531

**Bude, Heinz (2019):** Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee. München: Carl Hander Verlag

**Butterwegge, Christoph (2011):** Solidarität und soziale Gerechtigkeit in einer komplexen Welt – Herausforderungen, Chancen und Grenzen der politischen Bildung. In: Lange, Dirk (Hrsg.): Entgrenzungen: Gesellschaftlicher Wandel und Politische Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 64–73

**Eis, Andreas (2013):** Der europapolitische Ansatz: Politische Bildung in entgrenzten Demokratien. In: Deichmann, Carl / Tischner, Christian K. (Hrsg.): Handbuch Dimensionen und Ansätze der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau-Verlag, S. 129–144

**Elverich, Gabi / Scherr, Albert (2017):** Antirassistische Bildung. In: Lange, Dirk / Reinhardt, Volker (Hrsg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. Band 1. Baltmannsweiler: Schneider Verlag, S. 182–189

**Giesecke, Hermann (1965):** Didaktik der politischen Bildung. München: Juventa-Verlag

**Hondrich, Karl Otto / Koch-Arzberger, Claudia (1992):** Solidarität in der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuchverlag

**Hubmann, Georg / Kapeller, Jakob (2012):** Solidarisch Handeln: Konzeptionen, Ursachen und Implikationen. In: Momentum Quarterly – Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, No. 3. Vol. 1, S. 139–152

**Kracht, Hermann-Josef G. (2017):** Solidarität und Solidarismus. Bielefeld: transcript Verlag

**Kneuer, Marianne / Masala, Carlo (2014):** Politische Solidarität. Vermessung eines weiten und unerschlossenen Feldes. In: Kneuer, Marianne / Masala, Carlo (Hrsg.): Solidarität Politikwissenschaftliche Zugänge zu einem vielschichtigen Begriff. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 7–25

**Parsons, Talcott / Shils, Edward A. (1951):** Toward a general theory of action, Theoretical foundations for the social sciences. New York: Harper Torchbooks

**Pfützner, Robert (2017):** Solidarität bilden. Bielefeld: transcript Verlag

**Reinhardt, Sibylle (2000):** Bildung zur Solidarität. In: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hrsg.): Werte in der politischen Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 288–302

**Scherr, Albert (2008):** Kommunikationsfähigkeit ist gefragt. Forderungen aus der Wissenschaft; [www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41405/analyse-albert-scherr](http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41405/analyse-albert-scherr) (Zugriff: 14.01.2020)

**Scherr, Albert (2013):** Solidarität im postmodernen Kapitalismus. In: Billmann, Lucie / Held, Josef (Hrsg.): Solidarität in der Krise. Wiesbaden: Springer VS, S. 263–270

**Scherr, Albert (2017):** Menschenrechtsbildung. In: Lange, Dirk / Volker, Reinhardt (Hrsg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. Band 1. Baltmannsweiler: Schneider Verlag, S. 711–719

**Schneider, Heinrich (1961):** Staatliche Ordnung und politische Bildung: das Verständnis des Staates als pädagogische Aufgabe. München: Ehrenwirth

**Thome, Helmut (1998):** Soziologie und Solidarität: Theoretische Perspektiven für die empirische Forschung. In: Bayertz, Kurt (Hrsg.): Solidarität. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 217–262

**Thome, Helmut (2010):** Solidarität. In: Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart: Reclam Verlag, S. 263–266



# Uneigennützig?

## Unternehmensnahe Stiftungen als Förderer des gesellschaftlichen Zusammenhalts

**Unternehmensnahe Stiftungen als Förderer politischer Bildung finden in der internen Fachdebatte wie auch im öffentlichen Diskurs wenig Beachtung. Ihr Engagement wächst und die drittmittelabhängige Bildungslandschaft freut sich über die Mittel der gemeinnützig anerkannten Stiftungen. Doch wie sind diese eigentlich mit Unternehmen und Unternehmensinteressen verbunden und kann sich diese Verbundenheit auf die inhaltliche Ausrichtung von Bildungsprogrammen auswirken? Der Beitrag gibt hierzu einen Überblick.** von Anja Hirsch

### Unternehmensnahe Stiftungen wollen politische Mündigkeit fördern

„Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern“ und „sozial benachteiligte Jugendliche als Zielgruppe erreichen“ – zwei Dauerbrennerthemen der außerschulischen politischen Bildung und somit auch für unternehmensnahe Stiftungen, von denen einige mittlerweile zu etablierten Akteuren im Feld gehören. So hat beispielsweise die *Bertelsmann Stiftung* das Projekt „GEBe – Gesellschaftliches Engagement Benachteiligter in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit fördern“ (vgl. Sturzenhecker 2016) unterstützt. Das Engagement der *Freudenberg Stiftung* steht grundsätzlich im Zeichen der Förderung „strukturell benachteiligter Jugendlicher“ (Gerber 2006, S. 151 f.). Und auch die *Robert Bosch Stiftung* (RBS) legt einen ihrer Schwerpunkte in der politischen Bildung auf sogenannte „politikferne Zielgruppen“ (vgl. Schuster 2012) und richtet sich z. B. in dem Programm „Lernort Stadion“, das sie im Jahr 2010 gemeinsam mit der *DFL Stiftung* initiierte, an „sozial benachteiligte und bildungsferne Jugendliche“ (Robert Bosch Stiftung 2013, S. 4). Diese Stiftungen wollen dabei stets innovative Ansätze fördern (vgl. Hirsch 2019) und präsentieren sich als unabhängige, gemeinwohlorientierte Institutionen, die po-

litische Mündigkeit fördern und ihren Beitrag zum Abbau sozialer Ungleichheit leisten wollen.

Das ist zunächst einmal ein interessanter Befund vor dem Hintergrund der Tatsache, dass diese Stiftungen mit Unternehmen verbunden sind, die systemlogisch treibende Kraft eines Wirtschaftssystems sind, das ungleiche gesellschaftliche Verhältnisse hervorbringt. Über die Stiftungen ist politikwissenschaftlich tatsächlich bisher auch wenig bekannt. So existieren keine Studien, die das Wirken unternehmensnaher Stiftungen in Deutschland systematisch-vergleichend in einem bestimmten Politik- oder Themenfeld untersuchen – somit auch nicht in der politischen Bildung. Für die schulische politische Bildung wird zwar schon länger ein „einseitiger ökonomischer Einfluss von Seiten großer Interessenverbände“, wie die der „Unternehmer- und Arbeitgeberverbände oder Bankenverbände“, erkannt (Lösch 2011, S. 18), in Hinblick auf das Feld der außerschulischen politischen Bildung finden aber die Strukturen, die weltanschauliche Gebundenheit und der wachsende Einfluss unternehmensnaher Stiftungen wenig Beachtung (vgl. Hirsch 2019, S. 33 ff.).

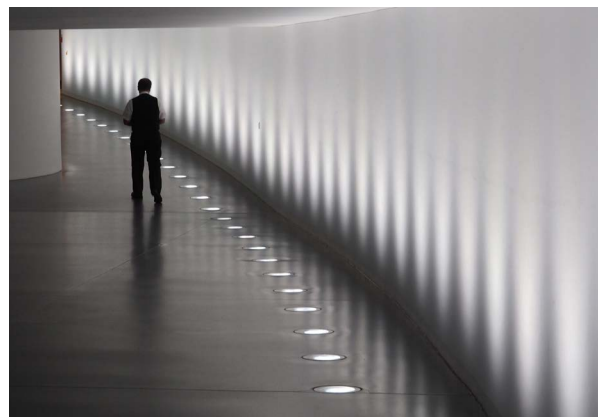
Im Rahmen der Dissertationsstudie „Gemeinwohlorientiert und innovativ? Die Förderung politischer Jugend-

„bildung durch unternehmensnahe Stiftungen“ wurde in einem explorativ angelegten Überblick das Spektrum an (unterschiedlichen) unternehmensnahen Stiftungen auf dem Feld der politischen Bildung gesichtet (vgl. ebd., S. 122 ff.) und der Frage nachgegangen, ob bei diesen Stiftungen davon auszugehen ist, dass ihre gemeinnützigen Stiftungsaktivitäten zumindest teilweise an Unternehmensinteressen ausgerichtet werden. Im öffentlich-medialen Diskurs und auf Basis journalistischer Recherchen wird dies immer mal wieder diskutiert (vgl. u. a. Füller 2015). Schaut man sich die Stiftungsstrukturen näher an, wird auch deutlich, dass diese Diskussion ihre Berechtigung hat.

### Mit Unternehmen und Unternehmensinteressen verflochten

Zunächst muss zwischen zwei unterschiedlichen unternehmensnahen Stiftungstypen unterschieden werden: zwischen „Unternehmensstiftungen“ und „unternehmensverbundenen Stiftungen“. Beim Typ der „Unternehmensstiftung“ (auch als „CSR-Stiftung“ bezeichnet) wird die Stiftung von einem Unternehmen gegründet und finanziell ausgestattet. Dies trifft auf die in der politischen Bildung aktive *BMW Stiftung Herbert Quandt*, die *DFL Stiftung* (bis 2017: Bundesliga Stiftung), die *Deutsche Bahn Stiftung*, die *innogy Stiftung* (bis 2016: RWE Stiftung), die *TUI Stiftung* und die *Vodafone Stiftung* zu. Bei Unternehmensstiftungen ist es üblich, produktnahe gemeinnützige Programme zu fördern: „Die Unternehmensbotschaften sollen mit Hilfe der Errichtung und Tätigkeit einer gemeinnützigen Stiftung besser vermittelt werden können.“ (Mecking 2010, S. 382) Auf dem Feld der politischen Bildung sehen wir dies z. B., wenn die *DFL Stiftung* „politische Bildung mit Fußballbezug“ (Robert Bosch Stiftung 2017) anbietet und damit einen Bezug zum Geschäftsfeld der DFL (Deutsche Fußball Liga) aufweist: Mit dem Programm können potenzielle Zuschauer\*innen ins Stadion geführt und kann zur Imageaufbesserung von Stadien beigetragen werden. Damit ist umgekehrt jedoch nicht gesagt, dass eine Unternehmensstiftung immer produktnahe gemeinnützige Programme fördert (vgl. Mecking 2010, S. 379). Die (oftmals wirtschaftswissenschaftliche) CSR-Fachliteratur hebt das „Potential“ von Corporate-Citizenship-Maßnahmen, wie sie z. B. in Form von CSR-Stiftungen realisiert werden, hervor: Es läge in seinem sogenannten „Win-win-Charakter“, mithin „dem wechselseitigen Vorteil von Unternehmen, gemeinnützig tätigen Partnerorganisationen und gesellschaftlichem Umfeld“ (ebd., S. 372). Gleichzeitig sei jedoch die „(d)ie altruistische Zwecksetzung (...) mit der Erwar-

tung verbunden, ein gesundes gesellschaftliches Umfeld für die eigene (erwerbs-)wirtschaftliche Geschäftstätigkeit zu schaffen sowie innerhalb der Zielgruppe das Ansehen des Unternehmens zu steigern und den Umsatz und den Ertrag zu optimieren.“ (Ebd., S. 371 f.) CSR ist somit im Rahmen von „strategische(r) Unternehmenskommunikation“ (Biedermann 2008, S. 291–306) und teilweise auch in Verbindung mit Lobbyismus (vgl. Speth 2010) zu betrachten. Ulrich Brömmling konstatiert, dass „(e)in schmaler Grat“ zwischen „Unternehmenszielen und stifterischen Aktivitäten der zugehörigen Unternehmensstiftungen“ läge (Brömmling 2011, S. 15).



Welchen Einfluss üben unternehmensnahe Stiftungen im politischen Bildungsbereich aus? Foto: AdB

Beim Typ der „unternehmensverbundenen Stiftungen“ halten die Stiftungen Anteile an Unternehmen, fungieren also als Unternehmenseigentümer. Die in der politischen Bildung aktive *Bertelsmann Stiftung*, die *Freudenberg Stiftung*, die *Körper Stiftung* und die *Robert Bosch Stiftung* gehören zu diesem Stiftungstyp. Oftmals wird von unternehmensverbundenen Stiftungen – ganz im Gegenteil zu den Unternehmensstiftungen – hervorgehoben, dass philanthropische und geschäftliche Felder strikt getrennt seien (vgl. Hirsch 2019, S. 151 ff.). Das Beispiel der *Bertelsmann Stiftung* zeigt jedoch, dass auch unternehmensverbundene Stiftungen nicht generell „unternehmensfern“ im Rahmen ihrer gemeinnützigen Aktivitäten agieren (vgl. Füller 2015) und auch für die *Robert Bosch Stiftung* wird dies diskutiert (vgl. Andres 2008, S. 17 f.).

Interessant ist, dass sich in beiden unternehmensnahen Stiftungstypen oftmals höchste Konzernvertreter\*innen im Stiftungsvorstand befinden, so auch z. B. bei der RBS, der *Freudenberg Stiftung* oder der *DFL Stiftung* (vgl. Hirsch 2019, S. 151 ff., S. 156, S. 192). Bei der *Bertelsmann* →

*Stiftung* wird die (z. T. vorgefundene) Ausrichtung von Stiftungsaktivitäten im Unternehmensinteresse in Verbindung mit solchen Personalunionen zwischen Stiftung und Unternehmen diskutiert (vgl. Füller 2015): Dadurch besteht die Möglichkeit, dass die Stiftung im Unternehmensinteresse genutzt wird. Dem Umstand, dass über unternehmensnahe Stiftungen auch Unternehmensinteressen umgesetzt werden können, wird einerseits dadurch Vorschub geleistet, dass Stiftungen gesetzlich nicht zu Transparenz verpflichtet sind und sie andererseits auch freiwilligen Standards eher nur ausnahmsweise nachkommen. So veröffentlicht nur eine der zehn genannten Stiftungen ihre Satzung (die Körber Stiftung) und hält sich damit an die Transparenzstandards, die *Transparency International* für gemeinnützige Organisationen entwickelt hat und die sogar der größte Lobbyverband deutscher Stiftungen, der *Bundesverband Deutscher Stiftungen*, unterstützt.

**Die von den Stiftungen postulierte „Unabhängigkeit“ und der betont „zivilgesellschaftliche Charakter“ von Stiftungen darf nicht dazu führen, diesen Institutionen per se eine von Wirtschaftsinteressen unabhängige Ausrichtung zu bescheinigen oder umgekehrt eine ggf. vorhandene Wirtschaftsnähe prinzipiell als eine zu interpretieren, die im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder ist.**

Es kommt bei der Definition „unternehmensnahe Stiftungen“ darauf an, welche Dimensionen (z. B. rechtliche, finanzielle, personelle Verbindungen) zugrunde gelegt werden (vgl. Hirsch 2019, S. 103 ff.). Es können so auch Stiftungen auf dem Feld der politischen Bildung identifiziert werden, die nicht zu den Unternehmensstiftungen oder unternehmensverbundenen Stiftungen gezählt werden, über deren „Unternehmensnähe“ aber dennoch diskutiert werden kann. Dies betrifft z. B. die *Gemeinnützige Hertie-Stiftung*, die *Heinz Nixdorf Stiftung*, die *Joachim Herz Stiftung*, die *Roland Berger Stiftung*, die *Stiftung*

*Mercator*, die *ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius* (kurz: ZEIT-Stiftung), die *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung*, die *Landesstiftung Baden-Württemberg* oder die *Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa*. Diese Stiftungen wurden von Unternehmer\*innen gegründet oder/und haben viele Personen aus dem Wirtschaftsleben in ihren Gremien sitzen oder/und finanzieren sich in beträchtlichem Maße durch Mittel von Unternehmen und unternehmensnahen Stiftungen.

Dass alle diese Stiftungen als „gemeinnützig“ anerkannt sind, sollte Wissenschaft und Öffentlichkeit nicht davon abhalten, genauer hinzuschauen: Welche politischen Positionen und welche Weltanschauungen werden in den Stiftungsprojekten vorangetrieben? Die von den Stiftungen postulierte „Unabhängigkeit“ und der betont „zivilgesellschaftliche Charakter“ von Stiftungen darf nicht dazu führen, diesen Institutionen per se eine von Wirtschaftsinteressen unabhängige Ausrichtung zu bescheinigen oder umgekehrt eine ggf. vorhandene Wirtschaftsnähe prinzipiell als eine zu interpretieren, die im Interesse aller Gesellschaftsmitglieder ist. Unternehmensnahe Stiftungen wirken z. T. schon seit Jahrzehnten auf dem Feld der politischen Bildung, können aber insofern als zunehmend relevante politische Bildungsakteure verstanden werden, als dass es in jüngster Zeit immer mehr von ihnen gibt, sie immer aktiver im Bildungsbereich werden und sie nicht mehr nur vereinzelte Projekte durchführen (vgl. ebd., S. 122 ff.). So fördern sie mittlerweile eine ganze Bandbreite an politischen Bildungsformaten und -inhalten und adressieren ein breites Spektrum an Zielgruppen (vgl. ebd., S. 134 ff.).

**Innovative Ansätze – aber auch Ausrichtung von Bildung an Marketing- und Profitinteressen**

Basierend auf der Erkenntnis, dass sogenannte Unternehmensstiftungen nah am Kerngeschäft von Unternehmen agieren, wurde in einer anonymisierten Einzelfallstudie (im Rahmen der bereits genannten Dissertationsstudie) das Engagement-Programm „Micro Projects“ untersucht, das durch eine Unternehmensstiftung finanziert wird (der Programmname ist ein Pseudonym, da das Programm anonymisiert untersucht wurde). „Micro Projects“ richtet sich im Schwerpunkt an „sozial benachteiligte Jugendliche“, die sich niedrigschwellig mit gemeinnützigen Projektideen um eine Finanzierung bewerben können. Die Analyse zeigt, wie das Engagement-Programm schrittweise inhaltliche Veränderungen erfährt, die es im Sinne der Marketing- und Profitziele des Unternehmens ausrichten (vgl. ebd., S. 236 ff.): Jugendliche werden im Programm bei der Um-

setzung eigener Projektideen zunehmend zur Verwendung digitaler Technik und zur Ausbildung digitaler Kompetenzen angehalten (vgl. ebd.). Das Wirken der untersuchten Unternehmensstiftung im politischen Bildungsbereich kann als politische Einflussnahme zur Verallgemeinerung von Unternehmensinteressen interpretiert werden: Für das Unternehmen ist es wichtig, dass eine gesellschaftliche Nachfrage nach digitaler Technik besteht und zukünftige Arbeitnehmer\*innen digitale Kompetenzen erwerben.



Foto: AdB

Davon unbenommen bleibt, dass innovative Ansätze in dem untersuchten Programm festzustellen sind (vgl. ebd., S. 216 ff.) – orientiert man sich an dem Appell der einschlägigen Fachliteratur der letzten Jahre (vgl. Kohl/Seibring 2012; Erben/Schlottau/Waldmann 2013; Widmaier/Nonnenmacher 2012), dass durch eine zielgruppenadäquate Ausrichtung politischer Bildung „benachteiligte Jugendliche“ erreicht werden sollen. Dies ist bei „Micro Projects“ der Fall, wobei insbesondere die Themenoffenheit des Formats und die Mitwirkung der Jugendlichen an der Programmgestaltung hervorzuheben sind (vgl. Hirsch 2019, S. 290 f.).

Der Blick in die kritische politische Bildungsforschung und -theorie hält jedoch noch eine weiterführende These bereit, was in der politischen Bildung innovativ wäre: Wenn Ziele und inhaltliche Ausrichtung zielgruppenadäquater Formate daraufhin befragt würden, inwiefern sie Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse reproduzieren (vgl. u. a. Bremer/Ludwig 2015). Eine solche Reflexion für das Programm „Micro Projects“ zeigt die stets vorhandene Herrschaftsförmigkeit auch von „innovativen“ außerschulischen politischen Bildungsprogrammen (vgl. Hirsch 2019, S. 279 ff.). So sollen Jugendliche zwar z. B. empowert werden, aber sozio-ökonomische Ungleichheitsverhältnisse,

Ohnmachtsgefühle und gesellschaftliche Machtungleichheiten kommen nicht zur Sprache. Gerade diese müssten m. E. aber als Teil der Ursache von „Demokratieunzufriedenheit“ inhaltlich in der politischen Bildung in den Blick genommen werden. Sonst wird jene Unzufriedenheit, die aus den vielschichtigen Bedingtheiten in der liberalen Demokratie herrührt, ignoriert und die außerschulische politische Bildung verfehlt es, ihrem demokratischen Anspruch gerecht zu werden.

## Sind unternehmensnahe Stiftungen die geeigneten Förderer für die Auseinandersetzung mit sozialen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen?

Doch sind unternehmensnahe Stiftungen die geeigneten Förderer für die Auseinandersetzung mit sozialen Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen? Sie selbst sind Profiteure ungleicher Vermögensverteilung, fungieren als Eigentümer von Unternehmen oder befinden sich in direkter finanzieller Abhängigkeit von Unternehmen, haben oftmals Konzernvertreter\*innen in ihren Gremien, unterliegen keiner Transparenzpflicht und kommen freiwilligen Standards nur ausnahmsweise nach. Das in der Dissertationsstudie untersuchte Programm richtet sich immerhin an „benachteiligte Jugendliche“ und erprobt neue Herangehensweisen, um diese zu erreichen. Jedoch scheint vor allem Kompetenzförderung betrieben zu werden – eine Auseinandersetzung mit Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen steht nicht im Mittelpunkt der Programmkonzeption.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zur Autorin



Dr. Anja Hirsch arbeitet in Niedersachsen als Gymnasiallehrerin im Vorbereitungsdienst für die Fächer Politik-Wirtschaft und Deutsch und hat zum Thema „Innovativ und gemeinwohlorientiert? Die Förderung politischer Jugendbildung durch unternehmensnahe Stiftungen“ an der Universität Köln promoviert.

anjahirsch@posteo.de



## Literatur

**Andres, Jennifer (2008):** Wieviel Bosch steckt noch in der Robert Bosch Stiftung? In: *Opusculum*, Heft 29/2008, S. 3–20

**Biedermann, Christiane (2008):** Corporate Citizenship als strategische Unternehmenskommunikation. In: Backhaus-Maul, Holger et al. (Hrsg.): *Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 291–306

**Bremer, Helmut / Ludwig, Felix (2015):** Inklusion und Exklusion im politischen Feld. Einsichten und Einblicke aus der Perspektive Bourdieus. In: *Journal für politische Bildung*, Heft 1/2015, S. 28–37

**Brömmling, Ulrich (2011):** Eigenständiges Profil im Blick. In: *Stiftungswelt*, Heft 1/2011, S. 11–17

**Erben, Friedrun / Schlottau, Heike / Waldmann, Klaus (Hrsg.) (2013):** „Wir haben was zu sagen!“ Politische Bildung mit sozial benachteiligten Jugendlichen. Subjektorientierung – Anerkennung – Partizipation. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

**Füller, Christian (2015):** Vom Profit der Philanthropie. In: *Der Freitag*, 29.10.2015, S. 6–7

**Gerber, Pia (2006):** Der lange Weg der sozialen Innovation – Wie Stiftungen zum sozialen Wandel im Feld der Bildungs- und Sozialpolitik beitragen können. Eine Fallstudie zur Innovationskraft der Freudenberg Stiftung. Weinheim: Peter Lang

**Hirsch, Anja (2019):** Gemeinwohlorientiert und innovativ? Die Förderung politischer Jugendbildung durch unternehmensnahe Stiftungen. Bielefeld: Transcript; [www.transcript-verlag.de/media/pdf/fe/2e/9c/oa9783839449844.pdf](http://www.transcript-verlag.de/media/pdf/fe/2e/9c/oa9783839449844.pdf) (Zugriff: 10.01.2020)

**Kohl, Wiebke / Seibring, Anne (Hrsg.) (2012):** „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. Bonn: bpb

**Lösch, Bettina (2011):** Kritische Demokratiebildung und globale Transformationsprozesse – Eine sozialwissenschaftlich orientierte Konzeption politischer Bildung (zugl. Kumulative Habilitation, Univ. Köln, 2011). Köln (unveröffentlichtes Manuskript)

**Mecking, Christoph (2010):** Corporate Giving: Unternehmensspende, Sponsoring und insbesondere Unternehmensstiftung. In: Backhaus-Maul, Holger et al. (Hrsg.): *Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 371–387

**Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2013):** Politische Bildung an Lernzentren in Fußballstadien. Begleitheft zur Methodensammlung Lernort Stadion, Stuttgart: Robert Bosch Stiftung

**Robert Bosch Stiftung (2017):** „Lernort Stadion“ – Politische Bildung an Lernzentren in Fußballstadien; [www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/28056.asp](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/28056.asp) (Zugriff: 17.08.2017)

**Schuster, Melanie (2012):** Praktische Ansätze zur Erreichung von politikfernen Jugendlichen durch politische Bildung. In: Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.): *Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 117–129

**Speth, Rudolf (2010):** Corporate Citizenship als strategische Partnerschaften, Lobbying und Regierungsbeziehungen. In: Backhaus-Maul, Holger et al. (Hrsg.): *Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, S. 339–352

**Sturzenhecker, Benedikt (2016):** Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1: Konzeptionelle Grundlagen für die Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung (2. Auflage)

**Widmaier, Benedikt / Nonnenmacher, Frank (Hrsg.) (2012):** Unter erschwerten Bedingungen. Politische Bildung mit bildungsfernen Zielgruppen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

# Die Bedeutung der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. für die Kinder- und Jugendhilfe

Interview mit Thomas Thomer, Vorsitzender der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. und Ministerialdirigent im BMFSFJ

**Die Stiftung Deutsche Jugendmarke ist ein wichtiger Partner der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Sie fördert die Praxis und unterstützt wissenschaftliche Forschungsvorhaben. Was ist ihr dabei besonders wichtig? Was sind ihre Ziele und Hauptanliegen?**

Unser Anspruch ist es Vorhaben zu fördern, die Kinder- und Jugendliche in ihrer Lebenswelt ansprechen und weiterbringen. Pädagogische Angebote, die sie unterstützen, stärken und zur Übernahme von Verantwortung inspirieren. Nicht zuletzt liegt in absehbarer Zeit die Verantwortung für politische, technologische, ökologische und ökonomische Entwicklungen in ihren Händen.

Als Förderorganisation im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe lenkt die *Stiftung Deutsche Jugendmarke* ihre Aufmerksamkeit auf Entwicklungsmöglichkeiten. Sie unterstützt wissenschaftliche Forschungsvorhaben und innovative Projekte mit Zuschüssen sowie Baumaßnahmen an außerschulischen Bildungseinrichtungen mit zinslosen Darlehen. Beantragt werden können jeweils Fehlbedarfe bis zur Höhe von 200.000 Euro. Von Seiten der Träger sind jeweils Eigenmittel und -leistungen in angemessener Höhe einzubringen.

Unterstützt werden freie und öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe, die frische Ideen umsetzen, neue wissenschaftliche Forschungsfelder betreten oder Baumaßnahmen mit bundesweiter Ausstrahlungskraft voranbringen. Über [www.jugendmarke.de](http://www.jugendmarke.de) sind weitere Informationen und die Förderrichtlinien einsehbar.

**Die Stiftung hat im Jahr 2015 ihr 50jähriges Jubiläum gefeiert. Die Kinder- und Jugendhilfe hat sich in dieser Zeit ausdifferenziert und professionalisiert. Wie hat sich die Stiftung und ihre Arbeit in diesen Jahren verändert?**

Die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe bilden ein pluralistisches Spektrum ab, dessen facettenreiche Handlungsfelder sich in der konkreten pädagogischen Arbeit und auf der theoretischen Ebene stetig weiterentwickeln. Gesellschaftliche Veränderungen prägen die Praxis und spiegeln sich zugleich in ihr.

Seit der Gründung im Jahr 1965 ermöglicht die *Stiftung Deutsche Jugendmarke* die Umsetzung neuer Ansätze mit Ausstrahlungskraft auf die Wissenschaft und Praxis. Dabei kann es zum Beispiel in der politischen Bildung um die Entwicklung neuer Veranstaltungsformen, im kulturellen Bereich um die Vernetzung gemeinnütziger Akteure vor Ort oder den Aufbau einer Organisation für muslimische Pfadfinder\*innen im Bereich der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit gehen.

Ein kooperatives Selbstverständnis und unbürokratisches Handeln prägen die Aktivitäten der *Stiftung Deutsche Jugendmarke*. Angebote, die neue Wege in der Kinder- und Jugendhilfe im Fokus haben oder bundesweit bedeutsam sind, finden bei ihr ohnehin seit jeher interessierte Ansprechpartner. Als kleine Organisation hat die Stiftung die Zielstellung, agil zu unterstützen. Dabei steht die Ausrichtung an den Entwicklungen in den Handlungsfeldern und an den Bedürfnissen der Praxis im Mittelpunkt.

**Welche Bedeutung hat die Stiftung aus Ihrer Sicht heute für die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland?**

Angesichts knapper Kassen in den Kommunen und den Ländern fehlen oft Mittel für die Entwicklung innovativer Projekte und die Erforschung praxisrelevanter Fragestellungen. Auch bei Bauvorhaben ist die Aufbringung von Eigenmitteln häufig eine große Herausforderung. →

Durch die Stiftung wurden bislang rund 230 Millionen Euro für Projekte, Forschung und die Bauförderung ausgezahlt. Seit der ersten Fördersitzung beruhen die Vergabeentscheidungen auf der Expertise der Mitglieder. Es sind Praktiker\*innen aus allen Feldern der bundesweiten Kinder- und Jugendhilfe, die gemeinsam über den Einsatz der Fördermittel beraten. Sie haben das Wissen und die Erfahrungen die nötig sind, um aktuelle Themen voranzubringen, und sie haben immer die Praxisrelevanz der Vorhaben im Fokus. So stellt sich die *Stiftung Deutsche Jugendmarke* fachlich versiert in den Dienst der Projekte und Forschungsvorhaben, gibt dabei aber weder Themen noch Praxisfelder vor.

Und was den Neu-, Aus- oder Umbau von Einrichtungen der bundesweiten außerschulischen Bildung oder der Jugendverbandsarbeit anbelangt, ist die *Stiftung Deutsche Jugendmarke* eine von sehr wenigen Förderinstitutionen, die in diesem Bereich unterstützen kann.

### Wo liegen die aktuellen Schwerpunkte der Förderung?

Da es immer darum geht, Entwicklungen zu fördern, neue Lösungen und gute Ideen zu unterstützen, ist das Förderspektrum der *Stiftung Deutsche Jugendmarke* breit gefächert.

Im Jahr 2019 sind wieder Gelder für sehr unterschiedliche Vorhaben durch die Mitgliederversammlung bewilligt worden. Themen sind unter anderem die vernetzte Prävention sexueller Grenzverletzungen unter Jugendlichen, Fragen der digitalisierten Gesellschaft und die Forschung zum Bereich Vormundschaften. Darüber hinaus wurde die Ausstattung eines Medienzentrums beschlossen, in dem handwerkliche Methoden mit künstlerischen Verfahren und konkretem und kreativem Umgang mit digitalen Medien kombiniert werden.

So unterschiedlich die einzelnen Förderungen sind – immer steht das Anliegen dahinter, jungen Menschen positive Erfahrungen zu ermöglichen. Wir wünschen uns, dass die Entwicklung von allgemeinen und sozialen Kompetenzen und das Erleben von Eigenverantwortung Kindern und Jugendlichen Lust auf eine mündige und beherzte gesellschaftliche Teilhabe machen.

**Die Stiftung tut viel für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Wenn Sie jetzt umgekehrt einen Wunsch an die Träger richten könnten, welcher wäre das?**

Wir freuen uns, wenn die Idee der Briefmarkenserie *FÜR DIE JUGEND „Gutes tun – mit Jugendmarken helfen“* in die Welt getragen und bei der Versendung von privater oder geschäftlicher Post zur Geltung kommt. Der Erlös der vom *Bundesminister der Finanzen* herausgegebenen und von der *Deutschen Post* vertriebenen Plusmarken mit dem Zuschlagserlös geht ja direkt an die *Stiftung Deutsche Jugendmarke* und mündet unmittelbar in der Kinder- und Jugendhilfe.

Attraktive und abwechslungsreiche Briefmarkenmotive sind uns wichtig. Wir freuen uns zudem, wenn es uns gelingt über rein ästhetische Aspekte hinaus zu wirken. Unsere aktuelle Serie mit den Fledermausmotiven hat klare Bezüge zum Umweltschutz und die im August 2020 erscheinenden Briefmarken mit Feuerwehrfahrzeugen nehmen den roten Faden zum freiwilligen gesellschaftlichen Engagement auf. Dies hat nicht nur für die ehrenamtliche Jugendfeuerwehr Bedeutung, sondern für viele andere Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe. Jede/r Käufer\*in von Jugendmarken unterstützt daher in mehrfacher Hinsicht echte Impulsgeber.

Nach dem Ausgabetermin im Sommer sind die Marken jeweils für drei Monate in allen Postfilialen verfügbar, darüber hinaus im Onlineshop der *Stiftung Deutsche Jugendmarke* und in der Philatelie-Filiale der *Deutschen Post AG* in Weiden.

Zudem freuen wir uns immer über qualifizierte Projektanträge und möchten Träger ermutigen, ihre Projektideen vorzustellen, um gemeinsam mit uns die Chancen auf eine Förderung auszuloten.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zum Interviewpartner



**Thomas Thomer** ist als ständiger Vertreter der Bundesjugendministerin Amtierender Vorsitzender der Stiftung Deutsche Jugendmarke. Der Jurist und Kenner der Kinder- und Jugendhilfe zeichnet sich über seine jugendpolitische Fachexpertise hinaus durch seine jahrzehntelange Leidenschaft für die Philatelie aus. Bei der Stiftung bringt er somit zwei Themen voran, die ihm am Herzen liegen.  
info@jugendmarke.de



STIFTUNG DEUTSCHE  
JUGENDMARKE e.V.

# Neue Wege in der politischen Bildung

## Pop Up-Labore als Ort der Kommunikation und Partizipation

**Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat sich angesichts aktueller Entwicklungen und Herausforderungen für die Demokratie die Frage gestellt, wie sie ihrem Auftrag, demokratische und gesellschaftliche Bildungsarbeit zu betreiben, noch besser gerecht werden und die Bürger\*innen zielgenauer erreichen kann. Dafür ist sie in einem Modellversuch aus ihren gewohnten Räumen herausgegangen und hat dort Angebote geschaffen, wo die Menschen im Alltag anzutreffen sind.** von Eva Majewski und Melanie Piepensneider

Das Modell Demokratie steht unter Druck: Populistische Bewegungen manifestieren sich in politischen Systemen. Bürger\*innen werden zu einzelnen Themen durch die junge Generation mobilisiert und politisiert. Junge Menschen gehen auf die Straße, um schnellere und konsequentere politische Entscheidungen einzuklagen. Infrastrukturelle Missstände und Entwicklungsrückstände in Ost wie West vermitteln Vielen ein Gefühl, abgehängt zu sein und von der Politik nicht wahrgenommen zu werden. Die repräsentative Demokratie erscheint mit ihren Verfahrensweisen schwerfällig und ineffektiv, was ein Ohnmachtsgefühl des Einzelnen, in irgendeiner Weise Einfluss auf politische Veränderungen zu haben, befördert. Dies sind nur einige wenige Stichworte zur Beschreibung dessen, was in der Folge zur Beschädigung des Rückhalts für das politische System führt (vgl. auch Köcher 2019). Die Erosion des Vertrauens in die politische Stabilität und die Handlungsfähigkeit des Staates scheinen langfristig das grundsätzliche Vertrauen in die Demokratie zu unterminieren.

Die skizzierten Befunde sind eine Herausforderung für die Politik, aber auch für die politische Bildung. Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* hat sich die Frage gestellt, wie sie vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen ihrem

Auftrag, demokratische und gesellschaftliche Bildungsarbeit zu betreiben, gerecht werden und dabei den Bedürfnissen der Bürger\*innen Rechnung tragen kann.

### Pop Up-Lab „Zum Adenauer“

In einem Modellversuch hat die Stiftung sich aus den gewohnten Räumen – im wahrsten Sinne des Wortes – herausbegeben, ist dorthin gegangen, wo die Menschen im Alltag anzutreffen sind. Es wurde für einen auf fünf Wochen begrenzten Zeitraum ein Ladenlokal in der Mitte Berlins angemietet. Um sich in die Nachbarschaft, bestehend aus Galerien, Bars und kleinen Geschäften einzufügen, wurden die Räumlichkeiten „Zum Adenauer“ benannt. Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* tauchte mit diesem Pop Up-Labor mitten im Leben der Bürger\*innen auf und bot eine breite Palette politischer Bildung an.

Die großen Schaufenster gaben vorbeiflanierenden Anwohnern genauso wie Touristen einen Einblick in das Geschehen; es stand des Öfteren Laufkundschaft in der Tür und erkundigte sich neugierig, was denn in diesem Laden „angeboten“ würde. Ziel war es, Diskussionsräume dort entstehen zu lassen, wo sich mögliche Adressaten tatsächlich aufhalten. Die ehemalige Galerie wurde als →



Ort der Begegnung ausgestaltet: Die Ausstattung war eine Mischung aus Wohnzimmer mit angeschlossenem gemütlichem Tagungsraum. Eine Wand zierte ein mittels *Tape Art* gestalteter *Adenauer*-Kopf; die künstlerische Aktion der Erstellung dieses Bildes war schon an sich ein „Ereignis“, das die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft weckte und zu ersten Gesprächen und Diskussionen im Lab führte.

Ziel des Projektes war ebenso, möglichst die „Zugangshürden“ zum Gespräch, zum Thema, zur Diskussion niedrig zu halten. Das Prinzip der offenen „Ladentür“, durch die man jederzeit treten konnte, die Ausstattung der Räume mit Ohrensesseln und Kamin bis hin zu einer Kaffeebar, an der man sich bedienen konnte, ließen sehr schnell ein Gefühl des Ankommens und Willkommenseins bei den Gästen entstehen. Der Veranstalter *Konrad-Adenauer-Stiftung* wurde so zum „netten Nachbarn von nebenan“, der in sein Wohnzimmer einlud.

Außerdem wurde die Location mit niederschweligen Abstimmungsmodulen versehen, sodass Besucher des „*Zum Adenauer*“ die Möglichkeit hatten, ihre Prioritäten für politische Inhalte mitzuteilen und ihre Meinung einzubringen. Auch wurden auf diese Weise Gesprächsanlässe geschaffen, die nicht selten Anknüpfungspunkte für interessante, vertiefte Diskussionen lieferten.

Die zum Teil bis zu dreimal täglich stattfindenden Veranstaltungen in dem Lab verfolgten ebenfalls das Ziel, die Grenzen zwischen Vortragenden und Publikum einzureißen. Alle saßen auf gleicher Augenhöhe auf Sitzwürfeln, die Referent\*innen/Impulsgeber\*innen mitten im Publikum. Die Ausgestaltung des Raums passte sich bedarfsgerecht jedem Teilnehmendenkreis an. „Vorn“ und „hinten“ wurde durch ein „miteinander“ ersetzt. Das klassische Antwort- und Fragespiel wurde zu Gunsten von wirklichen Diskussionen, in die sich alle einbrachten, abgelöst.

Gleichzeitig wurde die Greifbarkeit und Nähe zur Politik sowie zu Politiker\*innen von den Gästen wertgeschätzt; sie ermöglichte ein Kanalisieren der Ideen bei niedriger Hemmschwelle für die Diskutierenden. Die Atmosphäre insgesamt führte dazu, dass Diskussionen offener geführt wurden; sie vermittelte eine aktivierende „Aufbruchstimmung“, in der sich alle Besucher\*innen des Pop Up-Labs gleichermaßen wohlfühlen konnten.

Durch diese niederschweligen Elemente, wie herzliche Begrüßung bei Betreten des Labs, das Aufbrechen räumlicher Barrikaden zwischen Vortragenden und Zuhörern bis hin zu den gedanklichen Anstößen, die in eine von den Teilnehmer\*innen insgesamt bestimmte und getragene Diskussion überging, ist es der Stiftung gelungen, sich

als Beteiligungsstiftung zu präsentieren. Im Zeitraum von knapp fünf Wochen konnten so durch 53 Maßnahmen insgesamt rund 1.200–1.300 Teilnehmer\*innen erreicht werden. Fast die Hälfte der Teilnehmenden war für die *Konrad-Adenauer-Stiftung* „neues“ Publikum. Mitten in Mitte und durch ein junges, frisches und doch gemütliches Ausstattungsdesign der Location war es möglich, insbesondere jüngere Teilnehmer\*innen für Maßnahmen der politischen Bildung zu gewinnen.

### Inhalte, Formate und Themenvermittlung

Inhaltlich lehnten sich die Veranstaltungen an das mehrjährige Leitmotiv der *Konrad-Adenauer-Stiftung* „Deutschland. Das nächste Kapitel“ an. Jede Woche, in denen das Lab „bespielt“ wurde, stand wiederum unter einem Unterthema zum Leitmotiv. Dies waren:

- Zukunft der Demokratie,
- Recht und Ordnung,
- Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts,
- Innovationen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen und
- Bildung für die Zukunft.

Die Themen bewegten sich alle in dem Spektrum aktueller Demokratie- und Zukunftsfragen, ließen aber genug Spielraum, um in der konkreten Ausgestaltung interessante Fragestellungen zu bearbeiten und die Themen der Teilnehmer\*innen einzubinden. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt. Die durch die Themen vorgegebene Klammer strukturierte nicht nur die Veranstaltungen, sie lieferte auch insgesamt Anlässe für die begleitend laufenden Kommunikationsmaßnahmen.

## Ziel ist es, Diskussionsräume dort entstehen zu lassen, wo sich mögliche Adressaten tatsächlich aufhalten.

Das vielfältige Angebot richtete sich vor allem in offenen Formaten an die breite interessierte Öffentlichkeit. Durchgeführt wurden vereinzelt Podiumsdiskussionen, insbesondere Hintergrundgespräche, Fish-Bowl und MindMapping-Formate, sowie Pressekonferenzen, Kabarettabende und Dialogmöglichkeiten bei Public Viewing

bis zum Europa-Quiz mit anschließendem Adventsingen für Kinder am Nikolaustag. Wichtig war der Stiftung bei allen Maßnahmen, dass die Teilnehmer\*innen sich als Teil der Veranstaltung und nicht bloß als Zuschauer\*in/ Zuhörer\*in verstehen: Sie waren mit ihrer Expertise, aber auch mit ihren Fragen und Unsicherheiten fester Bestandteil der Diskussion. Expertentum war keine Voraussetzung zur Teilnahme; Fragen wurden ernst genommen und die Teilnehmer\*innen dazu motiviert, ihre Meinungen und persönlichen Erfahrungen einfließen zu lassen.



Das Pop Up-Lab „Zum Adenauer“ in Berlin-Mitte Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Während all dieser Besuchsmöglichkeiten hatten die Teilnehmer\*innen durch einfache Abstimmungsmöglichkeiten vor Ort die Chance, ihre Themen zu platzieren und sich über das breite Angebotsspektrum der KAS (Stipendien, Kontakte zu Inlands- und Auslandsbüros, Arbeit des Think Tanks und Archivs) zu informieren. Anregungen der Besucher\*innen wurden während des Projekts aufgenommen und in Maßnahmen, wie z. B. Workshops, noch während der Projektlaufzeit umgesetzt. Durch die Abstimmungsmodule konnte festgestellt werden, dass ein hoher Diskussions- und Mitgestaltungsbedarf der Bürger\*innen bei den Themen Bildung und Digitalisierung besteht und weniger im Bereich der Integration. Die Besucher\*innen machten die Stiftung überdies hinaus auf weitere mögliche Kooperationspartner\*innen für zukünftige Projekte und Maßnahmen aufmerksam.

Sehr schnell wurde deutlich, dass ein Hauptaugenmerk bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen auf die „Ownership of Ideas“ gelegt werden muss: Teilnehmer\*innen möchten ihre Themen und Erfahrungen konstruktiv beim Finden von Ideen einbringen und stellen hierfür gerne ihre Zeitressourcen zur Verfügung. Vielen

sind allerdings die üblichen Wege über Petitionen oder Lobbyarbeit (hier insbesondere gemeint: Verbände, Vereine, Aktionsgemeinschaften) zu ressourcenaufwendig. Auch ließ sich bei den Gesprächen mit Teilnehmenden heraushören, dass sie eine Parteimitgliedschaft zur Unterstützung von einzelnen Anliegen oder Projekten als unzeitgemäß und wenig zielführend empfinden. Vielfach fehlen noch Strukturen, Mittel und Wege, die Bereitschaft der Bürger\*innen zur Mitwirkung bei Problemlösungen aufzugreifen, zu kanalisieren und die Beiträge in ein Ergebnis produktiv einzubringen. Eine Art „Politikladen“ mit niedrigen Zugangshürden und Debatten über Stammtischniveau könnte eine Möglichkeit bieten. Dies könnte ein Modell für Quartiersmanagementprojekte sein.

Bei allen Veranstaltungen wurden Bilder mit einer Polaroid-Kamera angefertigt und anschließend direkt an die Wände gepinnt. Hierdurch wurde auch räumlich wiedergegeben, dass gemeinsam ein Projekt entsteht, das sich während des Projektzeitraums stetig wandelt.

### Teilnehmeransprache und Kommunikationsstrategie

Ein zentraler Baustein der Ansprache der Teilnehmer\*innen war die aktive Integration der Pop Up-Räume in die unmittelbare Nachbarschaft, den Berliner „Kiez“. Neben einer stets offenen Tür wurde mit unterschiedlichen Veranstaltungsangeboten gezielt die Nachbarschaft angesprochen. Hierzu erfolgte eine breit gefächerte Werbekampagne, die sich thematisch an das Leitmotiv anlehnte. Mit traditionellen, analogen Mitteln wie Postwurfsendungen, die in den Haushalten der Nachbarschaft eingingen, wurde auf das Gesamtprojekt hingewiesen. Für einzelne Maßnahmen wurden aber auch handgeschriebene Zettel in der näheren Umgebung verteilt bzw. an Laternenpfählen angehängt. Auch wurden vor einer nahegelegenen Schule Eltern mit Informationen versorgt. Diese Maßnahmen führten zu einem positiven und interessierten Feedback aus der Nachbarschaft und zu zahlreichen Kontaktaufnahmen.

Das Gros der Veranstaltungen wurde über Hinweise in verschiedenen sozialen Medien beworben. Ergänzt wurden diese Kanäle noch durch einen wöchentlichen Newsletter mit Veranstaltungshinweisen, der über die herkömmlichen Versandprogramme der *Konrad-Adenauer-Stiftung* per E-Mail ausgespielt wurde. Zudem gab es Werbemaßnahmen in der Berliner U-Bahn sowie an S-Bahnhöfen. Es wurde ein Plakat entworfen, das im Berliner Stadtzentrum sowohl in *Moskito-Kulturpostern* auf Stromkästen aushing, als auch an ausgewählten, hochfrequentierten Bahnhöfen in digitaler Form gezeigt wurde. →

Nahezu alle öffentlichen Veranstaltungen wurden über *Facebook* angekündigt und zu 90 % mit einem Werbebudget hinterlegt. Im Durchschnitt wurden so zwischen 1.000–1.500 Leute täglich erreicht (organisch und bezahlt). Innerhalb des Projektzeitraums wurden die Inhalte der Stiftung auf dem Kanal des Online-Bildungsportals *AdenauerCampus* von ca. 30.000 Besucher\*innen angesehen. Leider wurde die Reichweite vom *Facebook*-Algorithmus durch die hohe Veranstaltungsfrequenz und die damit einhergehende hohe Zahl von Postings stark eingeschränkt. Ausgewählte Veranstaltungen wurden zudem auf den Kanälen *Twitter* und *Instagram* beworben und abgebildet.

## Teilnehmer\*innen möchten ihre Themen und Erfahrungen konstruktiv beim Finden von Ideen einbringen und stellen hierfür gerne ihre Zeitressourcen zur Verfügung.

Mit dem Ziel, neue Vermittlungsmöglichkeiten auszuprobieren, wurden unterschiedliche Formate in den sozialen Medien erprobt. Beispielsweise wurde eine Diskussion mit einem Politiker per *Facebook*-Live auf dem *Facebook*-Kanal des *AdenauerCampus* begleitet und konnte eine hohe Resonanz (1.300 organisch erreichte Personen) verzeichnen.

### Ausblick

Das Ziel, Diskussionsräume zu schaffen und die Demokratie lebendig werden lassen, erreichte das Pop Up-Lab. Durch neue Formate und eine hohe Zahl verschiedener Instrumente, gelang es der Stiftung zudem, im Stadtbild sichtbar zu werden. Durch eine mit öffentlichen Verkehrsmitteln (v. a. auch U-Bahn) sehr gute Erreichbarkeit der Location und niederschwellige Begegnungsmöglichkeiten wurde der Kontakt zu – insbesondere jüngeren – Bürger\*innen gestärkt. Doch was bleibt in der Evaluierung außer dem Verbrauch von ungefähr 1.050 Tassen Kaffees und 470 Tassen Tees sowie Dutzenden Kästen Cola und Club Mate bei 53 Veranstaltungen?

Zu allererst hat das Pilot-Projekt gezeigt, dass es sich lohnt, aus den eigenen Räumen und Bezügen hinauszugehen, die eigene Komfort-Zone zu verlassen und die

Bürger\*innen dort anzusprechen und mit ihnen in einen Austausch auf Augenhöhe zu gehen, wo sie leben und arbeiten. Zuspruch kam noch lange nach den fünf Wochen, v. a. durch viele, die das Pop Up-Lab über die sozialen Medien verfolgten, häufig selbst gar nicht an Maßnahmen dort teilnehmen konnten, aber durch Posts immer „im Film“ gehalten wurden. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Werbemaßnahmen wäre eine Fortentwicklung im Bereich des *Guerilla-Marketings* als auch die Einbeziehung von Influencern nachdenkenswert.

Eine Herausforderung war, die „Ernte“ des Pilot-Projekts einzubringen: Es ging um die DSGVO-konforme Sicherung der Kontaktdaten derjenigen, die erstmals mit dieser Arbeit erreicht wurden. Auch der weitere Ausbau der vielen erstmaligen Kooperationen und die Verstärkung der Einbeziehung von Organisationsstrukturen anderer Institutionen (Vereine, Einrichtungen, Clubs) bedarf der rechtzeitigen Entwicklung einer Strategie – zumal viele dieser Einrichtungen ehrenamtlich geführt werden und nicht immer über zum Beispiel professionelle Verwaltungsstrukturen verfügen. Außerdem galt es, einzelnen Stimmführer\*innen oder Peer-Leadern der vergangenen Maßnahmen die Möglichkeit zu geben, die Anbindung an die Stiftung zu ermöglichen. So wird darüber nachgedacht, dass in Zukunft interessierte Bürger\*innen ihre Projekte und Veranstaltungsideen in einem offenen Wettbewerb bei der *Konrad-Adenauer-Stiftung* „pitchen“, und die besten dann gemeinsam realisiert werden. Hierdurch würde erreicht, dass die Stiftung in starkem Maße inhaltlich in der gesellschaftlichen Diskussion eingebunden bleibt.



Diskussion im Pop Up-Lab in Berlin-Mitte Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die *Konrad-Adenauer-Stiftung* hat die Erfahrungen mit dem Pilot-Projekt zum Anlass genommen, das mehrjäh-

rige Projekt „Gemeinsam.Demokratie.Gestalten“ zu starten ([www.gemeinsam-demokratie-gestalten.de](http://www.gemeinsam-demokratie-gestalten.de)). In dieses Projekt ist viel eingeflossen, was die KAS durch das Pop Up-Lab „Zum Adenauer“ gelernt hat. Mit diesem Projekt will die KAS mittels eines Grassroots-Ansatzes Gespräche mit Bürger\*innen anfachen, andere Meinungen hören und letztlich zum Engagement für unsere Demokratie anregen. Denn: Reden ist der Anfang, Anderen zuhören das Weitermachen, aktiv mitmachen das Dabeibleiben.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zu den Autorinnen



**Eva Majewski**, M.Sc., ist Expertin für Agrarrohstoffe und die Europäische Union im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Zuvor arbeitete die Betriebswirtin mit Studienorten in Berlin, Siena (Italien), Washington, D.C. (USA) und Johannesburg (Südafrika) im Deutschen Bundestag und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Expertise in der Vermittlung politischer Inhalte erwarb sie u. a. als Vorsitzende des Studentenverbandes der Europäischen Volkspartei, European Democrat Students.

[eva.majewski@gmx.de](mailto:eva.majewski@gmx.de)



**Dr. Melanie Piepenschneider** leitet seit 2008 die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) mit 18 Büros in Deutschland. Davor hat sie nach sechs Jahren als Leiterin der Abteilung Europaforschung die Akademie der KAS in Berlin aufgebaut. Sie studierte an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz Politikwissenschaft, Publizistik und Öffentliches Recht und war dort wissenschaftliche Mitarbeiterin und stellv. Forschungsgruppenleiterin.

[Melanie.Piepenschneider@kas.de](mailto:Melanie.Piepenschneider@kas.de)

### Literatur

**Köcher, Renate (2019):** Erosion des Vertrauens. Wie die große Koalition das Vertrauen in die Stabilität zerstörte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.11.2019, S. 10

# Transformative Bildung

## Was bedeutet Transformative Bildung im Kontext sozial-ökologischer Krisen?

**Die Begriffe Transformative Bildung und Transformatives Lernen finden zunehmend Verbreitung. Vielfältige Hoffnungen sind damit verbunden. Da sie jedoch in unterschiedlichen Kontexten verwendet werden ist oft unklar, was darunter verstanden wird. Dieser Artikel versucht, einen Überblick über den Diskurs zu schaffen und skizziert anschließend eine Transformative Bildung im Sinne einer kritischen politischen Bildung zur sozial-ökologischen Transformation.** von Julia Lingenfelder

Seit über einem Jahr streiken tausende Schüler\*innen weltweit jeden Freitag unter dem Motto „Fridays for Future“ für konsequenten Klimaschutz. Ein zentraler Ausgangspunkt ist dabei die Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Wissen und Handeln in Hinblick auf die Klimakrise:

*„Als ich etwa 8 Jahre alt war, hörte ich zum ersten Mal von etwas, das als Klimawandel (...) bezeichnet wird. (...) Mir wurde gesagt, ich solle das Licht ausschalten, um Energie zu sparen und Papier recyceln, um Ressourcen zu sparen. Ich erinnere mich, dass es mir sehr seltsam erschien, dass Menschen (...) in der Lage sein könnten, das Klima der Erde zu verändern. Denn wenn wir dazu fähig wären, dann würden wir über nichts anderes mehr reden. (...) Wenn die Verbrennung fossiler Brennstoffe so übel war, dass sie unsere Existenz bedrohte, wie könnten wir dann einfach weitermachen wie bisher? Warum gab es dann keine Einschränkungen? Warum wurde so ein Handel nicht unter Strafe gestellt? Für mich ergab das keinen Sinn. Es war zu unwirklich.“ (Thunberg 2018)*

Übertragen auf den Kontext der Bildung könnte dies ein Indiz dafür sein, dass Bildungsansätze wie Globales Ler-

nen (GL) und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zwar Erfolge verbuchen können hinsichtlich der Vermittlung von Wissen über die globalen ökologischen Krisen, die angebotenen Handlungsoptionen (wie individuelles Konsumverhalten) jedoch nicht adäquat erscheinen und eine Thematisierung der strukturellen Ursachen und damit gesellschaftlichen Beharrungskräfte zu kurz kommt.

Auch im Feld von GL und BNE werden diese Aspekte und weitere Kritikpunkte diskutiert. In diesem Zusammenhang finden die Begriffe Transformative Bildung und Transformatives Lernen <sup>1</sup> zunehmend Verbreitung. Vielfältige Hoffnungen sind damit verbunden: Transformative Bildung soll auf die Herausforderungen antworten und endlich →

<sup>1</sup> Die Begriffe werden im Diskurs weitgehend synonym verwendet. Dies ist zum Teil Unschärfen in der Übersetzung geschuldet (vgl. Laros/Fuhr/Taylor 2017, S. ix). Der angelsächsische Diskurs um „transformative learning“ wird meist mit „Transformatives Lernen“ übersetzt. Inhaltlich kommen die Theorien jedoch der deutschsprachigen Bildung näher (vgl. Koller 2018, S. 15), für die es keine wörtliche Übersetzung gibt. Ich verwende im Folgenden die Bezeichnung Transformative Bildung, wenn ich vom allgemeinen Diskurs spreche und schließe mich sonst den Selbstbezeichnungen der jeweiligen Theorien an.

ermöglichen, die Lücke zwischen Wissen und Handeln zu schließen. Insbesondere in der Bildungspraxis findet unter diesem Begriff die Suche nach einer politischen Bildung zur sozial-ökologischen Transformation statt. Gleichzeitig taucht er jedoch auch im Feld der Erwachsenenbildung und als Bildungstheorie auf. Dies führt dazu, dass unklar ist, was eigentlich transformiert werden soll: der einzelne Mensch, die Gesellschaft, das Bildungssystem bzw. das Lernen selbst? Dieser Artikel versucht einen Überblick über den Diskurs zu schaffen und skizziert anschließend eine Transformative Bildung im Sinne einer kritischen politischen Bildung zur sozial-ökologischen Transformation.

### Der Diskurs um Transformative Bildung

#### ... im Feld von GL und BNE

Transformative Bildung wird insbesondere im Feld von GL und BNE diskutiert. <sup>2</sup> Diese Ansätze sind zuletzt vermehrt in die Kritik geraten (ausführlicher siehe z. B. Lösch/Eis 2018). Kritisiert wird erstens, dass verschiedene Dimensionen von Nachhaltigkeit unvermittelt nebeneinanderstehen und damit die Widersprüche insbesondere zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und ökonomischem Wachstum dethematisiert werden (vgl. Selby/Kagawa 2011). Kritisiert wird zweitens eine unzureichende Thematisierung von Kolonialismus und dessen Kontinuitäten sowie eine fehlende Auseinandersetzung mit Rassismus und anderen Macht- und Ungleichheitsverhältnissen (vgl. Danielzik 2013). Drittens fokussieren die Handlungsangebote auf individuelles Konsumverhalten und bieten damit entpolitisierte Lösungsansätze an. Den Schüler\*innen wird so aufgebürdet, die gesellschaftlichen Probleme durch individuelle Lebensführung zu lösen, was unausweichlich eine Überforderung darstellt (vgl. Lösch/Eis 2018, S. 49). Aus Perspektive der Bildungspraxis ist viertens Enttäuschung angesichts der geringen Wirksamkeit von BNE und GL entstanden.

#### ... im Kontext einer sozial-ökologischen Transformation

Zeitgleich lassen neue Gesellschaftsanalysen die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer gesellschaftlichen Transformation deutlich werden.

Die Begriffe *Transformationsbildung* und *Transformative Bildung* tauchen in diesem Kontext zunächst im

<sup>2</sup> Da diese Bereiche inzwischen stark zusammengedacht werden (vgl. KMK/BMZ 2016) behandle ich sie hier gemeinsam.

Gutachten mit dem Titel „Große Transformation“ des *Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen* (WBGU) auf. Dieser geht angesichts des Klimawandels von der Notwendigkeit einer vollständigen Dekarbonisierung der Gesellschaft bis 2050 aus und schreibt dabei Bildung einen zentralen Stellenwert zu (vgl. WBGU 2011). Dies wurde im Feld von BNE und GL aufgegriffen, so bspw. von *Mandy Singer-Brodowski* (2016), dem entwicklungspolitischen Dachverband *VENRO* (2014) und *Klaus Seitz* (2017).

## Transformative Bildung soll auf die Herausforderungen antworten und endlich ermöglichen, die Lücke zwischen Wissen und Handeln zu schließen.

Als Ausgangspunkt dient hier die sozialwissenschaftliche Analyse, nach der wir uns derzeit in einer multiplen Krise befinden: Krisen der Ökonomie, der Demokratie, der Reproduktion, der Ökologie etc. sind miteinander verbunden (vgl. Demirovic et al. 2011). Am Beispiel des Klimawandels wird deutlich, dass ein „Weiter-wie-bisher“ zu einer ungebremsten Erderwärmung mit unabsehbaren ökologischen und sozialen Folgen führt (vgl. IPCC 2014). Während einige ihre Hoffnungen auf neue Technologien und marktbasiertere Anreize setzen, weisen *Degrowth-Ansätze* auf den *Rebound-Effekt* hin, durch den z. B. Verbesserungen der Energieeffizienz durch Wirtschaftswachstum oder Leistungssteigerungen wieder zunichtegemacht werden (vgl. Schmelzer/Vetter 2019). Und der Ansatz der gesellschaftlichen Naturverhältnisse kritisiert, dass marktbasiertere Ansätze zu einer weiteren Verschärfung der globalen Ungleichheit durch Inwertsetzung von Natur beitragen (vgl. Köhler/Wissen 2010). Auf der anderen Seite geht ein geringeres Wachstum jedoch zumeist mit sozialen Krisen einher.

Um Krisen wie den Klimawandel aufzuhalten, erscheint daher vielen eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung nötig. Eine solche wird aktuell debattiert unter dem Begriff der Transformation. Damit wird auf die „Große Transformation“ angespielt, mit der *Karl Polanyi* (1978) den Übergang vorkapitalistischer Gesellschaften in den Kapitalismus beschrieben hat. Etymologisch lässt sich Transformation ableiten von „transformare“, d. h. →



Plakat bei einer Demonstration von Fridays For Future in Köln Foto: <https://foto.wuestenigel.com/change-the-system-not-the-climate-sign-at-fridays-for-future>; CC 2.0 Generic (CC BY 2.0) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.de>

umgestalten oder verwandeln. Transformation beschreibt folglich einen spezifischen Typus sozialen Wandels und (in Abgrenzung zu Transition) nicht nur den Wechsel von politischen Regimen, sondern tiefgreifende Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft (vgl. Brie 2014).

**Mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation wird eine bestimmte Richtung skizziert: Er bezeichnet den Übergang vom Kapitalismus zu einer solidarisch gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur.**

Mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation wird eine bestimmte Richtung skizziert: Er bezeichnet den Übergang vom Kapitalismus zu einer solidarisch gerechten Gesellschaft im Einklang mit der Natur (vgl. Brie 2014). Dies basiert auf der Vorstellung, dass Gesellschaft menschengemacht und damit veränderbar ist, sollte jedoch nicht sozialtechnologisch missverstanden werden. Denn nur, wenn Transformation als ein demokratischer Prozess begriffen wird, kann sie emanzipatorisch sein.

Eine solche demokratisch verstandene sozial-ökologische Transformation aber kann nur einhergehen mit politischer Bildung, die Menschen dazu befähigt und ermutigt, diesen Prozess selbst zu gestalten und über Ziele und Wege gemeinsam zu entscheiden.

*... in der Erwachsenenbildung und Bildungstheorie*

Gleichzeitig entstand eine Auseinandersetzung mit Transformativer Bildung im Feld der Erwachsenenbildung und im allgemeinen Bildungsdiskurs. *Hans-Christoph Koller* (2018) entwarf eine Theorie transformatorischer Bildungsprozesse, die – ausgehend von klassischen Bildungsdiskursen – danach fragt, wie Bildung heute gedacht werden kann. Im angelsächsischen Raum der Erwachsenenbildung besteht ein sehr viel älterer Diskurs zu *transformative learning*, der in den 1980er/90er Jahren von *Jack Mezirow* (2000) begründet wurde. Er fragt in seinen Lerntheorien danach, wie Menschen gewohnte Denkschemata in Frage stellen. Der Diskurs umfasst inzwischen jedoch ebenso Theorien im Kontext der ökologischen Krise wie die von *Edmund O’Sullivan* (2002) als auch rassismuskritische Bildungsansätze. Es finden sich dort weiterhin Theorien kritischer politischer Bildung wie von *Stephen Brookfield* (2005) oder die problemformulierende Bildungsarbeit *Paulo Freires* (1973). Aufgrund der inhaltlichen Nähe vieler Ansätze zu deutschsprachigen Konzepten von Bildung entstand ein internationaler Austausch zum Verhältnis von Bildung und *transformative learning* im Feld der Bildungstheorien (vgl. Laros/Fuhr/Taylor 2017)

sowie im Feld der Erwachsenenbildung. *Mandy Singer-Brodowski* (2016) brachte beide zusammen, indem sie versuchte, den Begriff der Transformativen Bildung des WBGU erziehungswissenschaftlich zu unterfüttern und dabei auf den angelsächsischen Theoriediskurs zurückgriff.

### Diskussion

Es zeigt sich also, dass Transformative Bildung zurzeit noch sehr unscharf und zum Teil widersprüchlich diskutiert wird. Zwar verweist der Begriff sprachlich bereits auf eine irgendwie geartete (gesellschaftliche) Transformation, doch einerseits wird er z. B. im Degrowth-Spektrum verwendet, andererseits finden sich Konzepte darunter, die eher an neoliberale grüne Wachstumsökonomien erinnern. So läuft er Gefahr unter dem Deckmantel emanzipatorischer Anliegen ein Instrument des Change Managements neoliberaler Umstrukturierungen zu werden.

## Wenn Transformative Bildung tatsächlich Antwort auf Herausforderungen unserer Zeit, sowie auf Leerstellen in Konzepten von Globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung sein will, dann erfordert sie einen klaren Bezug zu aktuellen gesellschaftstheoretischen Analysen, sowie zu Konzepten kritischer politischer Bildung.

Auch als Antwort auf Kritik an BNE und GL ist die Transformative Bildung bislang zu unbestimmt. Viele diesbezügliche Theorien sind – genau wie BNE und GL – erziehungswissenschaftliche Theorien und fragen vor allem danach, wie Lernen stattfindet. Damit werden Antworten auf die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln in individueller Psychologie gesucht, statt in den Widersprüchen der strukturellen Verhältnisse.

### Transformative Bildung als politische Bildung zur sozial-ökologischen Transformation

Wenn Transformative Bildung tatsächlich Antwort auf Herausforderungen unserer Zeit, sowie auf Leerstellen

in Konzepten von GL und BNE sein will, dann erfordert sie einen klaren Bezug zu aktuellen gesellschaftstheoretischen Analysen, sowie zu Konzepten kritischer politischer Bildung.

Impulse dafür können einerseits aus der außerschulischen Bildungspraxis kommen. Dort wird Transformative Bildung (z. B. vom Konzeptwerk Neue Ökonomie, dem Bildungskollektiv I.L.A., dem Klimakollektiv) diskutiert und mit gesellschaftstheoretischen Konzepten wie Degrowth (vgl. Schmelzer/Vetter 2019), imperialer Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017) und postkolonialen Theorien (vgl. Danielzik 2013) fundiert.

Andererseits können Überlegungen kritischer politische Bildung einbezogen werden. Kritische politische Bildung bezieht sich auf kritische Gesellschaftstheorien und hat den Anspruch, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu analysieren, Konflikte sichtbar zu machen und Lernende zu ermutigen, verändernd in Gesellschaft zu wirken (vgl. Lösch/Thimmel 2010, S. 8).

Eine Transformative Bildung im Sinne einer kritischen politischen Bildung zur sozial-ökologischen Transformation beinhaltet also *erstens* eine *inhaltliche Auseinandersetzung* mit den globalen Krisen. Diese basiert auf kritischen Gesellschaftsanalysen, d. h. sie bezieht neben einer naturwissenschaftlichen auch eine sozialwissenschaftliche Perspektive mit ein und verbleibt nicht auf der Ebene der Symptome, sondern befasst sich mit den strukturellen Ursachen und Folgen. Das beinhaltet zum Beispiel eine kritische Betrachtung von globaler (Ressourcen-)ungleichheit und dem Entwicklungs- und Wachstumsparadigma. Die häufig in ihrer Selbstverständlichkeit unsichtbaren hegemonialen Ideologien – zum Beispiel des Wachstums (vgl. Schmelzer/Vetter 2019), der imperialen Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2017), des gesellschaftlichen Naturverhältnisses (vgl. Köhler/Wissen 2010) oder des Konzepts von „Entwicklung“ (vgl. Danielzik 2013) – werden hinterfragt. Dabei gehen Verstehen und orientierendes Wissen einher mit einer kritischen Reflexion der strukturellen Verhältnisse, sowie einer kritischen Selbstreflexion des eigenen Eingebundenseins in Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Marginalisierte bzw. gegenhegemoniale Perspektiven werden gestärkt, um sie sichtbar und verhandelbar zu machen.

Ein weiterer Aspekt besteht *zweitens* im Aufzeigen von *Handlungsmöglichkeiten, Alternativen* und *Utopien*, sowie der *Ermutigung zum Handeln*. Eine Transformative Bildung kann dazu beitragen, dass Menschen sich selbst ermächtigen, die politischen Angelegenheiten (mit)zu- →



gestalten. Postkoloniale Theorien weisen zu Recht darauf hin, dass die Handlungsfähigkeit nicht einseitig den Menschen im Globalen Norden zugesprochen werden darf (vgl. Danielzik 2013). Wenn wir jedoch davon ausgehen, dass Menschen immer Unterdrückte und Unterdrückende zugleich sind, geht es darum „im Wissen um hybride Positionen den Raum der Handlungsfähigkeit zu erweitern“ (Messerschmidt 2014, S. 4) und in Zeiten von Individualisierung und vermeintlicher Alternativlosigkeit politische und kollektive Handlungsperspektiven aufzuzeigen sowie ein Nachdenken über Utopien und Alternativen anzuregen.



Demonstration von Fridays for Future in Berlin Foto: Tim Lüddemann; [www.flickr.com/photos/timlueddemann/32997254098/sizes/k](http://www.flickr.com/photos/timlueddemann/32997254098/sizes/k), CC-BY-NC-ND 2.0; <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/de>

Und *drittens* beinhaltet eine solche Bildung auch *emanzipatorische und partizipative Formen*. Wenn sie Menschen dazu anregen will, für ihre eigenen Angelegenheiten einzustehen und dabei insbesondere marginalisierte Perspektiven stärken will, geht dies nur partizipativ, interaktiv und inklusiv. Und wenn sie davon ausgeht, dass das derzeitige gesellschaftliche Naturverhältnis auch verbunden ist mit der Trennung von Kultur und Natur, von Geist und Körper, dann sucht sie ganzheitliche Ansätze, die nicht „nur“ die kognitive Dimension des Menschen ansprechen.

Eine Transformative Bildung im Sinne einer kritischen politischen Bildung zur sozial-ökologischen Transformation umfasst drei Ebenen: Eine strukturelle Ebene reflektiert die gesellschaftlichen Verhältnisse, eine individuelle Ebene reflektiert das eigene Eingebundensein in diese und regt eine Transformation des Selbst- und Weltverhältnisses an und eine transformative Ebene regt ein Handeln in die Gesellschaft hinein an, das auf Veränderung und das Entwickeln von Utopien abzielt. Diese Fluchtpunkte gilt es noch weiter

auszuarbeiten und mit Erfahrungen aus der Bildungspraxis zu ergänzen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 1/2020

### Zur Autorin



**Julia Lingenfelder**, M.A. Erziehungswissenschaften, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Politikwissenschaft, Bildungspolitik und politische Bildung an der Universität zu Köln. Dort promoviert sie zum Thema „Transformative Bildung. Konzepte einer politischen Bildung zur sozial-ökologischen Transformation“.

[julia.lingenfelder@uni-koeln.de](mailto:julia.lingenfelder@uni-koeln.de)

### Literatur

- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017):** Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014):** Futuring – Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brookfield, Stephen (2005):** The Power of Critical Theory. Liberating Adult Learning and Teaching. San Francisco, CA: Jossey-Bass
- Danielzik, Chandra-Milena (2013):** Überlegenheitsdenken fällt nicht vom Himmel. Postkoloniale Perspektiven auf Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 1/13, S. 26–33
- Demirovic, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.) (2011):** VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA
- Freire, Paulo (1973):** Pädagogik der Unterdrückten – Bildung als Praxis der Freiheit. Hamburg: Rowohlt
- IPCC (2014):** Climate Change 2014: Synthesis Report. Geneva
- KMK/BMZ (2016):** Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung. Bonn
- Köhler, Bettina / Wissen, Markus (2010):** Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina / Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 217–229
- Koller, Hans-Christoph (2018):** Bildung anders denken. Einführung in die Theorie transformatorischer Bildungsprozesse. Stuttgart: Kohlhammer

**Laros, Anna / Fuhr, Thomas / Taylor, Edward E. (Hrsg.) (2017):** Transformative Learning Meets Bildung: An International Exchange. Rotterdam: Sense Publishers

**Lösch, Bettina / Eis, Andreas (2018):** Kritische Gesellschaftsanalysen und globale politische Bildung. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, 1/2018, S. 43–60

**Lösch, Bettina / Thimmel, Andreas (Hrsg.) (2010):** Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

**Messerschmidt, Astrid (2004):** Postkoloniale Bildungsprozesse – Transformationen Globalen Lernens; Vortrag beim Kongress der Arbeitsgemeinschaft Globales Lernen in Hessen in Wiesbaden-Naurod im Februar 2004 (unveröffentlichtes Manuskript); [www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/link-elements/messerschmidt\\_bildungsprozesse.pdf](http://www.globaleslernen.de/sites/default/files/files/link-elements/messerschmidt_bildungsprozesse.pdf) (Zugriff: 28.08.2019)

**Mezirow, Jack (2000):** Learning to think like an Adult: Core Concepts of Transformation Theory. In: Mezirow, Jack et al. (Eds.): Learning as Transformation. California: Jossey Bass

**O'Sullivan, Edmund (2002):** The project and Vision of Transformative Education. Integral Transformative Learning. In: O'Sullivan, Edmund / Morrell, Amish / O'Connor Mary Ann (Eds.): Expanding the Boundaries of Transformative Learning. Essays on Theory and Practice. New York: Palgrave

**Polanyi, Karl (1978):** The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp

**Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019):** Degrowth / Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius

**Seitz, Klaus (2017):** Transformation als Lernprozess und Bildungsaufgabe. In: Emde, Oliver / Jakubczyk, Uwe / Kappes, Bernd / Overwien, Bernd (Hrsg.): Mit Bildung die Welt verändern? Globales Lernen für eine nachhaltige Entwicklung. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich Verlag

**Selby, David / Kagawa, Fumiyo (2011):** Development education and education for sustainable development: Are they striking a Faustian bargain? In: Policy & Practice: A Development Education Review, 12/2011, pp. 15–31

**Singer-Brodowski, Mandy (2016):** Transformative Bildung durch transformatives Lernen. Zur Notwendigkeit der erziehungswissenschaftlichen Fundierung einer neuen Idee. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP), 1/16, S. 13–17

**Thunberg, Greta (2018):** Ein eindringlicher Appell, schnellstens gegen den Klimawandel vorzugehen, TEDxStockholm; [www.ted.com/talks/greta\\_thunberg\\_the\\_disarming\\_case\\_to\\_act\\_right\\_now\\_on\\_climate\\_change?language=de](http://www.ted.com/talks/greta_thunberg_the_disarming_case_to_act_right_now_on_climate_change?language=de) (Zugriff: 06.01.2020)

**VENRO e. V. (Hrsg.) (2014):** Globales Lernen als transformative Bildung für eine zukunftsfähige Entwicklung. Diskussionspapier zum Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“; [https://venro.org/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Diskussionspapiere/2014-Diskussionspapier\\_Globales\\_Lernen.pdf](https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Diskussionspapiere/2014-Diskussionspapier_Globales_Lernen.pdf) (Zugriff: 07.01.2020)

**WBGU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (Hrsg.) (2011):** Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011. Berlin: WBGU

# Rezensionen

## Marianne Bechhaus-Gerst / Joachim Zeller (Hrsg.): Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit



Berlin 2018  
Metropol Verlag, 579 Seiten

**VON NORBERT TILLMANN** Die aktuelle, öffentliche Debatte um die Bewertung der kolonialen Vergangenheit Deutschlands dreht sich um die Rückgabe von menschlichen Überresten aus den ehemaligen Kolonien, um die Konzeption des Humboldtforums in Berlin und um die Frage nach der Anerkennung des Genozids von 1904 bis 1908 im heutigen Namibia. Diese Aktualität nimmt der vorliegende Band auf, spannt aber einen großen historischen sowie erkenntnistheoretischen Bogen von der kolonialen Vergangenheit hin zu deren gegenwärtigen Auswirkungen.

Deutschland kann nach Ansicht der Herausgeberin/ des Herausgebers nicht auf eine relativ kurze und damit harmlose Kolonialgeschichte verweisen. Auch diese war grausam. Es war „eine Gewaltherrschaft, die durch eine christlich verbrämte imperialistische Philanthropie kaum abgemildert wurde.“ (S. 14)

Mit dem Begriff postkolonial verbinden Bechhaus-Gerst/ Zeller kein chronologisches sondern ein kulturkritisches Verständnis. Die Vorsilbe „post“ soll keine abgeschlossene Epoche ausdrücken. Es geht ihnen sowohl um die Dekolonisierung realer, internationaler Machtverhältnisse, als auch um die Dekolonisierung der Wissens- und Deutungs- hoheit des Westens. Dementsprechend beantworten sie

das Fragezeichen im Titel mit dem Untertitel: Sie verweisen auf die Gegenwart der imperialen Vergangenheit in den gegenwärtigen Verhältnissen. Das Fragezeichen im Titel meint, dass Deutschland faktisch eine postkoloniale Gesellschaft ist, aber dies kaum im öffentlichen Bewusstsein verankert ist.

Unter Verweis auf Jürgen Osterhammel interpretieren Bechhaus-Gerst/Zeller den gegenwärtigen xenophoben Nationalismus nicht als Ausdruck neoimperialer Expansionsgedanken, sondern als Ausdruck postimperialer Abwehrhaltung. Deutschlands gesellschaftliche Mitte, so unter Berufung auf Stephan Lessenich, scheine diesem Abwehrmechanismus zu folgen, indem vor Überfremdung etc. gewarnt wird. Unter den Parolen „Afrika den Afrikanern“ und dementsprechend „Deutschland den Deutschen“ verberge sich ein völkisch rassistisches Gedankengut, so die Herausgeber. Sie widersprechen der Annahme, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, sondern befürworten eine plurale und tolerante Gesellschaft.

Der Band versammelt Beiträge zahlreicher Autor\*innen unterschiedlichster Herkunft. Das erste Kapitel beschäftigt sich mit dem Ende der deutschen Kolonialgesellschaft nach dem ersten Weltkrieg und der These, dass Deutschland keine verhinderte, sondern eine verleugnete Kolonialmacht war. Es folgt im zweiten Kapitel eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Kolonialrevisionismus zwischen den beiden Weltkriegen, der sich auf das scheinbare Recht zur räumlichen Ausdehnung z. B. in Afrika berief und sogar von einer Rückgewinnung der nach dem ersten Weltkrieg verlorenen Kolonien träumte.

Im Kapitel drei erörtern die Autor\*innen die Wirkungen des Kolonialismus bis in die Gegenwart. Aram Ziai sieht neokoloniale Verhältnisse und damit ein Fortbestehen von Machtverhältnissen und Praktiken in der globalisierten Ökonomie.

Im Kapitel vier folgt ein Bogen von der Theoriebildung hin zu praktischen Initiativen zu postkolonialen Themen in der Literatur, in den Medien usw. Monica van der Haagen-Wulff betont, dass es sich beim Postkolonialismus um ein politisches Projekt handelt. Ihr geht es sowohl um die Analyse der imperialen Expansion, als auch um Aufdeckung und Überwindung des eurozentrischen Denkens und Verhaltens. Sie plädiert für einen „Pluriversalismus“, der die

Vielfalt der Menschen und deren vielfältige Erkenntnisgewinne berücksichtigt.

Genau hier sollte eine Geschichtsdidaktik in Schule und außerschulischer Arbeit ansetzen wie dies im Schlussteil dieses umfassenden und detaillierten Sammelwerks deutlich wird. Die Erinnerungskultur in Deutschland ist verständlicherweise auf die Zeit des Nationalsozialismus fokussiert. Hinzu kommen Themen der deutsch-deutschen Geschichte. Hier bedarf es einer Ergänzung des kolonialen Themas. Das historische Denken und damit die politische Bildung, wie es im Beitrag von Bernd-Stefan Grewe heißt, müsse die Unabgeschlossenheit des Kolonialismus, dessen Verständnis als mentaler Struktur und seine Wirkungen auf die europäischen Gesellschaften thematisieren. Entscheidend dabei sei die Überwindung der eurozentrischen Sichtweisen. Gerade beim interkulturellen Lernen in der Migrationsgesellschaft wäre es interessant, die Fragestellung aus dem Titel dieses Sammelwerkes an die Migrant\*innen weiterzugeben: Deutschland postkolonial?

## COMPA / maiz / das kollektiv / Entschieden gegen Rassismus und Diskriminierung (Hrsg.): Pädagogik im globalen postkolonialen Raum

Bildungspotenziale von Dekolonisierung  
und Emanzipation



Weinheim 2018  
BELTZ Juventa, 328 Seiten

VON CATRIN OPHEYS Der Sammelband beschäftigt sich aus der Perspektive von selbstorganisierten Gruppen mit wi-

derständigen Bildungspraxen, die sich aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive gegen Ungleichverteilung und Ungerechtigkeiten stellen. Es werden einerseits praktische Beispiele vorgestellt, historische Bezüge hergestellt sowie theoretische Perspektiven diskutiert. Ausgangspunkt ist, im Sinne einer dekolonialisierenden Perspektive, gegenhegemoniale politische Konzepte und Praxen zu entwerfen, die sich entgegen kolonialer Macht- und Herrschaftsstrukturen positionieren.

Der erste Teil „Widerständige Praxen“ thematisiert Beispiele aus verschiedenen pädagogischen Settings in Bolivien, Brasilien, Österreich und Deutschland. Beispielsweise setzten sich Gandouz-Touati und Arapi in dem Beitrag über den Mädchentreff Bielefeld mit der Bedeutung rassistuskritischer Mädchenarbeit auseinander. Es werden geschützte Räume als Empowermentangebote für Mädchen of color angeboten und durch Mitarbeiter\*innen of color auf der Ebene der Repräsentation, Machtstrukturen innerhalb der Mädchenarbeit reflektiert. Das Projekt „Transcidadania“ behandelt die Rechte von Transbürger\*innen in Brasilien. Garcia u. a. beschreiben, dass Fragen zu Gender und Lebenslagen von LGBTI\* in Brasilien unsichtbar gemacht werden und kein Austausch darüber ermöglicht wird. In einem alternativen Bildungsgebot schreiben sie über die Anerkennung der Transbürger\*innen und ihre Teilhabe an Bildungsprozessen. So hatte das Bildungskonzept politischen Einfluss auf eine heteronormative Perspektive: „Wenn wir darüber nachdenken, welche Erfahrungen das Programm hervorgebracht hat, dann sind es eigentlich viele kleine Maßnahmen, die ins Bildungssystem einsickern und damit einen freien, nicht normativen Unterricht hervorbringen können.“ (S. 115) Diese Beispiele verdeutlichen die grenzüberschreitende pädagogische Perspektive, die Dekolonialisierung und die Verinnerlichung von Herrschafts- und Machtstrukturen zu Ausgangspunkten ihrer Bildungsverständnisse macht.

Im zweiten Teil „Historische Bezüge“ werden widerständige Praxen, die sich dekolonisierend zeigen, in früheren sozialen Bewegungen dargestellt. Dabei geht es um Kollektivierungs- und Empowermentprojekte von verschiedenen Menschen, deren Perspektive oftmals unsichtbar geblieben ist und die um Sichtbarkeit und Akzeptanz kämpfen mussten. Hier entsteht eine Gegenöffentlichkeit, die marginalisierten Perspektiven in den Bildungsansätzen einen Raum gibt. So handelt es sich beispielsweise um die Perspektive der brasilianischen Educação Popular (da Gloria Marcondes Gohn), die Sichtbarkeit antiziganistischer Diskriminierungen (Bollmeyer), die Perspektive eines →

Herero-Aktivistinnen (Kaunatjike/Melter) und die unsichtbar gemachten Perspektiven in der Flüchtlingsarbeit (Schulz-Kaempff/Melter). Beispielhaft berichtet der Herero-Aktivist Israel Kaunatjike über die Wichtigkeit, mit Schüler\*innen und Student\*innen über Kolonialismus und den Völkermord an den Hereros zu sprechen, weil diese Perspektive nicht im Bildungskontexten aufgegriffen wird. Im Weiteren wird die Etablierung der „Ayllu-Schule“ in Bolivien als eine bedeutende Bildungserfahrung und wichtiger politischer Kampf für indigene Bildung und die bolivianische Gesellschaft gesehen (Vera). Die Schule hatte durch ihr umfassendes Bildungskonzept, welches Bildung als „Prozess der Befreiung, sich auf Gemeindeebene zu organisieren, die kulturelle Identität auszuwerten“ (S. 242) sah, eine enorme Bedeutung für die Menschen und die Demokratisierung des gesamten lateinamerikanischen Kontinents hervorgebracht. Insgesamt thematisieren die historischen Bezüge der dargestellten sozialen Bewegungen die Verwobenheit mit aktuellen widerständigen Praxen.

Im letzten Teil „Theoretische Annäherungen“ werden wichtige theoretische Bezüge für eine dekoloniale Pädagogik ausgewählt, die alternative theoretische Wissensbezüge herstellen. So konkretisiert maiz in ihrer „Universität der Ignorant\*innen“: „Unsere Intention ist, Impulse für Verschiebungen zu setzen, Veränderung herbeizuführen und dabei auch uns selbst in Frage zu stellen. Wir wollen Fragen verwerfen und entwerfen, Fragen, die Brüche und Irritationen erzeugen, die Paradoxien, Antagonismen und die Notwendigkeit zum Perspektivwechsel sichtbar machen.“ (S. 320) Diese Aussage verdeutlicht, welche Bedeutung alternative Konzepte haben, die andere Perspektiven einnehmen und kolonialisierenden Blickwinkeln entgegenstehen.

Zusammenfassend und in Hinblick auf die politische Bildung, ermöglicht der Sammelband dekolonialisierende Perspektiven einzunehmen, die widerständige und gegenhegemoniale Bildungspraxen und -konzepte sichtbar machen, um Menschen, die selbst betroffen sind und diskriminiert werden, anzuerkennen und einzubeziehen. So werden unsichtbare Perspektiven durch diesen Sammelband politisch anerkannt und Bildung im Sinne der Transformation einer Gesellschaft als eine widerständige Bildungspraxis hervorgehoben.

## Lukas Boehnke / Malte Thran / Jacob Wunderwald (Hrsg.): Rechtspopulismus im Fokus

Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung



Wiesbaden 2019

Springer VS, 272 Seiten

**VON FRANZ ANGER** Weil man die rechtspopulistischen Auffassungen etlicher Wutbürger nicht aus deren Köpfen bekomme, indem sie als antidemokratische „Defizitphänomene“ diskriminiert werden, bedürfe es einer politischen Bildung, die auf argumentative Ideologiekritik setze. Indem politische Bildung sich nämlich auf die krude Eigenlogik der rechtspopulistischen Ideologie einlasse, um deren immanente Widersprüchlichkeit zu kritisieren, könne das rechtspopulistische Gedankengut destruiert werden, so dass der rechtspopulistischen AfD die Anhänger ausgehen. Zudem sei „die Mündigkeit des Bürgers“ als Kernziel politischer Bildung mittels der dominanten „Defizitperspektive“ nicht zu realisieren, da sie lediglich eine hilflose „Moralisierung“ des Phänomens Rechtspopulismus zeitige. Deshalb müsse „Analysekompetenz“ ermöglicht werden, indem „das Verständnis der Logik des Rechtspopulismus im Allgemeinen und rechtspopulistischer Standpunkte in besonderen Politikfeldern“ (S. 25) zum Bestandteil der politischen Bildung werden. Dergestalt stehe im Zentrum ihrer Bemühungen „ein eigenständig denkendes Individuum, das aufgrund eigener Kenntnisse, Haltungen und Interessen sich als politisches Subjekt zu betätigen vermag“ (ebd.), und zwar auch in der Auseinandersetzung mit der menschenunfreundlichen AfD.

Zu diesen bildungspolitischen Erkenntnissen gelangen die Sozialwissenschaftler Lukas Boehnke und Malte Thran im basalen Aufsatz des Sammelbandes „Rechtspopulismus im Fokus“ (S. 9 ff.), den sie zusammen mit Jacob Wunder-

wald als Herausgeber unlängst den Lehrenden und Studierenden sowie den Praktiker\*innen in der politischen Bildung und der Sozialen Arbeit zum Studium vorgelegt haben, um diese Zielgruppen mit lauter guten Argumenten gegen die AfD zu versorgen.

Um Analysekompetenz mittels argumentativer Ideologiekritik zu befördern, kritisiert Jack Weber in seinem Beitrag (S. 31 ff.) populäre Begründungsversuche des Erfolges der Rechtspopulisten, weil sie die rechtspopulistischen Interpretationen von politischen Problemen nicht in den Fokus stellen. Stattdessen bemängeln sie allerlei Defizite bei den Wählern der Rechtspopulisten: Angst, Unsicherheit, Dummheit, Unzufriedenheit, Verführbarkeit. Die Untauglichkeit dieser Deutungsmuster zeigt der Autor auf, indem er zunächst typische Zitate aus Erklärungsversuchen unterbreitet, zu denen er Fragen stellt, sodann (Gegen-)Thesen formuliert, um danach ein Zwischenfazit zu ziehen. Beispielsweise widerlegt er die gängige Erklärung, Bürger\*innen agierten rechtspopulistisch, weil sie Angst vor Fremden hätten, dergestalt, dass er einen Angstforscher zitiert: Da Ängste auch im primitiven Teil des Gehirns verarbeitet werden, der im Gegensatz zum intelligenten Teil rationalen Argumenten nicht zugänglich sei, könnten Demagogen „primitive Ängste wie Xenophobie leicht auslösen und für sich ausnutzen“ (S. 33). Dass dieser Erklärungsversuch einen argen Widerspruch beinhaltet, moniert Weber in seiner dritten (Gegen-)These: „Wenn bei allen Menschen diese physiologische Festlegung auf rechtes Gedankengut bzw. auf primitive Urängste vorhanden ist, dann ist nicht schlüssig zu erklären, warum die einen den rechten Gedanken fassen und teilen und die anderen, die über dieselben Hirnteile verfügen und auch ‚Urängste‘ in sich tragen sollen, nicht.“ (S. 35) In Anbetracht der Untauglichkeit populärer Deutungsmuster zieht Weber das Fazit, dass man den rechtspopulistischen Wählern die Urteilsfähigkeit nicht absprechen sollte. Vielmehr müsse man zur Kenntnis nehmen, dass sie den rechtspopulistischen Demagogen folgen, weil sie deren politische Ansichten für richtig halten. Die Konsequenz daraus sei, „dass an der argumentativen Auseinandersetzung mit diesen politischen Überzeugungen, mit Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, im Kampf gegen den Rechtsruck kein Weg vorbeiführt.“ (S. 49)

Auf welche Weise die argumentative Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Interpretationen gesellschaftlicher Phänomene geführt werden kann, lässt sich zum Beispiel in Ina Schildbachs Beitrag (S. 73 ff.) studieren, der sich damit befasst, wie AfD-Ideologen systemische

Armut für ihre Agitation instrumentalisieren und was politische Bildung dagegen tun könne. Dabei entfaltet die Autorin eine Kritik an der nationalistischen, aber auch an der staatsfunktionalen Perspektive auf Armut, die in der politischen Bildung vorherrsche. Hingewiesen sei schließlich auf den Aufsatz von Lara Möller (S. 215 ff.), der ein weiteres Highlight des Buches ist, in dem die Autorin das „Interventionspotenzial“ politischer Bildung thematisiert, wodurch auch den Praktiker\*innen in der außerschulischen Bildung geholfen werden könnte.

Dass aber die völkisch-nationalistische AfD gestoppt werden könne, indem lediglich ideologietheoretische Analysekompetenz vermittelt wird, mutet einigermaßen idealistisch an. Deshalb plädiert beispielsweise Klaus Dörre materialistisch dafür, dass die Ideologiekritik ergänzt werden müsse durch eine „inklusive demokratische Klassenpolitik“, in deren Zentrum die Interessenvertretung aller Lohnabhängigen steht (siehe AB 4/2019, S. 69 f.).

## Günter Blamberger / Axel Freimuth / Peter Strohschneider (Hrsg.): Vom Umgang mit Fakten

Antworten aus Natur-, Sozial- und  
Geisteswissenschaften



Paderborn 2018  
Verlag Wilhelm Finck, 228 Seiten

**VON SONGÜL CORA** Als ältestes Anliegen der antiken Philosophie ist die Frage nach der „Wahrheit“ gerade in Zeiten von digitaler Informationsinflation hochaktuell. Digitale Medien fungieren dabei als Sammelsurium für Daten und Informationen, aber auch Meinungen, weshalb eine fundierte Informiertheit immer die Fähigkeit zur Unter- →

scheidung von opportunen Meinungen und begründeten Tatsachen voraussetzt. Doch angesichts der Existenz von Falschmeldungen ist das sich Zurechtfinden in der Gesellschaft mit erheblichen Schwierigkeiten für den Menschen verbunden. Spätestens mit der Debatte um Fake News, wird verstärkt Misstrauen besonders gegenüber Medien und auch Wissenschaften ausgesprochen. Wie kann aber gesellschaftliches Zusammenleben realisiert werden, wenn alles – sogar Wissenschaften und ihre Erkenntnisse – infrage gestellt wird, was das Fundament für eben diese Idee des gesellschaftlichen Zusammenlebens bildet?

Um das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Wissenschaft geht es in diesem Sammelband, der den Gegenstand der Faktizität und ihrer Bedeutung im Zusammenspiel mit Mensch, Wissenschaft und Politik aus verschiedenen Disziplinen, wie z. B. aus der Politikwissenschaft, Soziologie, aber auch der Medienwissenschaft, Klimaforschung und Mathematik beleuchtet. Ohne eine ausschweifende Diskussion über normative Wahrheitsregelungen zu führen, soll vielmehr das Potenzial der Wissenschaft und der Wissenschaftler\*innen als „demokratische Citoyen“ (S. 31) dargestellt werden, die für Entscheidungen innerhalb von agonistisch geführten Gesellschaftsdiskursen als eine Orientierungshilfe fungieren sollen. Um der wissenschaftsnegierenden Haltung entgegenzuwirken, die meist von Populist\*innen eingenommen wird, plädieren u. a. Freimuth und Ziegler in ihrem jeweiligen Beitrag für eine stärkere Sichtbarkeit der Wissenschaft, für die sie selbst verantwortlich ist. Es gilt dabei vorrangig, wissenschaftliche Erkenntnisse für die Gesellschaft kommunizierbar zu machen, d. h. Sprachbarrieren abzubauen, Grenzen der wissenschaftlichen Methodik und Ergebnisse zu vermitteln und somit für temporär gültiges Wissen zu sensibilisieren. Dafür ist es ebenfalls wichtig, Wissenschaft und Forschung mithilfe von Forschungsgeldern staatlich zu unterstützen und diese Investitionen auch für Bürger\*innen mithilfe von „Kosten-Nutzen-Abwägungen“ (S. 52) zu legitimieren. Die Essenz daraus lautet: Die Wissenschaft kann und darf sich nicht von der Gesellschaft und Politik distanzieren. Sie sollte allerdings auch nicht die Rolle der Entscheidungsträgerin in politischen Prozessen einnehmen, denn die Überzeugung von einer Alternativlosigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse wirkt ebenso antipluralistisch auf gesellschaftliche Verhältnisse ein, wie es für antidemokratische Bestrebungen charakteristisch ist.

Der Sammelband liefert eine adäquate Überblicksdarstellung verschiedener Perspektiven bezüglich der Herausforderung der Wissenschaft, der Rolle als Wissens-

vermittlerin gerecht zu werden, und Vertrauen durch Transparenz und realistischer Selbsteinschätzung zur Gesellschaft aufzubauen. Die Bedeutung von empirisch basierten Fakten wird hinsichtlich sozialer Medien deutlich: Falschmeldungen haben mehr denn je Konjunktur. Heutige Informations- und Kommunikationstechnologien begünstigen die rasante Verbreitung von Nachrichten, deren Qualitäts- bzw. „Wahrheitsgehalt“ zunächst zweitrangig ist, wie es bspw. Äußerungen von Klimagegner\*innen und Kreationist\*innen belegen. Daran muss die politische Bildung anknüpfen. Sie muss die politische Kategorie der Medienbildung erkennen und aufgreifen, indem sie den Bedeutungswandel von Wissen als Dogma zu Wissen als Konstrukt in der Praxis diskutiert. Auf dieser Grundlage ist es notwendig, Medieninhalte – sei es von einzelnen Personen oder von Kollektiven, wie die Wissenschaft oder Politik – kritisch zu reflektieren und sich selbst als Einflussfaktor durch die eigene Mediengestaltung wahrzunehmen. Das ist keine leichte Aufgabe: Der kategorische Imperativ des 21. Jahrhunderts, wie ihn Pörksen in seinem Beitrag formuliert, „(g)ebe deinem Publikum (...) jede nur denkbare Möglichkeit, die Qualität der von dir vermittelten Information einzuschätzen!“ (S. 18) erweitert die aufklärerischen Ideale vereinfacht gesagt um den Aspekt der Medienkompetenz nach Baacke. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um die Zustimmung einer kompetenztheoretischen Sichtweise, sondern um die Veranschaulichung der Relevanz einer stärkeren Auseinandersetzung mit „Fake News“ und ihrem politischen Gehalt in Bildungskontexten. Das Buch thematisiert den Stellenwert von Wissen und Fakten in der heutigen Zeit und gibt mithilfe der Darstellung von ausgewählten Fallstudien aus der Forschung Impulse in die aktuelle Diskussion. Auf diese Weise soll der Gefährdung der Demokratie durch Desinformationen, auf die nun auch die politische Bildung stärker reagieren muss, entgegen gewirkt werden.

## Jennifer Schellh h / Jo Reichertz / Volker M. Heins / Armin Flender (Hrsg.): Groerzhlungen des Extremen

Neue Rechte, Populismus, Islamismus,  
War on Terror



Bielefeld 2018  
transcript Verlag, 210 Seiten

**VON KLAUS WALDMANN** Was macht radikale Weltbilder attraktiv? Weshalb finden extremistische Narrative in vielen Milieus gegenwärtig großen Anklang? Wie sollen die Kulturwissenschaften mit den Grenzüberschreitungen und Gewalthandlungen umgehen, die darin nahegelegt und gerechtfertigt werden? Diese Fragen haben das Kulturwissenschaftliche Institut Essen im Winter 2016/2017 veranlasst, eine Veranstaltungsreihe durchzuführen, aus der der vorliegende Band hervorgegangen ist.

In vier Kapiteln beschäftigt sich der Sammelband mit den Narrativen der Neuen Rechten, des Populismus, des Islamismus und des War on Terror. Für jeden dieser Diskurse könnte eine Erzählung identifiziert werden, die als solche erkennbar ist und Zugehörigkeit und Gemeinschaft signalisiert. In Verbindung mit politischen, intellektuellen und religiösen Motiven reduzierten die extremistischen Narrative „die Vielfalt möglicher Weltdeutungen auf nur eine einzige“ (S. 8) in ihre Anhänger überzeugender Weise. Dadurch würde die Welt als Ganzes erschlossen und die jeweiligen Narrative als Gegenbewegung zu einer universalistisch angelegten Rationalität konzipiert.

Im ersten Kapitel wird das Narrativ der Neuen Rechten analysiert. Die Neue Rechte vermeide es, sich auf den Nationalsozialismus zu beziehen und sich explizit rassistischer Argumente zu bedienen. Angelehnt werde sich an die These einer konservativen Revolution (Mohler) mit ihrer Absage an den Universalismus und dem Plädoyer

für einen radikalen Relativismus. Zentral ist das Konzept des Ethnopluralismus, das die Verschiedenheit der Völker zwar nicht negiere, für das aber grundlegend sei, dass alle ein Recht hätten, in ihrer Verschiedenheit als mehr oder weniger homogene Völker mit einer einheitlichen Kultur erhalten zu bleiben. Der Begriff Kultur trete an die Stelle von Rasse und zynisch heiße es, man liebe das Fremde, aber in der Fremde. So werde die vollständige Ablehnung von Zuwanderung begründet und die These vom großen Austausch: Politische und ökonomische Eliten hätten das heimliche Ziel, die eigene Bevölkerung durch Zuwanderung auszutauschen.

Geschichte und aktuelle Wirkmächtigkeit des Populismus steht in Zentrum des nächsten Kapitels. Die Spuren populistischer Strömungen ließen sich in den USA bis in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen. In Europa sei der Populismus als Massenphänomen eine relativ neue Erscheinung. Kritik an einer zu hohen Abgabenlast, Wohlstandschauvinismus, Wut auf politische Eliten, brgerferne Politik werden als Faktoren benannt, die den Populismus in Europa befördert haben. Kennzeichnend im populistischen Diskurs seien Gegensätze zwischen städtischen Zentren und ländlichen Regionen, zwischen „christlichem Abendland“ und Islam, zwischen oben und unten, zwischen Eigenem und Fremdem. Zum Erfolg des Populismus habe die Aufmerksamkeitslogik der Massenmedien beigetragen, die der Logik des Populismus systemisch affin ist. Populisten seien schrille Gestalten, die gerne mit Tabus spielen und Skandale produzieren, sie wecken Emotionen und dramatisieren Zusammenhänge, die sie radikal vereinfachen.

Der dritte Abschnitt des Bandes widmet sich dem Islamismus. In diesen Kontext werden auch Salafismus und Dschihadismus eingeordnet. Wobei auch betont wird, dass diese Strömungen sich in unterschiedliche Varianten ausdifferenziert haben. Gefragt wird nach der religiösen Rechtfertigung des Dschihad und der Islam als eine von Anfang an kämpferische Religion rekonstruiert. Der Dschihad könnte sowohl als bedingungsloser Einsatz für die Sache Gottes, als religiös orientierte Gestaltung des eigenen Lebens, jedoch auch als Kampf gegen die Feinde der Religion verstanden werden. Die Faszination des Islamismus wird auch in der Anfälligkeit der Jugendphase für radikale Positionen begründet. Ihre Anziehungskraft basiere auf einer konsequenten Reduktion von Komplexität, die sich nicht für historische Prozesse interessiere und klare Feindbilder konstruiere. Gleichzeitig provoziere die Hinwendung zum Islamismus durch Askese und durch ideologische Nostalgie. In diesem Kontext spiele ein Medien-Islam eine →



besondere Rolle, der von islamistischen Predigern über das Internet verbreitet wird und eine spezifische Variante des verkündeten Islams darstelle, die nicht mit der Vielfalt des gelebten Islam verwechselt werden dürfe.

Im vierten Kapitel wird die Metapher „War on Terror“ aufgegriffen, die im Anschluss an die Anschläge im September 2001 in New York gebildet worden war. Schließlich habe diese Metapher in das Narrativ vom Krieg gegen den Islam gemündet. Impliziert gewesen seien Fantasien von einer demokratischen Neuordnung der Gesellschaften des Nahen Ostens sowie einer Auslöschung des Terrorismus mitsamt seinen vielfältigen Ursachen.

Der Band bietet vielfältige luzide Analysen zu aktuellen extremistischen Groß Erzählungen. Sicherlich können die Analysen dieses Sammelbandes nicht allen Narrativen in ihrer Differenziertheit gerecht werden. Sie bieten jedoch überwiegend einen sehr guten Einstieg in eine vertiefende Analyse der historischen Entwicklung und aktuellen Relevanz der verschiedenen Narrative. Zudem bieten verschiedene Beiträge einen informativen Einblick in Konstruktionsprozesse wirkmächtiger Erzählungen.

## Heidi Behrens / Norbert Reichling:

### „Ich war ein seltener Fall“

Die deutsch-jüdisch-polnische Geschichte der Leni Zytnicka



Essen 2018  
Klartext Verlag, 240 Seiten

**VON DETMAR DOERING** Man darf sich das Morden der Nazis nicht als eine einfache gradlinig wütende Maschinerie vorstellen. Es evolvierte nicht-linear und ließ immer neuer und unberechenbarer Willkür Raum. Für die Opfer machte dies die Sache noch viel fürchterlicher und unvorstellbarer. Der

Spruch, dass der Tod eines Menschen eine Tragödie, aber der von Millionen bloße Statistik sei, gewinnt hier einen Sinn. Man kann die Grauen des Nationalsozialismus nur verstehen, wenn man auch versteht, was dies alles für ein Einzelschicksal bedeutete und welchen geradezu unerklärlichen Gewalten die Opfer ausgesetzt waren.

Bei der Vermittlung des Themas in Schulunterricht und Erwachsenenbildung sollte man dies stets berücksichtigen. Dass sich als Autor\*innen des Buches „Ich war ein seltener Fall“ zwei Erwachsenenbildner\*innen zusammengesetzt haben, um das Schicksal der Essenerin Helene („Leni“) Zytnicka, geb. Mantwill, zu schildern, ist daher schon von vornherein ein vielversprechender Ansatz.

Das Buch gehört dem Genre der „Oral History“ an, d. h. die Autor\*innen haben Leni Zytnicka, die 2007 im stolzen Alter von 103 Jahren starb, zwischen den Jahren 2000 und 2003 mehrfach lange interviewt und die Gespräche aufgezeichnet. Die langen Interviewpassagen werden durch Überleitungen, Kontextualisierungen, Kommentare und Dokumente ergänzt, sodass sich am Ende ein mehr oder minder kohärentes Narrativ ergibt. Und das ist in der Tat dramatisch.

Die Protagonistin, die aus einer Essener Arbeiterfamilie stammte, heiratete 1926 den polnischen Juden David Zytnicka. So wie sie es schildert, bereitete es zu diesem Zeitpunkt niemandem Probleme, dass sie dadurch die polnische Staatsangehörigkeit übernahm (und die deutsche verlor) und freiwillig für ihren Mann zum Judentum konvertierte und später ihre gemeinsame Tochter auf eine jüdische Schule schickte.

Selbst die Machtergreifung der Nazis 1933 scheint zwar Ängste zu wecken, aber zunächst noch wenig Konsequenzen mit sich zu bringen. Das ändert sich im Herbst 1938 als die Familie plötzlich als „Ostjuden“ nach Polen abgeschoben wird, wo sie in einer von Abgeschobenen überfüllten Kleinstadt untergebracht werden. Neun Monate verbringt die Familie dort, während derer sich David Zytnicka auch bei jüdischen Hilfsorganisationen engagiert. Immerhin sind sie hier zunächst sicher, was sich mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Polen dramatisch ändert.

Inzwischen ist man in Warschau angekommen und der Ehemann wird im Ghetto interniert, wo er bei der jüdischen Selbstverwaltung hilft. Seine Frau nutzt außerhalb, im „arischen“ Teil der Stadt, ihren Status als Deutsche, um Nazifunktionäre zu bestechen, heimlich nach Deutschland zu reisen oder Nahrungsmittel ins Ghetto zu schmuggeln. Ihr Mann kann sich noch vor seiner Verschleppung ins Konzentrationslager verstecken und erlebt noch den Ghet-

toaufstand 1943 und den Warschauer Aufstand 1944. Danach wird Leni Zytnicka als „Arierin“ deutscher Herkunft mit der jüngeren Tochter nach Deutschland evakuiert, während die ältere Tochter als Polin zur Zwangsarbeit abgeordnet wird. Im November 1944 sieht sie dabei ihren Mann das letzte Mal. 1945 wird er für tot erklärt.

Fast ebenso erschütternd ist das Schicksal Leni Zytnickas nach dem Krieg. Ihre Forderungen nach Entschädigung und Wiedereinbürgerung wurden in dieser Zeit von den bundesrepublikanischen Behörden ohne allzu viel Wohlwollen behandelt, geradezu als bürokratisches Spießrutenlaufen. Traumatisierungen machen sich bei ihr bemerkbar. Auch das ein Kapitel der Geschichte, das zu erzählen sich lohnt.

Am Ende steht hier ein Stück Geschichte, das Dinge subjektiv und ohne falsche Distanz beschreibt, aber dafür authentisch und lebensnah herüberkommt. Gerade der Einzel- und vor allem Sonderfall der Leni Zytnicka führt einem nicht nur kaum bekannte Fakten vor Auge (etwa die Verschleppung polnischer Ostjuden im Jahre 1938), sondern zeigt auf eindringliche Weise, wie sehr die verfolgten Menschen unter dem Nationalsozialismus zum Spielball der Machtwillkür wurden. Solche Bücher sollten Pflichtlektüre werden.

## Ingo Juchler (Hrsg.): Politische Ideen und politische Bildung



Wiesbaden 2018  
Springer VS, 166 Seiten

**VON FRIEDRUN ERBEN** Wie steht es um das Verhältnis von politischen Ideen und politischer Bildung? Dieser Frage hat sich die Jahrestagung der Arbeitsgruppe Hermeneutische Politikdidaktik der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) im April 2016 gestellt. Die Ergebnisse dieser Tagung wurden in

dem hier vorliegenden Band zusammengefasst.

Wie die Herkunft der Beiträge nahelegt, geht es um das Feld der *schulischen* politischen Bildung und um die Politikdidaktik. Interessant ist es daher, zu erkunden, was die Fragestellungen und die Erkenntnisse der Wissenschaftler\*innen für das Feld der außerschulischen politischen Bildung austragen, welche Hinweise und Querverbindungen es gibt, die Anknüpfungspunkte für den non-formalen Bereich bieten. Die Überschriften der einzelnen Beiträge machen schon einmal sehr neugierig, geht es doch um Utopien, Utopiekompetenz, Gerechtigkeitsvorstellungen und -theorien, um Freiheit und die Thematisierung von Rassismus in Bildungsprozessen – alles Themen, die im Feld der außerschulischen politischen Bildung ebenso von großer Relevanz sind.

Die Beiträge, die im Folgenden in gebotener Kürze vorgestellt werden, stehen alle für sich und setzen sich mit unterschiedlichen Fragestellungen auseinander. Allen gemein ist, dass sie konkrete Anregungen für das Aufgreifen der Themen im Unterricht geben wollen.

Der erste Beitrag von David Salomon mit dem Titel „Das Utopische“ nimmt den Erfahrungsschatz in den Blick, der aus der Ideengeschichte des Utopischen erwächst. Utopien ermöglichen es, durch Irritation und Überschreitung des Gewohnten den kritischen Blick zu schärfen. Hendrik Schröder stellt in seinem Beitrag zur „Utopiekompetenz“ ein wichtiges Ziel politischer Bildung in den Mittelpunkt. Eine perfekte Welt ist eine Wunschvorstellung, bei der es nicht darum geht, ein bestimmtes Konzept zu realisieren, sondern die Utopie als „regulative Idee“ (S. 18) zu nutzen – zur Reflexion und zur Bewertung von Urteilen und Handeln. Es geht um utopisches, zukunftsorientiertes Denken und um eine daraus erwachsene Fähigkeit zum zukunfts-fähigen Handeln.

Wie in didaktischen Settings mit verschiedenen Gerechtigkeitsvorstellungen umgegangen werden kann, expliziert Karin Schnebel in ihrem Beitrag an konkreten methodischen Beispielen (Werte- und Entwicklungsquadrat). Die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls steht im Mittelpunkt der didaktischen Überlegungen für ein textfreies Unterrichten von Florian Weber-Stein, für den es wichtig ist, dass die Schüler\*innen die politischen Ideen selbst entwickeln, indem sie ihre Erfahrungen ernst nehmen, bzw. diese im didaktischen Prozess ernst genommen werden.

Werner Friedrichs räumt der Freiheit und ihrer Thematisierung in der politischen Bildung einen wichtigen Raum ein. Er beschreibt die Notwendigkeit einer Neuvermessung der Freiheitsidee: „Freiheit muss als Selbstartikulation zu- →

gänglich gemacht werden – nicht zuletzt, um sich gegen populistische Uniformierungen zu wappnen.“ (S. 77)

Wie kann das Thema Rassismus in der politischen Bildung thematisiert werden? Am Beispiel des Romans „Ragtime“ von E. L. Doctorow und dem Bild der amerikanischen Gesellschaft Anfang des 20. Jahrhunderts lädt Ingo Juchler zur Reflexion der politischen Gegenwart ein und stellt die Themen Ungleichheit, Gewalt, Rassismus und Imperialismus in den Mittelpunkt seiner Überlegungen.

Welche Rolle politische Ideen und Theorien in der politischen Bildung spielen und wie es gelingen kann, politisches Denken zu schulen und dadurch die eigene Identität zu stärken, darauf geht Susann Gessner in ihrem Beitrag ein. Nicht die Orientierung an tagesaktuellem Geschehen, sondern der Erwerb eines tiefgehenden Verstehens sollte Ziel politischer Bildung sein. Wie das umgesetzt werden kann, zeigt die Autorin an konkreten Beispielen. Konkrete Unterrichtsmethoden und politikdidaktische Überlegungen stehen auch im Zentrum des Beitrags von Christian Fischer. Anhand einer Fallstudie über die Grenzen der Meinungsfreiheit, die der Autor als Unterrichtsreihe entwickelt hat, möchte er zeigen, wie ein tiefgehendes Reflektieren möglich ist und zu neuen Sichtweisen führen kann.

Waltraut Meints-Stender will in ihrem Beitrag zeigen, welche Bedeutung Montesquieus Buch „Vom Geist der Gesetze“ und seine Überlegungen zur politischen Freiheit und bestmöglichen Regierungsform heute noch haben und „In welcher Weise Montesquieu (...) mit der Unterscheidung zwischen der Natur der Regierung und dem Prinzip des Handelns ‚postdemokratische‘ Zeiten erhellen kann (...)“. (S. 136)

Der abschließende Beitrag widmet sich politischen Ideen im handlungsorientierten Politikunterricht. Carl Deichmann fragt, wie sich ein handlungsorientiertes Vorgehen und die Auseinandersetzung mit politischen Ideen und demokratischen Prinzipien auf das politische Bewusstsein und die demokratische Handlungskompetenz auswirken.

Wie gesagt, sind für alle Autor\*innen der politische Unterricht und die didaktische Aufbereitung der Themen zentral. Dennoch sind die Texte in vielerlei Hinsicht für politische Bildner\*innen im non-formalen Bereich interessant: Es werden konkrete Anregungen gegeben, wie Reflexionen und eigenständiges Denken angeregt werden können – dies alles vor dem Hintergrund ausführlich beschriebener Theorien und Grundlagen. Von daher wird dieser Sammelband für die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen wie z. B. Rassismus und Ungleichheit in Bildungsprozessen empfohlen.

## Thomas Knaus / Dorothee M. Meister / Kristin Narr (Hrsg.): Futurelab Medienpädagogik

### Qualitätsentwicklung – Professionalisierung – Standards



Schriftenreihe: Schriften zur  
Medienpädagogik, Bd. 54  
München 2018  
kopaed Verlag, 250 Seiten

**VON RONJA INHOFF** Der Band „Futurelab Medienpädagogik“ ist das Resultat des 34. Forums Kommunikationskultur im November 2017 in Frankfurt am Main. Dorthin luden der Dach- und Fachverband der deutschsprachigen Medienpädagogik und die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur zur Diskussion über „Standards zur Orientierung und Reflexion“ (S. 9) in der Medienpädagogik ein. Anlass der Tagung war die Beobachtung, dass Mediatisierung und Digitalisierung in jeden Lebensbereich vordringen und dabei Überforderungen hinterlassen. Gesellschaftlich und interdisziplinär steigen die Erwartungen an die medienpädagogische Praxis daher enorm an. „Die“ Medienpädagogik versucht den Erwartungen gerecht zu werden, muss aber gleichzeitig Ansätze finden, damit die Professionalisierung nicht konzeptlos verläuft, wozu die Herausgebenden einen Beitrag leisten wollen.

Im Sammelband finden sich 16 Artikel, aufgeteilt auf drei Kapitel: 1. Konzeptionelle Zugänge, 2. Zugänge zur Handlungspraxis und 3. International Contributions. Mit dem Buch soll eine Bandbreite an medienpädagogischen Berufs- und Tätigkeitsfeldern angesprochen werden, was sich in der vielfältigen Auswahl an Verfasser\*innen der Artikel zeigt. Für die Rezension habe ich mich auf die Beiträge konzentriert, die meiner Tätigkeit in der Jugendbildung entsprechend Sinn machen.

Das erste Kapitel leiten die Herausgebenden durch „14 Thesen aus medienpädagogischer Sicht“ ein. Die Thesen

bieten einen Überblick über das Themenfeld und einen ersten Ansatz zur IST-Stand-Analyse.

Im Beitrag „Under Digital Fire“ spricht sich Horst Niesyto für eine Medienpädagogik aus, die einen „aktiv-produktiven, kritischen und sozial-verantwortlichen Umgang mit Medien“ (S. 59) fördert. Er führt aus, dass der „digitale“ Kapitalismus als übergreifende Herausforderung für pädagogische Handlungsfelder angesehen werden muss. Medienbildung muss einen herrschaftskritischen Diskurs anregen, um so Menschen darin zu stärken, Druck auf Politik und Internetwirtschaft auszuüben. Eine ähnliche Richtung schlagen Harald Gapski, Monika Oberle und Walter Staufer mit ihrem Artikel „Medienkompetenz als Demokratiekompetenz“ ein. In diesem stellen sie fest, dass Mediatisierung neue Handlungsräume zur Partizipation oder zur Teilumsetzung von Inklusion eröffne, jedoch sich auch neue Anforderungen an die Nutzer\*innen ergeben, aus denen sich wiederum ein politischer Handlungsbedarf und auch ein Auftrag an Politik ableiten lassen.

Andreas Büsch untersucht im Artikel „Neue Werte braucht das Land?!“, warum Wertebildung und Haltungen für medienpädagogische Konzepte unumgänglich sind. Nach Büsch braucht es „ein neues Wertebewusstsein, das die ‚analoge‘ Werte auf Digitalisierung hin und in der Kommunikation *durch* und *über* digitale Medien neu übersetzt und anwendet“ (S. 90). Der Pädagogik empfiehlt Büsch eine kritische medienoptimistische Haltung einzunehmen, statt Medienbildung *laisse faire* oder kulturpesimistisch anzugehen, da das Unterlassen sogar kontraproduktiv wäre.

Im Artikel „Wie verändert die zunehmende Zusammenarbeit mit Schule die außerschulische Medienpädagogik?“ (2. Kapitel) wollen Guido Bröckling und Niels Brügger aufzeigen, was durch die Zusammenarbeit zwischen den Akteur\*innen möglich ist. Grundlage bilden die rezipierten Ergebnisse der Studie „Bildungspartnerschaften zwischen Schule und außerschulischen Akteuren der Medienbildung“, in der es um Konstellationen, Rollenverteilung, Herausforderungen und Wünsche an die Zusammenarbeit geht. In dem Artikel wird bestätigt, was schon vielen politischen Bildner\*innen vorher klar war: Schule kann von außerschulischer Bildung profitieren, für die Zusammenarbeit sind jedoch unterstützende Strukturen notwendig.

Im dritten Kapitel „International Contributions“ wird die internationale Dimension des Titelthemas sinnvollerweise einbezogen. Einziger wirklicher internationaler Beitrag ist allerdings der von Rene Hobbs. Sie verweist in „How Digital Media Alter Concepts of Authority and Expertise“ in

Zeiten von absichtlicher Desinformation auf die Notwendigkeit des Anspruchs, Menschen zum kritischen und analytischen Denken zu befähigen. Das Thesenpapier findet sich hier in englischer Übersetzung wieder und auch Ida Göttingers Plädoyer für einen internationalen Austausch, der auch in Kapitel 2 erschien, wurde für die internationale Diskussion übersetzt.

Pädagog\*innen werden wahrscheinlich immer mehr als einen Artikel in diesem Band als bereichernd empfinden. Allein das erste Kapitel ist eine gute Grundlage zur Reflexion der eigenen medienpädagogischen Ansätze und Standards. Ein wichtiger gemeinsamer Nenner im Sammelband ist, dass die Medienpädagogik kritisch-reflexiv arbeiten und „bilden“ muss, um einer ökonomisch-funktionalen Kompetenzvermittlung des digitalisierten Kapitalismus nicht ungewollt zu folgen.

# AdB Aktuell

## Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung

AdB-Jubiläumskongress zum Jahresthema 2020



Professor Dr. Wolfgang Merkel, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, bei seinem Vortrag Foto: AdB

Am 26. und 27. November 2019 fand in der Akademie für politische Bildung in Tutzing die diesjährige Fachtagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) zum Thema „Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung“ statt. Diese Tagung, die in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung durchgeführt wurde, war ein Höhepunkt des 60jährigen Jubiläumsjahrs und gleichzeitig Auftakt für die Aktivitäten zum AdB-Jahresthema 2020.

Ulrich Ballhausen eröffnete als amtierender AdB-Vorsitzender den Jubiläumskongress. Er begrüßte die 70 Teilnehmenden, die der Einladung trotz des abstrakten, sehr ambitionierten Themas gefolgt waren. Er hob hervor, wie wichtig es sei, dass sich die politische Bildung in der Weltgesellschaft verorte und sich mit diesem großen Thema beschäftige. Politische Bildung müsse angesichts der globalen Entwicklungen neue Kooperationen eingehen, selbstbewusst und selbstbestimmt agieren und sich gegen Angriffe zu Wehr setzen. Politische Bildung müsse politischer werden und sich als politischer Akteur verstehen.

Ebenso begrüßte Frau Professorin Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, die Anwesenden. Sie erinnerte an den Gründungsort des AdB, an den er nun zu diesem Jubiläumskongress zurückgekehrt

ist. Die Akademie verstehe sich als Ort des übergreifenden Austauschs und erfülle damit das, was Ulrich Ballhausen in seiner Begrüßung für die politische Bildung einforderte.

Mit dem ersten Vortrag zum Thema „Transformationen. Die neue Zerbrechlichkeit der Demokratie“, gab Professor Dr. Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung einen fundierten Einblick in die jüngere weltweite Entwicklung der Demokratie aus vergleichender Perspektive. Deutlich wurde, dass die Qualität der Demokratien heute zwar signifikant höher ist als in den 50er bis 70er Jahren, diese aber verwundbarer und fragiler geworden sind. Gründe dafür sind z. B. die Globalisierung der Märkte und die Individualisierung der Gesellschaft, die unerfüllten Versprechen der Demokratie und der Rückgang des Vertrauens in die politischen Eliten. Auch der Vertrauensverlust in die zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie (Parteien, Parlamente, Regierungen), der unaufhaltsame Abstieg der Volksparteien und die Fragmentierung und Polarisierung des Parteiensystems sind zu nennen. Sozioökonomische Ungleichheit führt zu politischer Ungleichheit, d. h. die Wahlbeteiligung nimmt ab und die soziale Selektivität nimmt zu – auch durch neuere (digitale) Partizipationsformen, die fast nur von den Mittelschichten wahrgenommen werden. Eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie bestehe darin, so der Referent, dass das untere Drittel der Gesellschaft aus der politischen Partizipation ausgestiegen sei. Werden Demokratien durch eine populistische Regierung in Gefahr gebracht, bedeute das aber nicht, dass auch die Demokratiezufriedenheit der Bevölkerung sinke.

Herausforderungen, die durch Transformationen sichtbar werden, sind z. B. die zunehmende Heterogenität, soziale Ungleichheit, Europäische Integration, der Klimawandel sowie die Entparlamentarisierung. Insbesondere die Klimakrise und die globale Erderwärmung müssen als Zukunftsprobleme benannt werden, die angesichts der Schwäche der Demokratien bei Zukunftsentscheidungen nicht kleiner werden. Hier ist das Zusammenspiel der Länder von herausragender Bedeutung.

Die Aufgabe der politischen Bildung, so der Referent, liege in einer zerbrechlicher werdenden Demokratie darin, alle Menschen in die Diskurse einzubeziehen, die Komplexität großer Themen zu reduzieren und gemeinsam ganz konkrete, realistische Schritte zu entwickeln.

Die Gesprächsrunde zum Thema „Transformationen – ein globales Megathema“ mit Eva Feldmann-Wojtachnia, Centrum für angewandte Politikforschung, Matylida Bobnis, Fridays for Future-Aktivistin, und Professorin Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung, griff diese Gedanken auf und versuchte – begleitet von der Moderation durch Ferdos Forudastan, Süddeutsche Zeitung – den Begriff der Transformation noch einmal besser zu fassen: Was bedeutet Transformation? Ist das ein hilfreicher Begriff? Transformation steht als unbestimmter Begriff für „unbestimmte“ Phänomene, für politische und technische Entwicklungen, die zum Teil parallel und nicht linear verlaufen und existenzielle Einschnitte – sowohl positiv als auch negativ – nach sich ziehen können.

Auch in dieser Runde wurde deutlich, dass die Akteure politischer Bildung gefragt sind, dass sie Wissen erwerben und Netzwerke bilden müssen, um der Komplexität der Herausforderungen Herr werden zu können. Ein gutes Beispiel dafür, wie das gelingen kann, ist die Fridays for Future-Bewegung, in der sich vor allem junge Menschen, aber auch Vertreter\*innen der älteren Generationen zusammengeschlossen haben und durch ihr Engagement die Klimakrise sowohl in der politischen Agenda als auch in den Diskursen viel weiter nach vorn gerückt haben. Das von Professor Merkel geforderte Konkret-Werden haben die Fridays for Future-Aktivist\*innen in ihrem 32 Punkte umfassenden Forderungskatalog umgesetzt.

Der zweite Tag des Fachkongresses stand ganz unter der Frage, welche Rolle der politischen Bildung in diesem Prozess zukommt: Wie muss sich die politische Bildung aufstellen, um den Herausforderungen gerecht zu werden und auf globale Entwicklungen zu reagieren? Können wir so weitermachen, wie bisher? Wie soll politische Bildung und sollen unsere Bildungsorte in Zukunft aussehen?

Eingeführt wurde dieser Tag durch einen Vortrag von Professorin Ursula Münch zum Thema „Wenn sich alles verändert: Die Zukunft der politischen Bildung in Zeiten der Transformationen“. Vor dem Hintergrund der Verunsicherung über die Leistungsfähigkeit der Demokratie

angesichts der Transformationen und Kennzeichen autoritärer Regime im Unterschied zu „offenen Gesellschaften“ explizierte sie Folge-Herausforderungen für die politische Bildung: eine zunehmende Spezialisierung, die Komplexität politischer Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse, Schnelligkeit der Transformationen vs. Langsamkeit von Prozessen in rechtsstaatlicher Demokratie, Gesetzmäßigkeiten digitaler Kommunikation, eine weitere Entparlamentarisierung, ein Bedeutungszuwachs von externen Beratern und eine dadurch entstehende Intransparenz. Aber auch der Bedeutungsverlust bisheriger „Leitplanken“ durch den Bedeutungsanstieg von Identitätsfragen, eine nachlassende Bindung an gesellschaftliche Organisationen oder eine zunehmende Individualisierung sind (als Beispiele) zu nennen.

Aufgaben, die sich daraus für die politische Bildung ergeben sind u. a.:

- die Thematisierung der gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ethischen Aspekte der Digitalen Transformation;
- die Befähigung zum Umgang mit digitalen Medien, Mediengestaltung und Vermittlung von medienkritischem Denken;
- die Befähigung zur kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie den Folgen der Digitalen Transformation;
- ein Ausgleich für die nachlassende Bedeutung von „Leitplanken“ schaffen;
- Grundverständnis für Pluralismus wecken;
- Verfahren der Bürgerbeteiligung begleiten;
- „algorithmisches Grundverständnis“ vermitteln.

Die zentralen Themen Digitalisierung, inklusive politische Bildung, politische Bildung mit Haltung sowie globale Entwicklungsziele wurden in vier *Ideenwerkstätten zur Neuvermessung der politischen Bildung* aufgegriffen. Die Rolle, die Angebote und Formate sowie das Selbstverständnis und die gesellschaftliche Funktion der politischen Bildung wurden angesichts aktueller globaler Entwicklungen kritisch reflektiert und es wurden konkrete Handlungsschritte entwickelt.

„Transformationen. Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung“ – auch wenn →

das Thema hoch ambitioniert war, hat sich am Ende der Tagung bestätigt, dass es gut und richtig gewählt war. Die neue Qualität der globalen Entwicklungen – Digitalisierung, Migration, Klimawandel u. a. – liegt in ihrer Gleichzeitigkeit und in der Radikalität ihres Veränderungspotenzials. Das kann und wird nicht ohne Auswirkungen auf die politische Bildung bleiben. Die Transformationen sind

Treiber, „alte“ Fragen neu zu stellen. Jetzt sind die Akteure der politischen Bildung gefragt, auf die „alten“ Fragen neue Antworten zu geben. Die Tagung hat gezeigt, dass sie das können.

In der Mitgliederversammlung, die sich an den Jubiläumskongress anschloss, wurde die Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2020 verabschiedet:

## AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2020

### Transformationen: Globale Entwicklungen und die Neuvermessung der politischen Bildung

Politische Bildung unterstützt Menschen dabei, soziale, gesellschaftliche, ökonomische, kulturelle und politische Prozesse und Strukturen zu verstehen. Sie fördert Kritik- und Urteilsfähigkeit und sie motiviert und befähigt, diese Entwicklungen mitzugestalten, zu verändern oder auch zu sichern. Dabei greift sie immer auch Wandlungs- und Modernisierungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene auf und thematisiert diese als Herausforderung in ihren Angeboten und Formaten.

#### Neue Fragestellungen

Aktuell haben wir es mit Wandlungsprozessen zu tun, die die Welt in den letzten Jahren sehr schnell tiefgreifend verändert haben. Technische, ökologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklungen haben bereits zu einer grundlegenden Veränderung unserer Denk-, Lebens- und Arbeitsweisen geführt. Keine dieser Entwicklungen kann mehr isoliert betrachtet werden. Das bedeutet z. B., dass der Klimaschutz nicht mehr allein als Umweltthema verstanden werden kann, oder dass die Digitalisierung nicht allein als technische Herausforderung zu betrachten ist.

Diese miteinander verbundenen Entwicklungen haben Fragen aufgeworfen, die die Profession der politischen Bildung unmittelbar betreffen: Was bedeutet es, wenn die Veränderungsprozesse und Herausforderungen eine ungeahnte globale Dynamik und Beschleunigung

erfahren und neue Ausgrenzungsprozesse hervorrufen oder vorhandene verstärken? Was bedeutet es, wenn die Grundlagen der Demokratie selbst in Frage gestellt werden und bisher eingeübte demokratische Mitgestaltungsmöglichkeiten an Bedeutung verlieren oder sich an anderen Orten und in anderen Formen vollziehen? Und was bedeutet der zunehmende Rückgriff auf überwunden gedachte Gesellschafts- und Politikvorstellungen auf nationaler und internationaler Ebene und eine damit verbundene Infragestellung internationaler Verständigungs- und Konfliktlösungssysteme für die politische Bildung?

#### Globale Entwicklungen

Es bedeutet, dass die politische Bildung im Hinblick auf ihr Selbstverständnis und ihre Praxis herausgefordert ist, eine Neuvermessung ihres Standortes und ihres Aufgabenfeldes vorzunehmen, Grenzen neu auszuloten und im Hinblick auf die Chancen, die den Entwicklungen auch innewohnen, ihre gesellschaftspolitische Gestaltungskraft besser zu nutzen.

Für diese Neuvermessung der politischen Bildung sind aus fachlicher Perspektive einige der globalen Entwicklungen und ihre gesellschaftlichen und individuellen Auswirkungen von zentraler Bedeutung: die Klimakrise, die Zerstörung von Lebensgrundlagen, der technologische Fortschritt und die Digitalisierung. Dazu

zählen auch die Veränderungen der globalen politischen Ordnung bzw. Machtverhältnisse, die globalen Migrationsbewegungen und die Zunahme von sozialen, gesellschaftlichen und politischen Exklusionsprozessen.

In besonderer Weise fordern *die* Entwicklungen die Träger und Akteur\*innen heraus bzw. stellen deren Existenz infrage, die auf den Kern politischer Bildungsziele. Dazu gehören die zunehmende Verunsicherung weiter Teile der Bevölkerung, Angriffe auf die Demokratie zum Beispiel durch Destabilisierungsversuche, die Infragestellung der Grund- und Menschenrechte und Re-Nationalisierungsprozesse verbunden mit einem zunehmenden demokratiegefährdenden Populismus.

### Aufgabe der politischen Bildung im Kontext einer Neuvermessung

Auch wenn nationale und globale Entwicklungen immer schon Themen der politischen Bildung sind, erfordert die neue Qualität der Veränderungen neue Antworten. In diesem Sinne gehören zur Neuvermessung der politischen Bildung folgende Aufgaben:

- die politische Bildung als **Bildung in der Weltgesellschaft** weiterzuentwickeln und sowohl die Gefahren als auch die Chancen der Veränderungsprozesse zum Inhalt politischer Bildung zu machen;
- **Angebote politischer Bildung auszubauen**, damit Menschen und Regionen nicht abgehängt werden und der Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse verwirklicht wird;
- **neue Kooperationen** einzugehen, insbesondere mit demokratisch orientierten neuen (sozialen) Bewegungen;
- das **Augenmerk auf die Klimakrise** als *die* globale Krise dieser Zeit zu richten;
- die behauptete Pflicht zur Neutralität zurückzuweisen und den **fachlichen Diskurs der Profession selbstbestimmt und selbstbewusst zu gestalten**;
- **Solidarität zu üben und Widerständigkeit zu zeigen** gegenüber rassistischen und diskriminierenden Anfeindungen von Trägern der politischen Bildung, die das Ziel haben, zivilgesellschaftliche Akteure zu diskreditieren;
- **die Zugänge zur politischen Bildung inklusiv zu gestalten** mit dem Ziel, politische Bildungsangebote für alle zu schaffen, um Teilhabe zu ermöglichen und Demokratie zu stärken;

- **sich stärker** in andere Arbeitsfelder wie die Soziale Arbeit, die offene Jugendarbeit, die Familienbildung u. a. **einzubringen** und die dort vorhandenen Kompetenzen, Erfahrungen und Zugänge zu nutzen;
- **politischer zu werden** und sich selbst als politischer Akteur/ als politische Akteurin zu begreifen;
- mit **neuen (Arbeits)Formen** auf die globalen Entwicklungen, insbesondere auch auf die Digitalisierung, zu reagieren.

### Forderungen an Politik und Gesellschaft

Wenn die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung in die Lage versetzt werden sollen, diese Neuvermessung aktiv anzugehen, bedürfen sie einer intensivierte Unterstützung durch die Politik. Dazu gehört es vor allem, den Trägern und Einrichtungen größere Gestaltungsräume zur Verfügung stellen, um Potenziale entfalten zu können, fachliche Weiterentwicklung zu ermöglichen und strukturellen Aufbau zu unterstützen. Die finanzielle Absicherung muss die Regelarbeit fördern und zugleich die Erprobung von Neuem zulassen. Eine Engführung von Förderprogrammen in Bezug auf Zielgruppen und Themensetzungen ist dabei nicht hilfreich.

Insbesondere erwarten wir aber von Politik und Gesellschaft, dass die Notwendigkeit und Bedeutung politischer Bildung anerkannt wird. Wir erwarten, dass der zunehmenden Infragestellung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung entschieden entgegengetreten wird. Abzulehnen und abzuwehren sind rechtspopulistische Angriffe ebenso wie die Infragestellung des Bildungsbegriffs durch Finanzverwaltungen oder die Reduktion politischer Bildung ausschließlich auf Demokratiebildung oder Extremismusprävention.

Der AdB verbindet mit seinem Jahresthema 2020 die Anliegen, Anregungen für die Bildungspraxis in den Mitgliedseinrichtungen zu geben, eine Intensivierung des Fachdiskurses innerhalb und außerhalb des AdB anzuregen und die Einladung an Politik und Öffentlichkeit auszusprechen, über politische Bildung in einen Dialog zu treten.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung des AdB am 27.11.2019 in Tutzing



## AdB-Mitgliederversammlung wählt neuen Vorstand

Boris Brokmeier wird zum Vorsitzenden des AdB gewählt



Mitglieder des Vorstands (v.li.n.re.): Anne Dwertmann, Christine Reich, Roland Wylezol, Nina Pauseback, Patrick Siegele, Karin Pritzel, und Boris Brokmeier; nicht im Bild: Martin Kaiser Foto: AdB

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB), die im Anschluss an die Fachtagung vom 27. bis 28. November 2019 ebenfalls in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattfand, hat einen neuen Vorstand gewählt: Boris Brokmeier, Geschäftsführer von Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., wurde mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden des Vorstands gewählt. Er löst damit Ulrich Ballhausen, Weimar-Jena-Akademie Verein für Bildung e. V., ab, der nach seiner langjährigen Mitarbeit im Vorstand – seit 2012 als Vorsitzender – nicht mehr zur Wahl stand. Die Mitglieder danken dem scheidenden Vorsitzenden für sein großes Engagement!

Neue stellvertretende Vorsitzende ist Karin Pritzel, Geschäftsführerin des Herbert-Wehner-Bildungswerks e. V. in Dresden. Sie arbeitet seit 2017 im Vorstand mit und löst nun in ihrer neuen Funktion Nina Pauseback, Pädagogische Leiterin der Jakob-Kaiser-Stiftung e. V., ab, die dem Vorstand aber weiterhin als Mitglied erhalten bleibt.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Anne Dwertmann, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH, Patrick Siegele, Direktor des Anne Frank Zentrums e. V., und Roland Wylezol, Leiter der Jugendbildungsstätte Kaubstraße / Alte Feuerwache e. V. Als weitere Mitglieder im Vorstand wurden zudem Christine Reich, Geschäftsführerin der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein und Martin Kaiser, Leiter des Gustav-Stresemann-Instituts in Niedersachsen, bestätigt.

Nach vielen Jahren der Mitarbeit im Vorstand standen Birgit Weidemann, HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, sowie Albert Fußmann, ehemaliger Leiter des Instituts für Jugendarbeit Gauting, nicht noch einmal zur Wahl.

Der Vorstand hat sich vorgenommen, den begonnenen Verbandsentwicklungsprozess fortzusetzen, die Öffnung des AdB für neue Organisationen voranzutreiben und sich in die aktuellen jugendpolitischen Diskurse aktiv einzubringen.

## Verbandsentwicklungsprozess trägt Früchte

AdB-Mitgliederversammlung beschließt die Aufnahme fünf neuer Mitglieder



AdB-Mitgliederversammlung beschließt die Aufnahme fünf neuer Mitglieder Foto: AdB

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. hat bereits 2018 einen Verbandsentwicklungsprozess angestoßen, dessen Ziel es u. a. ist, neue Mitglieder für die Mitarbeit im AdB zu gewinnen.

Zur Mitgliederversammlung hatten folgende Organisationen einen Antrag auf Aufnahme in den Verband gestellt, die alle einstimmig von der Mitgliederversammlung angenommen wurden:

### *cultures interactive e. V.*

cultures interactive e. V. (CI) ist ein bundesweit und international tätiger Fachträger zur Rechtsextremismusprävention und menschenrechtsorientierten Jugendkulturarbeit. CI ist einer von fünf Trägern des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention. Zuständig für das Feld der Jugend(sozial)arbeit, bietet CI Beratung, Fachaus-tausch, Fortbildung und Transfer von pädagogischer Praxis bundesweit an. In Modellprojekten entwickelt CI zudem Ansätze, um Diskriminierung, Intoleranz und Menschenfeindlichkeit zu begegnen. Die Bildungsformate verbinden Jugendkultur- und Medienpraxis mit politischer und sozialer Bildung, holen Jugendliche in ihren Lebenswelten und Interessen ab und stärken sie in ihrer Persönlichkeitsentwicklung. CI arbeitet aufsuchend: Mit kleinen und großen Teams tourt CI in die verschiedensten Regionen und bietet Projekt-tage, Workshops, Intensiv-Trainings und regelmäßig stattfindende Gesprächsgruppen an Schulen und in Jugendeinrichtungen an. In praxisorientierten Fortbildungen und Train-the-trainer-Qualifizierungen werden Ansätze

und themenspezifisches Hintergrundwissen vermittelt und Handlungskompetenzen gestärkt.

<http://cultures-interactive.de>



### *Europäische Jugendbildungsstätte Magdeburg/ Bildungsnetzwerk Magdeburg gGmbH*

Die Europäische Jugendbildungsstätte Magdeburg (EJBM) vereint Konzepte der internationalen außerschulischen Jugendbildung mit der Mobilitätsberatung junger Menschen. Die EJBM organisiert und leitet (internationale) Seminare, Workshops, Jugendbegegnungen und Fachveranstaltungen, insbesondere mit dem Schwerpunkt der politischen Grund- und Europa-Bildung. In der Mobilitätsberatung werden Wege aufgezeigt, pädagogisch begleitet ins Ausland zu gehen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Die EJBM bezieht ihren Jugendbeirat in die Arbeit ein und versucht durch neue und innovative Konzepte mehr Jugendliche für den internationalen Austausch zu begeistern. Die EJBM ist ebenfalls Mehrgenerationenhaus, Ausbildungsstätte und Einsatzstelle im Europäischen Solidaritätskorps und Service Civique International. Ab 2020 ist die Jugendbildungsstätte einziger Infopunkt des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) in Sachsen-Anhalt. Durch die Mitarbeit in mehreren langfristigen internationalen Partnerschaften verstetigen sie ihren Schwerpunkt „Europa“ und steigern die Qualität der Angebote.

[www.bildungsnetzwerk-magdeburg.de](http://www.bildungsnetzwerk-magdeburg.de)



### *Lernort Stadion e. V.*

Das Ziel des Lernorts Stadion ist es, politische Bildung ins Fußballstadion zu bringen und Jugendlichen mithilfe der vielen Facetten des Fußballs politisches Wissen zu vermitteln und sie darin zu bestärken, aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben. In den bundesweit 20 Lernzentren entwickeln →

junge Menschen anhand unserer Bildungsangebote ein Bewusstsein für demokratische Werte und erleben, dass ihre Meinung gefragt ist und dass es sich lohnt, engagiert und wortgewandt statt mut- und sprachlos zu sein. Die jugendlichen Teilnehmer\*innen beschäftigen sich mit unterschiedlichen Themen wie Diskriminierung, Fairplay, Gewalt- und Konfliktprevention. Seit 2009 haben mehr als 60.000 Jugendliche von der Idee profitiert. Der Lernort Stadion e.V. fördert und vernetzt die Arbeit der Standorte und setzt innovative Projekte im Bereich der außerschulischen Bildung um. Lernort Stadion berät seine Mitglieder, organisiert Weiterbildungs- und Netzwerkveranstaltungen und entwickelt Konzepte, Materialien sowie Unterrichtshilfen für die Praxis.

[www.lernort-stadion.de](http://www.lernort-stadion.de)



**Lernort Stadion e.V.**

#### *NaturKultur e. V.*

NaturKultur e. V. wurde 2011 durch eine ehemalige EVS Freiwillige mit dem Ziel gegründet, Erasmus+ Projekte für Jugendliche in Norddeutschland zu organisieren. Die Organisation möchte jungen Menschen im Alter von 13–30 Jahren alternative Lernmöglichkeiten innerhalb lokaler und europaweiter Projekte bieten. Dafür organisiert NaturKultur jährlich 10–12 Erasmus+ Jugendbegegnungen und Weiterbildungen für Fachkräfte in der Jugendarbeit in Deutschland und sendet zudem Jugendliche auf 20–25 Projekte im Ausland. NaturKultur veranstaltet Workshops in Bremen und unterstützt Jugendliche und Organisationen, die lokale Initiativen innerhalb des Europäischen Solidaritätskorps (ESK) organisieren wollen. Außerdem sind sie die koordinierende Organisation für 13 ESK Freiwillige in Bremen. 2019 sandte NaturKultur 7 ESK Freiwillige ins Ausland. Die Methoden in der politischen Bildung basieren auf erfahrungsbasiertem und non-formalem Lernen. Durch die Arbeit will NaturKultur europäische Werte und gesellschaftliche Teilhabe, sowie Umweltbewusstsein, interkulturellen Austausch, Toleranz, Vielfalt und soziale Inklusion fördern.

<https://naturkultur.eu>



#### *Teilseind e. V. / Muslimische Akademie Heidelberg*

Teilseind e. V. ist 2014 als Graswurzelbewegung im Bemühen entstanden, im Spannungsfeld Gesellschaft – Islam – Wissenschaft einen Resonanzraum für gesamtgesellschaftlich relevante Fragen und Kontroversen sowie Begegnungen auf Augenhöhe zu ermöglichen. Mittels Angebote der politischen Bildung werden Antworten auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft gesucht und im Idealfall auch produziert. Dieses Wirken mündet in die Gründung und Etablierung der „Muslimischen Akademie Heidelberg“. Die Bildungsangebote zielen auf proaktive, inklusive Demokratieförderung, um für ein selbstverständliches Engagement im Bewusstsein demokratischer Werte zu befähigen, ermutigen und begeistern. Im Besonderen hat es sich Teilseind zur Aufgabe gemacht, den ungehobenen Potenzialen der muslimischen Zivilgesellschaft Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten bzw. eine Selbstverständlichkeit muslimischen Engagements jenseits der eigenen gesellschaftlichen Nische zu befördern.

[www.teilseind.de](http://www.teilseind.de)



Die fünf neuen Mitglieder spiegeln die Bandbreite der Mitgliedschaft, die der AdB in der politischen Bildungslandschaft vertritt. Der scheidende Vorsitzende des AdB, Ulrich Ballhausen, sagte dazu: „Der AdB ist ein lebendiges, vielfältiges und offenes Netzwerk, das mit seinem Anspruch und seiner Zusammenarbeitsstruktur für neue Träger interessant und attraktiv ist.“

Die Mitglieder des Verbandes freuen sich auf die Zusammenarbeit und die gemeinsame Gestaltung der Landschaft politischer Bildung.

## Ein kurzes Resümee zum Projekt „Empowered by Democracy“

### Abschluss des zweijährigen Projekts



Mohammad Ahmad und Rama Akar, zwei junge Teilnehmende aus der HÖB e. V., präsentieren Ergebnisse auf der Abschlussveranstaltung Foto: Sepehr Atefi

Ende 2019 schloss der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) nach zweieinhalb Jahren das Kooperationsprojekt „Empowered by Democracy“ ab. Das Projekt realisierte der AdB seit 2017 im Verbund mit vier weiteren Mitgliedern der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss politische Bildung (bap e. V.). Es wurde aus Mitteln des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördert.

„Empowered by Democracy“ zielte darauf ab, mehr junge Menschen mit Fluchthintergrund als Zielgruppe in die Jugendbildungsmaßnahmen der AdB-Mitgliedseinrichtungen einzubeziehen sowie noch stärker Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Bildungsarbeit einzubinden. Darüber hinaus sollten junge Geflüchtete ermutigt und dazu befähigt werden, selbst Teamer\*innen zu werden und sich in selbst gewählten Formaten der politischen Bildung mit Themen aus ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen.

In Kooperation mit insgesamt 17 AdB-Mitgliedseinrichtungen wurden von 2017 bis 2019 rund 65 Einzelmaßnah-

men im Projekt umgesetzt. Diese reichten von Tagungen zum Thema Flucht über Seminare für und mit jungen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zu vielen unterschiedlichen Themen, bis hin zu Qualifizierungsreihen für neue Teamende in der politischen Bildung. Mit den Maßnahmen wurden ca. 1.300 Teilnehmende erreicht von denen mindestens 40 % Teilnehmende mit Fluchterfahrung waren (diese Zahl beruht auf Schätzungen der Seminarleitungen).

Der AdB zieht ein positives Gesamtfazit des Projektes. Die Projektziele wurden erreicht: In vielen unterschiedlichen AdB-Einrichtungen wird mit geflüchteten Jugendlichen gearbeitet. Wie das konkret aussieht, ist dabei immer auch von lokalen Ressourcen und der Ausgangssituation vor Ort geprägt. Einige Einrichtungen haben ihre langjährige Arbeit mit der Zielgruppe im Rahmen des Projektes erweitert und dabei die Qualifizierung von neuen Teamenden mit Fluchterfahrung in den Blick genommen. In anderen Einrichtungen war das Thema und/oder die Zielgruppe eher neu und durch das Projekt bewirkt worden, dass erste Maßnahmen stattgefunden haben. Es sind zahlreiche neue Formate und Maßnahmen mit der Zielgruppe geflüchtete Jugendliche entstanden oder wurden erweitert. Die Zahl der Maßnahmen insbesondere mit jungen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung (heterogene Gruppen) war konstant hoch. Junge Menschen mit Fluchterfahrung und ihre Perspektiven sind in den beteiligten AdB-Einrichtungen in unterschiedlicher Funktion präsent, bspw. als Teilnehmende, Teamende oder Honorarkräfte. Diese Präsenz ist durch das Projekt gestärkt worden. Deutliches Potenzial gibt es weiterhin bei der Besetzung von hauptamtlichen Stellen mit Personen mit Fluchterfahrung.

Auch nach dem Projektende wird die Beschäftigung mit dem Themenfeld „Flucht und Migration“ und die Arbeit mit jungen Menschen mit Fluchterfahrung im AdB insgesamt und insbesondere in der Fachgruppe „Flucht und Migration“ des Programms „Politische Jugendbildung im AdB“ fortgeführt.

## Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern

Neues Modellprojekt im AdB erprobt Formate der politischen Bildung mit Kindern



Foto: jock+scott/photocase.de

Mit Beginn des Jahres 2020 startet im AdB ein neues Modellprojekt. Das auf fünf Jahre angelegte Vorhaben, gefördert durch „Demokratie leben!“, stellt eine in der politischen Bildung noch wenig beachtete Zielgruppe in den Fokus: Kinder im Grundschulalter.

Kinder sind politische Subjekte und haben sowohl das Recht als auch die entwicklungspsychologischen Fähigkeiten, sich mit politischen Themen zu befassen, ihr Wissen zu erweitern und in politische Prozesse eingebunden zu werden. Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert Kindern u. a. Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 13) sowie das Recht auf Bildung und Bildung zu Menschenrechten und Grundfreiheiten (Art. 28). Nimmt man diese Rechte ernst, müssen Kinder im Grundschulalter mehr Möglichkeiten erhalten, über „das Politische“ im Sinne eines weiten Politikbegriffs nachzudenken.

Die politische Bildung muss selbstkritisch konstatieren, dass ihr Angebot für die Zielgruppe Kinder sehr gering ist. Es gibt einige vielversprechende Erprobungen, die auch beforscht sind, ihr Schwerpunkt liegt aber in der Regel auf der Frage nach der Alltags-Beteiligung von Kindern in Kita, Hort und Grundschule. Politische Themen als Bildungsgegenstand spielen dabei aber kaum eine Rolle.

Um sich dieses Desiderats anzunehmen, setzt der AdB von 2020 bis 2024 das Modellprojekt „Demokratie-Profis in Ausbildung! Politische Bildung mit Kindern“ um. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb.

### Ziele des Modellprojektes

Ziel des Projektes ist es, Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren in ihren Kompetenzen zum demokratischen Handeln und zur Meinungsbildung zu bestärken. Durch Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten soll eine erweiterte politische Teilhabe im Sozialraum erreicht werden. Im Rahmen der fünfjährigen Projektlaufzeit werden gemeinsam mit Mitgliedseinrichtungen des AdB und deren Kooperationspartner\*innen Modellformate der politischen Bildung für Kinder im Grundschulalter entwickelt und erprobt.

Des Weiteren zielt das Projekt auf die Erweiterung der Kompetenzen von Bildungspraktiker\*innen in der formalen und non-formalen politischen Bildung. Sie werden in die Lage versetzt, Angebote politischer Bildung für Kinder im Grundschulalter zu konzipieren und umzusetzen. Die zu Beginn in einer Bedarfs- und Potenzialanalyse gewonnenen Ergebnisse und die aus der Umsetzung der Modellformate gewonnenen Erkenntnisse dienen hierbei als Grundlage für Fortbildungen und Vernetzungsveranstaltungen für Fachkräfte im Feld. Angebote der politischen Bildung für Kinder im Grundschulalter werden durch die Qualifizierung von politischen Bildner\*innen und Multiplikator\*innen als neuer Schwerpunkt in der politischen Bildung und in angrenzenden Feldern verankert.

Die Kernziele auf einen Blick:

- Entwicklung und Erprobung von Formen politischer Bildungsarbeit mit Kindern im Grundschulalter orientiert an deren Bedarfen, dem aktuellen wissenschaftlichen Stand sowie bereits existenten Praxiserfahrungen
- Erweiterung der Kompetenzen von Bildungspraktiker\*innen in der formalen und non-formalen politischen Bildung
- Fachliche Weiterentwicklung der politischen Bildung und Erweiterung der Zielgruppe

Zum 1. Januar 2020 hat das Projektteam bestehend aus Rebecca Arbter (Projektleitung) und Damaris Wardenga (Projektmitarbeiterin) mit der Umsetzung des Modellprojektes begonnen. Mehr Informationen zu den Aktivitäten im Projekt und Möglichkeiten der Beteiligung sind zeitnah auf der Homepage des AdB zu finden. Für Fragen ist das Projektteam gerne erreichbar.

---

## Fortifying Democracy through Transatlantic Civic Education

Bundeskanzler-Stipendiatin Katja Greeson forscht für ein Jahr zu politischer Jugendbildung in Deutschland



Bundeskanzler-Stipendiatin Katja Greeson Foto: AdB

Katja Greeson, Gastforscherin aus den USA, ist seit November 2019 als Bundeskanzler-Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung in der Geschäftsstelle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), um das System der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland und auf EU-Ebene zu erforschen.

Während des einjährigen Projektzeitraums nutzt Katja Greeson den analytischen Blick von außen, um kritisch auf die Vorteile und Herausforderungen des Systems zu schauen, um Empfehlungen für das US-amerikanische System aussprechen zu können. Durch dieses Projekt soll die transatlantische Kommunikation im Kontext der politischen Jugendbildung gestärkt und Bereiche für eine potenzielle transatlantische Zusammenarbeit identifiziert werden.

Katja Greeson freut sich über vielfältige Möglichkeiten, Bildungsorte kennenzulernen, an Tagungen und Fortbildungen und als Beobachterin an Jugendseminaren und -begegnungen teilzunehmen und Interviews mit Praktiker\*innen und Teilnehmer\*innen in ganz Deutschland zu führen.

Wer sich an der Forschung beteiligen oder mehr über das Projekt erfahren möchten, wende sich bitte an Katja Greeson unter [greeson@adb.de](mailto:greeson@adb.de). Sie freut sich über alle Gelegenheiten, von Expert\*innen politischer Bildung zu lernen und die einzigartige Struktur der außerschulischen politischen Jugendbildung, Themen und Konzepte in Deutschland und der EU zu erforschen.

Die Alexander von Humboldt-Stiftung bietet mit dem Bundeskanzler-Stipendium zukünftigen Führungskräften aus den USA, Brasilien, China, Indien und Russland die Chance, ein eigenständig konzipiertes und gesellschaftlich relevantes Projekt durchzuführen.

Katja Greeson bringt neun Jahre Erfahrungen aus Ehrenamt und Berufspraxis in der Arbeit mit politischen Kampagnen und dem Democratic National Committee, sowie Forschungserfahrung in der transatlantischen Politik mit. In ihre Master-Thesis beschäftigte sie sich mit dem Euroskeptizismus und der Beteiligung und Einstellung junger Menschen gegenüber der EU.

## Aus den Mitgliedseinrichtungen

Das inklusive Kooperationsprojekt „Adamstown – der Film“, der vom *ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.* zusammen mit Hüller Medienwerkstatt e. V. und Directors-Cut realisiert wurde, hat den Dieter Baacke Preis – die bundesweite Auszeichnung für herausragende medienpädagogische Projekte – in der Kategorie „Intergenerative und integrative Projekte“ gewonnen.

Im Jahr 2019 feierte der *Internationale Bund (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.* sein 70. Gründungsjubiläum. An den unterschiedlichen Standorten des IB in ganz Deutschland wurde das Jubiläumsjahr mit bunten Aktivitäten gefeiert.

Ebenso feierte 2019 der Verein *Internationale Jugendgemeinschaftsdienste – ijgd-Bundesverein e. V.* sein 70. Jubiläum. Die ijgd bestehen aus einem Bundesverein, an den 13 Landesvereine angeschlossen sind, die ijgd Freiwilligendienste im In- und Ausland organisieren.

Das *Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.*, in Buchenbach bei Freiburg i.Br., ist eine überparteiliche Bildungs- und Begegnungsstätte für Jugendliche und Erwachsene aus Deutschland und ganz Europa. Es feierte 2019 das 60. Gründungsjubiläum.

*Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.* in Nahrendorf wurde 2019 40 Jahre alt.

*HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg* mit Sitz in Potsdam feierte 2019 sein 20jähriges Jubiläum.

Das *Anne Frank Zentrum* in Berlin feierte am 7. Dezember 2019 sein 25-jähriges Bestehen. 1994 wurde das Anne Frank Zentrum als Förderverein gegründet, um die internationale Wanderausstellung „Die Welt der Anne Frank. 1929–1945“ aus Amsterdam nach Berlin zu holen. Diese wurde am 7. Dezember 1994 erstmals in Berlin-Mitte präsentiert und war insgesamt in sechs Berliner Bezirken zu sehen. Mittlerweile ist das Anne Frank Zentrum die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam und hat im Laufe der Zeit sein Wirkungsfeld kontinuierlich ausgebaut.

Wie ist der Stand der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug in Bezug auf Angebote, deren Nutzung und weiteren Bedarf? Diese Fragen untersuchte ein Forschungsteam der Hochschule Merseburg unter Leitung des Sozialwissenschaftlers Prof. Dr. Jens Borchert in Zusammenarbeit mit dem *Anne Frank Zentrum*. Befragt wurden bundesweit über 700 inhaftierte Jugendliche sowie 40 Mitarbeiter\*innen von Vollzugsanstalten und externe politische Bildner\*innen. Die Ergebnisse der Pilotstudie wurden am 18. November 2019 im Rahmen einer Fachtagung in Leipzig vorgestellt. Sie stehen als Download auf der Homepage der Einrichtung zu Verfügung ([www.annefrank.de](http://www.annefrank.de)).

Die *Bildungsstätte Anne Frank* in Frankfurt am Main hat gemeinsam mit dem Journalisten Martin Steinhagen und weiteren Autor\*innen das Themenheft „Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus – Wie die Rechten die Geschichte umdeuten“ produziert, das es als Print- und Online-Version gibt. Es gibt einen Überblick über aktuelle Formen von Geschichtsrevisionismus, benennt wichtige Akteur\*innen und deren typische Argumentationsfiguren und zeigt, an welche gesellschaftlichen Einstellungen sie anknüpfen.

Das *Anne Frank Zentrum* in Berlin hat gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin eine „Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus in Grundschulen“ veröffentlicht. Antisemitische Vorurteile, Diskriminierungen und Wissensbestände sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Auch Kinder im Grundschulalter kommen immer wieder – meist nebenbei und ungewollt – in Kontakt mit antisemitischen Aussagen und Bildern. Bisher gab es für Pädagog\*innen und Lehrkräfte nur wenig unterstützendes Material zum proaktiven Umgang mit Antisemitismus und zur Vorgehensweise bei antisemitischen Vorfällen in der Grundschule. Die Handreichung gibt kurze Hintergrundinformationen und viele praktische Tipps zu den Themen Jüdisches Leben heute, antisemitische Vorurteile und Diskriminierung sowie zur Thematisierung des Holocaust. Download unter [www.annefrank.de](http://www.annefrank.de).

# Berichte, Hinweise, Nachrichten

## Personalien

**DR. PETER BURMANN** ist bereits seit dem 1. Oktober 2019 neuer Geschäftsführer im Verband der Bildungszentren im Ländlichen Raum (VBLR). Er löst **EVA-MARIA KERN** ab, die zum 30. November 2019 in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Am 25. und 26. November 2019 hat die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB) ihren Vorstand wiedergewählt. Vorsitzender bleibt **GUNTER GEIGER**, zweiter Vorsitzender ist **BENEDIKT WIDMAIER**. Vorstandsmitglieder sind zudem **DR. RUTH BENDELS**, **RÜDIGER PAUS-BURKARD**, **MARTINA WEISHAUPT**.

Am 10. Dezember 2019 hat IJAB in seiner Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist **ROLF WITTE**, Stellvertreter\*innen sind **BERIT LEISTEN**, **FERDINAND RISSOM**, **JOCHEN RUMMENHÖLLER** und **DR. HERBERT WIEDERMANN**. Auf der Versammlung wurden der langjährige AKSB-Geschäftsführer **LOTHAR HARLES** als Vorsitzender sowie **MARTIN SCHÖNWANDT**, **ERDMAN BIERDEL** und **HETAV TEK** als Stellvertreter verabschiedet.

Bundeskanzlerin **ANGELA MERKEL** hat am 11. Dezember 2019 im Bundeskabinett die turnusgemäße Neuberufung der Mitglieder des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) für die Amtsperiode 2020–2023 bekannt gegeben. **MARLEHN THIEME**, langjährige Vorsitzende, wurde verabschiedet. Am 17. Januar 2020 fand die konstituierende Ratssitzung im Bundeskanzleramt statt, auf der ein neuer Vorsitz gewählt wurde. Vorsitzender ist **DR. WERNER SCHNAPPAUF**, stellvertretende Vorsitzende ist **PROF. DR. IMME SCHOLZ**.

Seit dem 1. Januar 2020 ist **WILFRIED KLEIN** neuer Direktor des Gustav-Stresemann-Instituts e. V. in Bonn. Zuvor war er seit Januar 2018 Leiter des Fachbereiches Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Er löst **DR.**

**H.C. ERIK BETTERMANN**, Präsident und Vorstand des Vereins, ab, der für einige Monate die kommissarische Leitung des Hauses innehatte, nachdem **DR. ANSGAR BURGHOF** in den Ruhestand verabschiedet wurde.

**MARIA GRÜNING**, seit 2013 Geschäftskordinatorin von Die Kopiloten e. V. – gemeinsam.politisch.bilden, hat den Verein zum Ende 2019 verlassen und eine neue Herausforderung angenommen. Neuer Geschäftsführer im Verein für politische Bildung ist **FABIAN SCHRAGE**. Er war schon länger ehrenamtlich bei den Kopiloten aktiv.

Der bisherige Geschäftsführer des Jugendbildungszentrums Blossin, **MICHAEL LEHMANN**, hat nach 28 Jahren Anfang 2020 die Bildungsstätte verlassen. Nachfolgerin ist **ANDREA HAASE**. Bereits seit Sommer 2019 gehörte sie zum Blossin-Team, um sich auf ihre neue Aufgabe vorzubereiten.

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) wird seit Januar 2020 von einer Doppelspitze geführt. Neue Co-Direktorin neben **LOTHAR FRICK** ist die bisherige Leiterin der Abteilung Demokratisches Engagement und des Fachbereichs Gedenkstättenarbeit, **SIBYLLE THELEN**.

Seit dem 1. Januar 2019 hat **KLAUS WALDMANN** die Leitung der Redaktion des „Journal für politische Bildung“ übernommen. Er folgt **FELIX MÜNCH** nach, der diese Position aus dienstlichen Gründen aufgeben muss.

Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste – ijgd-Bundesverein e. V. hat eine neue Geschäftsführung gewählt: Seit Januar 2020 ist **KATRIN BÄUMLER** als neue Geschäftsführerin in Hannover tätig.



**AMELIE SCHEDER** hat Ende Januar 2020 die Akademie Franckenwarte – Gesellschaft für Politische Bildung e. V. verlassen. Die alleinige Leitung des Hauses übernimmt die bisherige Co-Leiterin **STEPHANIE BÖHM**.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e. V. (BAJ) hat eine neue Geschäftsführerin. Am 1. März 2020 hat **MAJA WEGENER** den langjährigen Leiter der Geschäftsstelle der BAJ in Berlin, **GERD ENGELS**, abgelöst. Herr Engels geht nach mehr als 20 Jahren Lobbyarbeit für den Jugendschutz in den Ruhestand. Seine Nachfolgerin Frau Wegener war zuvor als Leiterin der Abteilung Themen und Projekte in der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau e. V. tätig.

**IN EIGENER SACHE:** Der Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V. hat den Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ neu berufen und die Herausgeber\*innen benannt: Die Zeitschrift wird für den AdB herausgegeben von **BORIS BROKMEIER**, Vorsitzender des AdB und Leiter von Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., sowie von **DR. BEATE ROSENZWEIG**, Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V. Die bisherigen Herausgeber, **DR. PAUL CIUPKE** und **ULRICH BALLHAUSEN** haben diese Funktion abgegeben, arbeiten aber weiterhin im Redaktionsbeirat mit. Weitere Mitglieder im Beirat sind **INA BIELENBERG**, **GERTRUD GANDENBERGER**, **DR. BARBARA HOPMANN** und **DR. MICHAEL SCHRÖDER**.

## Aus Profession und Politik

### Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit

Ein breites Bündnis von Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und politischer Bildung ist am 23. Oktober 2019 mit der „Weimarer Erklärung für demokratische Bildungsarbeit“ an die Öffentlichkeit getreten. Die Erstunterzeichner setzen sich für die Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit ein.

Einer der Initiatoren der „Weimarer Erklärung“, Eric Wrasse, pädagogischer Leiter der Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“, äußerte sich zu den Hintergründen der Erklärung: „Die Partei Alternative für Deutschland attackiert und diffamiert seit geraumer Zeit bundesweit Träger und Programme der politischen Bildung. Ziel dieser Kampagne ist es, Institutionen und Pädagog\*innen einzuschüchtern. So soll im Sinne der AfD-Parteiideologie Einfluss auf die Inhalte von Bildungsangeboten genommen werden. Dagegen setzt die Weimarer Erklärung ein deutliches Zeichen für eine selbstbewusste, wertgebundene, überparteiliche und solidarische Bildungslandschaft, die sich ihrer besonderen Verantwortung für den Demokratie- und Menschenrechts-Lernort Weimar bewusst ist.“

Und Ulrich Dillmann, Leiter des Eigenbetriebes Volkshochschule/mon ami, betonte die Vielfalt und Notwendigkeit überparteilicher kommunaler Bildungsarbeit: „Weimar unterstützt Demokratiebildung in vielen zivilgesellschaftlichen Projekten, u. a. im Rahmen des „Lokalen Aktionsplans Weimar“. Kommunale Bildungseinrichtungen gehören ebenfalls zum festen Bestandteil der Stadt, wobei die Volkshochschule hier eine besondere Rolle einnimmt. Durch ihre bundesweite Vernetzung und Arbeit vor Ort setzt sie Eckpunkte in der (kultur-)politischen Bildung und stärkt die politische Teilhabe ebenso wie das zivilgesellschaftliche Engagement.“

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. unterstützt die „Weimarer Erklärung“ und die darin formulierten Argumente zur Verteidigung einer weltoffenen Demokratie.

Die „Weimarer Erklärung“ im Wortlaut sowie Hinweise auf die Erstunterzeichner unter [www.weimarer-erklärung.de](http://www.weimarer-erklärung.de)

## Dritter Engagementbericht übergeben

Am 21. Januar hat Juliane Seifert, Staatssekretärin im BMFSFJ, den Dritten Engagementbericht entgegengenommen. Unter dem Titel „Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter“ betrachtet der Bericht das Jugendengagement in Deutschland und die Auswirkungen der Digitalisierung auf das freiwillige Engagement.

Politik und Akteuren der Zivilgesellschaft gibt er konkrete Handlungsempfehlungen. Die Bundesregierung verfasst bis Frühjahr 2020 eine Stellungnahme dazu.

Quelle: [www.bmfsfj.de/bmfsfj/juliane-seifert-nimmt-dritten-engagementbericht-entgegen/144628](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/juliane-seifert-nimmt-dritten-engagementbericht-entgegen/144628)

## 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention – Veröffentlichung des „Zweiten Kinderrechteport“

Vor 30 Jahren – am 20. November 1989 – wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet, mit der zum ersten Mal überhaupt die Rechte von Kindern festgelegt wurden, darunter das Recht auf Schutz vor Gewalt, auf Bildung und auf Beteiligung. Anlässlich des 30. Jahrestags der Verabschiedung der Konvention hat Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey am 15. November 2019 den „Zweiten Kinderrechteport“ von Kindern und Jugendlichen entgegengenommen. In dem Bericht bewerten Kinder und Jugendliche die Umsetzung der Kinderrechte und stellen ihre Forderungen vor. Unter anderem werden Beteiligungsprojekte zu Kinderrechten aufgeführt, die Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 17 Jahren umgesetzt haben. Außerdem enthält der Kinderrechteport Ergebnisse einer deutschlandweiten Online-Umfrage unter Kindern und Jugendlichen. Schwerpunkte des Berichts sind die Rechte von Kindern auf Nicht-Diskriminierung, Beteiligung, Schutz vor Gewalt und angemessene Lebensbedingungen.

Die Bundesfamilienministerin kündigte an: Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sollen in Zukunft bei allen Entscheidungen des Staates besser berücksichtigt und die Beteiligung soll verbessert werden.

Der Kinderrechteport dokumentiert zum zweiten Mal nach 2010 den Stand der Kinderrechte in Deutschland. Erarbeitet wurde er von Kindern und Jugendlichen gemeinsam mit der vom BMFSFJ geförderten „National Coalition – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention“. Der Bericht gibt Kindern und Jugendlichen eine Stimme im Berichtsverfahren der Vereinten Nationen zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Deutschland.

Zu den Kernforderungen der Kinder und Jugendlichen in dem Bericht gehört die Stärkung ihres Rechts auf Mitbestimmung, etwa durch die Herabsetzung des Wahlalters und die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Wichtig ist den Kindern und Jugendlichen auch mehr Aufklärung über das Recht auf gewaltfreie Erziehung und klare Anlaufstellen, an die sie sich bei Gewalterfahrungen wenden können. Sie wünschen sich außerdem, dass alle Kinder gleiche Chancen haben und niemand aufgrund der Herkunft schlechter behandelt wird.

Quelle: Pressemitteilung des BMFSFJ Nr. 096 vom 15. November 2019

Weitere Informationen: [www.kinderrechteport.de](http://www.kinderrechteport.de)

## Bundesjugendkuratorium: Empfehlungen für Jugendbeteiligung

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) hat im November 2019 eine Stellungnahme zum Thema „Junge Menschen in der Politikberatung. Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene“ veröffentlicht. Darin gibt das BJK Empfehlungen, wie junge Menschen mit ihren Anliegen und Interessen grundsätzlich und nachhaltig in politische Beratungsprozesse der Bundespolitik stärker eingebunden werden können. Das BJK spricht sich darin für eine Kinder- und Jugendpolitik aus, die nicht nur für, sondern mit jungen Menschen gestaltet wird und die angesichts der demografischen Entwicklungen als politisches Signal an die junge Generation verstanden werden kann.

Junge Menschen fordern gegenwärtig die Politik heraus, wie sich beispielsweise mit den Protesten für mehr Umwelt- und Klimaschutz („Fridays for Future“) zeigt. Sie machen ihr Wissen deutlich und verlangen neue Antworten der Politik für eine bessere Gegenwart und Zukunft. Aus Sicht des BJK findet jedoch die Bundespolitik weitgehend ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit jungen Menschen statt. Junge Menschen sind in den politischen Beratungsformen kaum vertreten. Das Wissen der jungen

Generation in unserer Gesellschaft soll laut BJK in allen Politikfeldern nicht nur stärker diskutiert, sondern auch in politische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse einfließen.

Das BJK betont in seinen Empfehlungen die Wichtigkeit, junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und sozialen Hintergründen in die Politikberatung einzubeziehen. Besondere Beachtung wird der Frage nach den Zugängen erteilt. Gefordert werden u. a. eine nachhaltige Infrastruktur, Qualitätsstandards, ein ausdifferenziertes Monitoring und altersgerechte Formate. Entscheidungsträger\*innen werden aufgefordert, sich neuen, auch digitalen Räumen junger Menschen anzunähern. Das BJK spricht sich für eine Kinder- und Jugendpolitik aus, die nicht nur für, sondern mit jungen Menschen gestaltet wird und die angesichts der demografischen Entwicklungen als politisches Signal an die junge Generation verstanden werden kann. 30 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention im November 1989 sollte dies ein Anspruch jeder Politik sein!

Quelle und Download: [www.bundesjugendkuratorium.de](http://www.bundesjugendkuratorium.de)

## Bundeskabinett beschließt Jugendstrategie der Bundesregierung

Das Bundeskabinett hat im Dezember die Jugendstrategie der Bundesregierung beschlossen. „In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend“ – das ist nicht nur der Titel, sondern auch das Leitprinzip für die Jugendstrategie. Damit bekennt sich die Bundesregierung erstmals ressortübergreifend zu ihrer Verantwortung für die junge Generation. Im Rahmen der öffentlichen Präsentation der Jugendstrategie diskutierten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesjugendministerin Franziska Giffey im Bundeskanzleramt mit über 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die Jugendstrategie und weitere jugendrelevante Themen.

Ob bedarfsgerechter Nahverkehr, schnelles Internet, bezahlbare Mieten oder wirksamer Klimaschutz – Maßnahmen in vielen Politikfeldern haben Auswirkungen auf die junge Generation. Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb haben alle Ministerien unter der Federführung des Bundesjugendministeriums an der

Jugendstrategie gearbeitet und sie gemeinsam entwickelt. Die Jugendstrategie beschreibt für neun jugendrelevante Handlungsfelder die Ausgangslage, benennt Handlungsbedarfe und führt insgesamt 163 Maßnahmen aller Ressorts auf, die bereits auf den Weg gebracht wurden, die neu ergriffen oder weiterentwickelt werden.

Die im Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode vorgesehene gemeinsame Jugendstrategie wurde durch die Interministerielle Arbeitsgruppe „Jugend“ unter Federführung des BMFSFJ entwickelt. Der Kabinettsbeschluss ist zugleich der Startschuss für den Umsetzungsprozess der Jugendstrategie.

Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums Pressemitteilung 104 vom 03.12.2019

Weitere Informationen und Download der Broschüre: [www.bmfsfj.de/jugendstrategie](http://www.bmfsfj.de/jugendstrategie)

## Broschüre „Empowerment, Begegnung und Demokratie gestalten“ erschienen

Im Projekt „Empowered by Democracy“ diskutierten seit 2017 Jugendliche in ganz Deutschland in verschiedenen Formaten über die Frage „Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“ Nach fast drei Jahren wurde im Herbst 2019 Bilanz gezogen. Es konnte auf vielfältige Begegnungen, spannende politische Diskussionen und gemeinsame Aktivitäten zurückgeblickt werden. Die Broschüre „Empowerment, Begegnung und Demokratie gestalten“ versteht sich als Abschlusspublikation des Projekts. Sie trägt wichtige Ergebnisse zusammen und bietet praxisnahe Einblicke in eine politische Bildungsarbeit, die junge Migrant\*innen als handelnde Subjekte stärkt, bildet und vernetzt. Auch eine Zusammenfassung der Abschlusskonferenz vom September 2019 in Berlin ist enthalten. Die Broschüre möchte Anregungen für eine Bildungspraxis geben, die die Verwirklichung des Rechts auf demokratische Teilhabe aller jungen Menschen unterstützt.

Eine weitere Publikation im Rahmen des Projekts ist die Expertise „Gemeinsam stärker.“ Sie fragt nach den

Spezifika der außerschulischen politischen Jugendbildung mit Blick auf die Zielgruppe geflüchteter Jugendlicher im Kontext von anderen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe und von Schule. Dazu wurden Interviews mit politischen Bildner\*innen, Jugendsozialarbeiter\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen, Lehrkräften, Mitarbeiter\*innen von Geflüchteteninitiativen und Wissenschaftler\*innen geführt. Welche Erfahrungen wurden gemacht, wo liegen Herausforderungen? Wie kann die Zusammenarbeit verbessert werden, um Teilhabechancen geflüchteter Jugendlicher zu erhöhen? Welche Vorstellungen und Erwartungen über die jeweils anderen Arbeitsfelder existieren bei den Praktiker\*innen? Welche Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft lassen sich daraus ziehen?

Quelle, weitere Informationen und Download: <https://empowered-by-democracy.de>

## Neues Handbuch „Maßstab Menschenrechte“ erschienen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat ein neues Handbuch mit dem Titel „Maßstab Menschenrechte. Bildungspraxis zu den Themen Flucht, Asyl und rassistische Diskriminierung“ herausgegeben. Es ist ein Ergebnis des gleichnamigen Projekts, das im Oktober 2019 zu Ende gegangen ist.

In dem Handbuch geht es um folgende Fragen: Wie kann Bildung zu einer Gesellschaft beitragen, die die Würde und Rechte von Menschen mit Fluchtgeschichte anerkennt? Wie können Menschenrechte eine Gesprächskultur stärken, die offenen Meinungs austausch fördert und gleichzeitig vor diskriminierenden Äußerungen schützt? Wie kann struktureller und institutioneller Rassismus thematisiert und adressiert werden?

Das 108-seitige Handbuch bietet mögliche Antworten auf diese Fragen und richtet sich an alle Personen, Gruppen und Institutionen, die pädagogisch zu Menschenrech-

ten, Flucht, Asyl und/oder rassistischer Diskriminierung arbeiten oder daran interessiert sind. Es enthält längere und kürzere Texte, aufgezeichnete Gespräche beziehungsweise schriftlich geführte Interviews und auch Zeichnungen; dabei finden Erfahrungsberichte genauso ihren Platz wie wissenschaftliche Beiträge. Ein Teil der Texte stammt von Personen, die im Rahmen des Projekts mit dem Institut zusammengearbeitet haben; in der Mehrheit handelt es sich dabei um Personen von Selbstorganisationen, Aktivist\*innen und/oder Pädagog\*innen aus Praxis und Wissenschaft.

Die Publikation kann als gedrucktes Exemplar bestellt und als barrierefreies PDF heruntergeladen werden.

Quelle und Download: [www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen)

## UNESCO legt Weltbericht zur Erwachsenenbildung vor

Weltweit haben noch immer zu wenige Erwachsene Zugang zu Bildung. Zu diesem Schluss kommt der vierte Weltbericht zur Erwachsenenbildung, den die UNESCO am 5. Dezember 2019 in Brüssel vorstellte. Der Global Report on Adult Learning and Education (GRALE) wird alle drei Jahre herausgegeben und dient dem Monitoring der globalen Entwicklungen im Bereich Erwachsenenbildung. Er wird vom UNESCO-Institut für Lebenslanges Lernen erstellt und basiert auf Daten aus derzeit 159 Ländern. Jeder Bericht hat einen inhaltlichen Schwerpunkt. 2019 untersuchen die Autor\*innen insbesondere, wer an der Erwachsenenbildung teilnimmt und wer nicht.

Demnach nehmen in fast einem Drittel aller untersuchten Staaten weniger als 5 % der Erwachsenen über 15 Jahren an Bildungsprogrammen teil. Besonders für Menschen mit Behinderung, ältere Erwachsene, Geflüchtete und Migranten sind die Hürden hoch. Deutschland gehört laut Autorenteam hinsichtlich Qualität und Finanzierung zu den Positivbeispielen in Sachen Erwachsenenbildung.

Der Weltbericht macht deutlich, dass die Ausgaben für Erwachsenenbildung in den vergangenen zehn Jahren im globalen Vergleich zurückgegangen sind. Dieser Trend zeigt sich in Ländern mit niedrigem Einkommen ebenso wie in Staaten mit hohem Einkommen. Fast ein Fünftel aller Länder gab an, weniger als 0,5 % seines Bildungsbudgets in die Erwachsenenbildung zu investieren. Bei weiteren 14 % der Staaten war es weniger als ein Prozent. Deutschland gehört zu den 19 % aller Länder, die mehr als 4 % ihres Bildungshaushalts für Erwachsenenbildung aufwenden.

Die Autor\*innen des Berichts loben, dass Deutschland entgegen der allgemeinen Entwicklung mit der Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetzes zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten für die Erwachsenenbildung geschaffen

hat. Zudem stellen sie fest, dass die Bundesrepublik auch mit Blick auf die Qualität der Erwachsenenbildung zu den weltweit führenden Ländern gehört.

Der UNESCO-Bericht zeigt, dass seit 2015 drei Viertel aller Länder ihre Bildungsangebote für Erwachsene qualitativ verbessern konnten, etwa durch die Entwicklung von Lehrplänen und -methoden, aber auch durch bessere Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich. Allerdings waren diese Fortschritte nicht gleichmäßig verteilt. Während viele Länder über positive Entwicklungen bei der Qualität von Alphabetisierungsprogrammen, der Weiterbildung und beruflichen Bildung berichteten, fielen die Fortschritte etwa bei der politischen Bildung gering aus.

Deutschland erfährt im Bericht insbesondere Anerkennung für das GRETA-Projekt (Grundlagen für die Entwicklung eines anbieterübergreifenden Anerkennungsverfahrens für die Kompetenzen von Lehrkräften in der Erwachsenen- und Weiterbildung), in dem Qualitätskriterien für Lehrmethoden in der Erwachsenenbildung entwickelt wurden. Gefördert vom BMBF hat das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung mit GRETA ein einheitliches, trägerübergreifendes Kompetenzmodell von Lehrkräften in der Erwachsenen- und Weiterbildung erarbeitet.

Um mehr Erwachsenen Zugang zu hochwertiger Bildung zu geben und das Bildungsziel 4 der Globalen Nachhaltigkeitsagenda zu erreichen, mahnen die Autor\*innen des UNESCO-Berichts Nachbesserungen an. Sie fordern u. a. verstärkte Investitionen; Hilfsverpflichtungen gegenüber Entwicklungsländern; mehr Forschung zu guter Praxis, integrierte, ressortübergreifende politische Konzepte und bessere Daten.

Quelle: [www.unesco.de/bildung/bildungsbiografie/erwachsenenbildung/unesco-legt-weltbericht-zur-erwachsenenbildung-vor](http://www.unesco.de/bildung/bildungsbiografie/erwachsenenbildung/unesco-legt-weltbericht-zur-erwachsenenbildung-vor)

Download: [https://uil.unesco.org/system/files/grale\\_4\\_final.pdf](https://uil.unesco.org/system/files/grale_4_final.pdf)

## Neuerscheinung „Ohne uns geht nichts! Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe“

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ hat die Publikation „Ohne uns geht nichts! Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe“ herausgegeben. Ziel der Publikation ist es, eine nachhaltige Orientierung in der Debatte um den wachsenden Fachkräftebedarf, um eine perspektivische Fachkräftegewinnung und eine angemessene Personalentwicklung zu geben.

Die Themen „wachsender Fachkräftebedarf“ und „Fachkräftemangel“, „Fachkräftegewinnung“ und „Personalentwicklung“ sind seit Jahren ein Dauerthema (nicht nur) im Zusammenhang der Kinder- und Jugendhilfe. Die zahlreichen Diskussionen in unterschiedlichen Kontexten zeigen, dass es neben einer Diskussion quantitativer Gesichtspunkte – wie viele Fachkräfte fehlen bzw. werden wo gebraucht – auch ein besonderes Interesse im Sinne einer qualitativen Befassung mit den bestehenden Herausforderungen bezüglich der Qualifizierung von Fachkräften, der Fachkräftegewinnung und der Bindung von Fachkräften geben muss. Die vorliegende Publikation stellt grundlegende Aspekte des Fachkräftebedarfs dar und führt Handlungsmöglichkeiten und Verantwortungsbereiche aus.

Der Band greift im ersten Abschnitt „Allgemeines, Grundlegungen, Gesamtperspektive“ einfühend die quantitativen Entwicklungen des Personals in der Kinder- und Jugendhilfe sowie das Fachkräftegebot auf und führt aktuelle Herausforderungen in der Kinder- und Jugendhilfe, die sich an die Fachkräfte stellen, aus. Im zweiten Abschnitt „Ein Blick in ausgewählte Handlungsfelder: Aktuelle Situation, Herausforderungen und Anforderungen – eine gemeinsame Theorie- und Praxisperspektive“ werden einzelne Handlungsfelder in den Blick genommen und jeweils aus einer fachtheoretischen Perspektive verbunden

mit einer entsprechend handlungspraktischen Perspektive diskutiert. Ziel ist es handlungsfeldspezifische Fragen, Anforderungen und Themen herauszuarbeiten sowie über die Handlungsfelder hinweg auch Gemeinsamkeiten sichtbar zu machen. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen und möglichen Strategien, die darauf zielen, Fachkräfte für die Kinder- und Jugendhilfe zu gewinnen, Fachlichkeit weiterzuentwickeln und Personal langfristig zu binden, werden im dritten Abschnitt entlang von Qualifizierungswegen und Qualifizierungsmodellen, deren Ausrichtung, den Anforderungen an eine qualifizierte Berufseinmündung sowie Personalentwicklung aufgezeigt.

Die aktuellen Entwicklungen um einen gewachsenen Fachkräftebedarf sowie die sich hieraus ergebenden Notwendigkeiten Lösungswege zu finden, sind nicht nur aus dem Blickwinkel einzelner Akteure zu thematisieren. Sie stellen sich vielmehr, wie im vierten Abschnitt aufgezeigt, als eine gesamtpolitische Aufgabe dar. Leitungskräfte, Verantwortliche bei Trägern der öffentlichen und der freien Kinder- und Jugendhilfe und in den Verbänden sind in gleicher Weise wie (fach-)politische Akteur\*innen gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zu eröffnen, aber auch gesellschaftliche Anerkennung einzufordern, damit die Fachkräfte die alltäglich sich stellenden kleinen und großen Herausforderungen meistern können und ihr Engagement aufrechterhalten, denn: „Ohne sie geht nichts!“

Quelle, Bestellung (19,- € zzgl. Versandkosten), weitere Information und Download des Inhaltsverzeichnisses: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ; [www.agj.de](http://www.agj.de)

## „Jugendgerechte Bildungslandschaften in ländlichen Räumen“ AGJ-Positionspapier

Das Aufwachsen junger Menschen findet im Rahmen individueller Voraussetzungen, insbesondere aber auch der sozial geprägten Strukturen ihrer Lebenswelt statt. Dieser lebensweltliche Erfahrungshintergrund hängt maßgeblich davon ab, unter welchen regionalen Bedingungen er entsteht. Es macht einen Unterschied in Bezug auf die zur Verfügung stehenden Angebote und Räume für junge Menschen, ob sie auf dem Land oder in der Stadt, in einer strukturschwachen oder einer prosperierenden Region aufwachsen, und wirkt sich somit auch auf die dementsprechenden alltäglichen Möglichkeiten und Herausforderungen aus.

Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ mit dem Positionspapier, das vom Vorstand der AGJ am 12./13.12.2019 beschlossen wurde, die besonderen Bedingungen des Aufwachsens in ländlichen Räumen aus einer kinder- und jugendpolitischen Perspektive thematisiert. Ein Fokus liegt hier unter anderem auf den Herausforderungen und Potenzialen ländlicher Räume und dem Beitrag, den Kinder- und Jugendarbeit in ländlichen Räumen und insbesondere in Bildungslandschaften leistet. Das Thema Bildungslandschaften wird in diesem Kontext erneut fachpolitisch the-

matisiert und aktualisiert. So formuliert die AGJ Kriterien für jugendgerechte Bildungslandschaften und stellt hier die Rolle von Jugendarbeit heraus. Abschließend formuliert die AGJ Handlungsaufforderungen und Positionen für den weiteren Prozess zur Schaffung jugendgerechter Bildungslandschaften in ländlichen Räumen, z. B.: Sogenannte dritte Orte müssen für Jugendliche vorgehalten bzw. geschaffen werden. Jugendarbeit sollte bei der Etablierung und Entwicklung von Bildungslandschaften stärker selbst federführend die Initiative ergreifen. Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfeplanung sind die Stärkung von Bildungsteilhaber junger Menschen und die dazu notwendige Koordination unter den regionalen Bildungsakteuren mit zu berücksichtigen. Zudem sind systematische Bestandserhebungen und Bedarfsanalysen unter Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse von jungen Menschen unabdingbar für die örtlichen Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ; [www.agj.de/positionen/aktuell.html](http://www.agj.de/positionen/aktuell.html)

Download der Position: [www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2019/Jugendgerechte\\_Bildungslandschaften.pdf](http://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2019/Jugendgerechte_Bildungslandschaften.pdf)

## Zwischenbericht I zum Forschungsprojekt „Evaluation der Integrationskurse (EvIk)“ vorgelegt

Das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) führt derzeit das Forschungsprojekt „Evaluation der Integrationskurse (EvIk)“ durch. Dabei wird die Wirkungsweise der Integrationskurse mit besonderem Fokus auf die Teilnehmendengruppe der Geflüchteten erforscht. Mit dem nun vorliegenden Forschungsbericht 33 werden als Zwischenbericht I erste Analysen und Erkenntnisse zur Wirkungsweise der Integrationskurse mit besonderem Fokus auf die Teilnehmendengruppe der Geflüchteten vorgelegt. Im Fokus des Berichts stehen dabei insbesondere Analysen zu (fluchtspezifischen) Einflussfaktoren auf den Kurszugang und -erfolg auf den Ebenen von Kursteilnehmenden, Lehrkräften und Kursträgern sowie Erkenntnisse zu Schnittstellen von Bun-

des- und Landesangeboten der Sprachförderung und der Wertevermittlung.

Die Erkenntnisse des Zwischenberichts beruhen insbesondere auf ersten qualitativen Erhebungen mit 21 vom BAMF-FZ selbst durchgeführten Interviews mit Teilnehmenden, Lehrkräften und Trägern sowie auf Sekundärdatenanalysen mittels der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016 und 2017 sowie auf Sonderauswertungen aus der Integrationskursgeschäftsdatei (InGe) des BAMF.

Quelle, weitere Informationen und Download: [www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb33-zwischenbericht-evik-I.pdf](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb33-zwischenbericht-evik-I.pdf)

# Ausschreibungen und Wettbewerbe

## Starthilfeförderung der Stiftung Mitarbeit: Antragsfristen 2020

Die Stiftung Mitarbeit vergibt seit vielen Jahren Starthilfeszuschüsse an kleinere lokale Organisationen mit geringen eigenen finanziellen und personellen Ressourcen sowie an neue Initiativen und junge Vereine, die in den Bereichen Soziales, Politik, Bildung jenseits von Schule, Kultur und Umwelt innovativ tätig sind. Wesentlich dabei ist, dass beispielhaft aufgezeigt wird, wie Zusammenschlüsse von Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Mit der Starthilfeförderung will die Stiftung Mitarbeit Bürger\*innen ermutigen, sich

an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund. Nächsten Antragsfristen für Starthilfeanträge ist der 1. Juni, der 17. August und der 2. November 2020.

Quelle und weitere Informationen: [www.mitarbeit.de/foerderung\\_projekte/starthilfefoerderung](http://www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/starthilfefoerderung)

## Projektförderung: Öffentlichkeitsarbeit für Europa

Deutschland übernimmt im zweiten Halbjahr 2020 turnusgemäß die EU-Ratspräsidentschaft. Multiplikator\*innen der Zivilgesellschaft kommt eine große Bedeutung bei der Vermittlung europapolitischer Themen zu. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA) möchte diese Akteure für die europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland gewinnen und fördert europapolitische Maßnahmen und Projekte im gesamten Jahr 2020 finanziell. Einzelne Projekte können mit einer Zuwendung von bis zu 50.000 Euro berücksichtigt werden. Die Ausschreibung wendet sich insbesondere an junge Menschen sowie Multiplikator\*innen aus Bildung, Forschung, Journalismus und sozialen Projekten.

Das BPA fordert dazu auf, Projektvorschläge einzureichen, die das Interesse der Bevölkerung an der Euro-

päischen Union wecken wollen und den Mehrwert der Europäischen Union herausstellen. Darüber hinaus sollen der individuelle Nutzen und die positiven Auswirkungen der EU-Politik auf den Alltag der EU-Bürger\*innen im Dialog erarbeitet werden. In den Projekten sollen auch die Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft beleuchtet werden. Dabei sollen die Bürger\*innen aktiv eingebunden und ein möglichst hoher Verbreitungseffekt, z. B. über soziale Medien, erzielt werden.

Quelle und weitere Informationen: [www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/projektfoerderung-europa-1667074](http://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/europa/projektfoerderung-europa-1667074)



## Zündfunken für Kulturarbeit – Fonds Soziokultur vergibt Fördermittel

Der Fonds Soziokultur vergibt wieder Fördermittel an Projekte, die Kunst und Kultur mit den Herausforderungen der Gesellschaft vor Ort verbinden. Bis zum 2. Mai 2020 können Anträge für soziokulturelle Projekte eingereicht werden, die im zweiten Halbjahr 2020 beginnen oder realisiert werden. Ein Schwerpunkt wird auf dem Thema „Nachhaltigkeit“ liegen.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien stellt dem Fonds Soziokultur jährlich 2 Million Euro

für die Förderung der Soziokultur zur Verfügung. Die Bundesmittel haben im Durchschnitt einen Drittelanteil an den Gesamtkosten der einzelnen Projekte vor Ort, wo zusätzliche Förderer gewonnen werden.

Quelle und weitere Informationen: [www.fonds-soziokultur.de](http://www.fonds-soziokultur.de)

## DIE-Innovationspreis 2020: Kompetenz für den digitalen Wandel – Lernangebote für das Personal in der Weiterbildung

In diesem Jahr zeichnet der „Preis für Innovation in der Erwachsenenbildung“ Lern- und Bildungsangebote aus, die in innovativer Weise Bildungspersonal befähigen, das besondere Potenzial digitaler Medien für Unterricht und Training zu nutzen. Ausgelobt wird der Preis alle zwei Jahre vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE) in Bonn.

Wie entwickeln Pädagog\*innen Kompetenzen, um digitale Medien klug zu nutzen? Wie lernen Lehrende, wie man digitale Medien gewinnbringend nutzen kann? Wie gestaltet man Bildungsangebote effektiv mit digitalen Lernmedien?

Die Herausforderungen des gesellschaftlichen Megathemas „Digitalisierung“ bewegen seit geraumer Zeit auch die Erwachsenen- und Weiterbildung. Aber nicht nur Investitionen in die technische Infrastruktur sind notwendig, um digitale Medien erfolgreich in der Lehre einzusetzen, sondern vor allem Investitionen in die digitale Fitness des Weiterbildungspersonals: Alle, die Lernangebote für

Erwachsene organisieren und durchführen, müssen mit den Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung souverän umgehen können. Deshalb sucht das DIE Fortbildungs- und Qualifizierungsprojekte, die sich an Lehrende in der Erwachsenen- und Weiterbildung wenden und zum Ziel haben, diese digital fit zu machen. Zu den Voraussetzungen für die Bewerbung gehört, dass die Bildungsangebote innovativ sind, bereits in der Praxis eingesetzt wurden und der Erwachsenenbildung neue Impulse geben.

Expert\*innen für Digitalisierung aus Wissenschaft, Praxis und Politik bilden die unabhängige Jury. Sie wird die Preisträger\*innen in einem zweistufigen Verfahren ermitteln. Die Preisverleihung findet am 30. November 2020 in Bonn im Rahmen des „DIE-Forum Weiterbildung 2020“ statt. Bewerbungen sind bis zum 9. April 2020 möglich.

Quelle und weitere Informationen: [www.die-bonn.de/innovationspreis](http://www.die-bonn.de/innovationspreis)

# Veranstaltungen

---

**14. bis 17. April 2020**

Kassel

## Deutscher Präventionstag

Veranstalter: DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG gGmbH

[www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)

---

**12. Mai 2020**

Schwerin

## Fachtagung: Brüche überwinden. Bedeutung politischer Bildung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Veranstalter: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., Akademie Schwerin e. V. – Haus für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern, Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

[www.adb.de/fachtagungen-brueche-ueberwinden](http://www.adb.de/fachtagungen-brueche-ueberwinden)

---

**2. bis 4. Juni 2020**

Berlin

## UNESCO Weltkonferenz „ESD for 2030“

Veranstalter: UNESCO

[www.bne-portal.de/de/weltweit/esd-2030---mit-bne-die-zukunft](http://www.bne-portal.de/de/weltweit/esd-2030---mit-bne-die-zukunft)

---

**15. und 16. Juni 2020**

Frankfurt am Main

## Blickwinkel 2020 – antisemitismus- und rassismuskritisches Forum für Bildung und Wissenschaft

Veranstalter: Bildungsstätte Anne Frank, Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ), Fritz Bauer Institut, Jüdisches Museum Frankfurt, Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin

[www.bs-anne-frank.de](http://www.bs-anne-frank.de)

---

**21. bis 23. September 2020**

Nürnberg

## Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit

Veranstalter: Forschungsverbund DJI/TU Dortmund, Bayerischer Jugendring in Kooperation mit der Stadt Nürnberg

<https://bundeskongress-kja.de>

---

**18. bis 20. Mai 2021**

Essen

## Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag „Wir machen Zukunft – Jetzt!“

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ)

[www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html](http://www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfetag.html)

# Zeitschriftenschau

**Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament (APuZ), Heft 43/2019** Schwerpunkt: Das Auto

**Heft 44–45/2019** Schwerpunkt: Hartz IV

**Heft 46/2019** Schwerpunkt: Gleichwertige Lebensverhältnisse

**Heft 47–48/2019** Schwerpunkt: Klimadiskurse

**Heft 49–50/2019** Schwerpunkt: Rechtsterrorismus

**Heft 51/2019** Schwerpunkt: „Das andere Geschlecht“

**Heft 52/2019** Schwerpunkt: Wetter

**Heft 1–3/2020** Schwerpunkt: Jemen

**Heft 4–5/2020** Schwerpunkt: 1945

**Heft 6–7/2020** Schwerpunkt: Lausitz

Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn; [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

**Blätter für deutsche und internationale Politik,**

**Heft 11/2019** Schwerpunkte z. B.: Klimakrise; 30 Jahre 1989; Der neue, alte Antisemitismus

**Heft 12/2019** Schwerpunkte z. B.: Die Entzauberung des Westens; Syrien und das Scheitern der EU-Menschenrechtspolitik; Was in den USA zur Wahl steht; Vom Verlust guter Arbeit

**Heft 1/2020** Schwerpunkte z. B.: Der Kampf um Gemeinnützigkeit; AfD im Klima-Abseits; Das Ende des indischen Traums; Digitaler Sozialismus

**Heft 2/2020** Schwerpunkte z. B.: Zukunft des Regierens: Projekte statt Koalitionen?; Kampf um Lebensraum; Die klimaneutrale Stadt

Bezug: Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Torstr. 178, 10115 Berlin; [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)

**deutsche jugend, Heft 11/2019** Schwerpunkt: Jugend und Politik

**Heft 12/2019** Schwerpunkt: Jugendliche stärken

**Heft 1/2020** Schwerpunkt: Jugendarbeit und Online-Medien

**Heft 2/2020** Schwerpunkt: Gemeinschaft und Teilhabe

Bezug: Julius Beltz GmbH & Co. KG, Beltz Juventa, Werderstraße 10, 69469 Weinheim; [www.beltz.de](http://www.beltz.de)

**Die politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, Heft 557/2019** Schwerpunkt: Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur

**Heft 558/2019** Schwerpunkt: Grundsätzlich – Prämissen für die Politik

**Heft 559/2019** Schwerpunkt: Innovativ – Über Zukünfte

Bezug: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin; [www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de)

**DJI-Impulse, Bulletin des Deutschen Jugendinstituts,**

**Heft 2/2019** Schwerpunkt: Recht auf einen Ganztagsplatz. Potenziale des geplanten Rechtsanspruchs im Grundschulalter

Bezug: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München; [www.dji.de/impulse](http://www.dji.de/impulse)

**EB Erwachsenenbildung,** hrsg. von der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung,

**Heft 4/2019** Schwerpunkt: Schule und Erwachsenenbildung

**Heft 1/2020** Schwerpunkt: Prävention von Missbrauch und sexualisierter Gewalt

Bezug: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, 37073 Göttingen; [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

**EDUCATION PERMANENTE EP, Schweizerische Zeitschrift für Weiterbildung, Heft 3/2019** Schwerpunkt: Werte und wirtschaftliche Realität

**Heft 4/2019** Schwerpunkt: Weiterbildung als Betätigungsfeld im Alter

Bezug: Schweizerischer Verband für Weiterbildung SVEB, Oerlikonstraße 38, CH-8057 Zürich; [www.alice.ch](http://www.alice.ch)

**FES-info**, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung,  
**Heft 3/2019** Schwerpunkt: Welt aus den Fugen? Frieden  
und Sicherheit

Bezug: Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin;  
www.fes.de

**forum erwachsenenbildung**, hrsg. von der Deutschen  
Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbil-  
dung (DEAE e. V.) und vom Comenius-Institut,  
**Heft 4/2019** Schwerpunkt: Souverän und ohnmächtig in  
digitalen Zeiten

**Heft 1/2020** Schwerpunkt: Nun lasst mal die Bildung  
im Dorf

Bezug: Waxmann Verlag, Steinfurter Str. 555, 48159 Münster;  
www.waxmann.com

**Forum Jugendhilfe**, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, **Heft 3/2019** Schwerpunkt:  
Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe gestalten

**Heft 4/2019** Schwerpunkt: Im Fokus: (Junge) islamische  
Akteure in der Kinder- und Jugendhilfe

Bezug: AGJ, Mühlendamm 3, 10178 Berlin; www.agj.de

**GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissen-  
schaften für politische Bildung**, **Heft 4/2019** Schwerpunk-  
te z. B.: Russische Außenpolitik; Macrons Frankreich;  
Islamismus, Föderalismus; In Zeiten digitaler  
Meldeplattformen

Bezug: Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, 51379 Leverkusen;  
www.budrich-verlag.de

**Hessische Blätter für Volksbildung**, hrsg. vom Hessischen  
Volkshochschulverband e. V. Bielefeld, **Heft 4/2019**  
Schwerpunkt: Ressourcen der Erwachsenenbildung

Bezug: www.wbv.de/journals/zeitschriften/hessische-blaetter-fuer-  
volksbildung

**Journal für politische Bildung**, hrsg. vom Bundesaus-  
schuss für politische Bildung, **Heft 4/2019** Schwerpunkt:  
Friedliche Revolution – und dann?

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50,  
60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

**Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis  
(KJug)**, hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder-  
und Jugendschutz e. V. (BAJ), **Heft 1/2020** Schwerpunkt:  
Suizid – Prävention und Beratung

Bezug: BAG Jugendschutz, Mühlendamm 3, 10178 Berlin;  
www.kjug-zeitschrift.de

**Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für  
Forschung, Praxis und Diskurs**, **Heft 38/2019** Schwerpunkt:  
Arbeitsmarktorientierte Erwachsenenbildung. Im Span-  
nungsfeld von Verwertbarkeit und Emanzipation

Bezug: www.erwachsenenbildung.at/magazin

**merz. medien + erziehung – zeitschrift für medienpädagogik**,  
**Heft 6/2019** Schwerpunkt: Meinungsbildung in sich  
wandelnden Öffentlichkeiten

**Heft 1/2020** Schwerpunkte: Wie analog ist digitale Gewalt?

Bezug: kopaed verlagsgmbh, Pfälzer-Wald-Str. 64, 81539 München;  
www.kopaed.de

**Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte**, **Heft 11/2019**

Schwerpunkt: Nachbar Afrika

**Heft 12/2019** Schwerpunkte: SPD – wohin?

**Heft 1/2/2020** Schwerpunkte: Alarmstufe Rot: nachhaltig  
umsteuern

Bezug: Verlag J.H.W. Dietz, Dreizehmorgenweg 24, 53175 Berlin;  
http://dietz-verlag.de

**POLIS, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für politische  
Bildung**, **Heft 4/2019** Schwerpunkt: Religion – Politik –  
Politische Bildung

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50,  
60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

**POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung**, **Heft 4/2019**

Schwerpunkt: Alterssicherung

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50,  
60489 Frankfurt am Main; www.wochenschau-verlag.de

**weiter bilden. DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung,**

**Heft 4/2019** Schwerpunkt: Künstliche Intelligenz und Learning Analytics in der Erwachsenenbildung

Bezug: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld; [www.wbv.de](http://www.wbv.de)

**Wochenschau. Politik und Wirtschaft unterrichten,**

**Heft 6/2019** Schwerpunkt: Vorurteile (Sek. I); Globalisierung – Internationale Wirtschaftsbeziehungen (Sek. II)

**Heft 1/2020** Schwerpunkt: Demokratie in der Gemeinde (Sek. I); Das Parteiensystem (Sek. II)

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

**Zeitschrift für Menschenrechte, Heft 2/2019** Schwerpunkt: Menschenrechte im Ausnahmezustand

Bezug: Wochenschau Verlag, Eschborner Landstr. 42–50, 60489 Frankfurt am Main; [www.wochenschau-verlag.de](http://www.wochenschau-verlag.de)

## pd-digital

### Youth Wiki – Online-Enzyklopädie zur Jugendpolitik in Europa

Mit Informationen zur Jugendpolitik sowie weiteren jugendpolitisch relevanten Themen in 29 Ländern Europas verfolgt die europäische Plattform Youth Wiki das Ziel, die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Jugend zu stärken. Zudem sollen politische Entscheidungen durch die Bereitstellung von zusammenhängenden, verlässlichen und vergleichbaren Daten und Hintergrundinformationen unterstützt werden.

Neben fast allen EU-Mitgliedstaaten stellen auch die Republik Nord-Mazedonien, Island, Norwegen und die Türkei Inhalte im Youth Wiki bereit. Abgebildet werden umfassende Informationen zur Politik sowie zu Strukturen und Maßnahmen zur Unterstützung junger Menschen. Sie decken die jugendpolitischen Strukturen jedes einzelnen Landes sowie die acht Themen der bisherigen Europäischen Jugendstrategie 2010–2018 ab: freiwilliges Engagement, Beschäftigung und Unternehmergeist, soziale Inklusion, Partizipation, allgemeine und berufliche Bildung, Gesundheit und Wohlbefinden, Kreativität und Kultur, Jugend in der Welt. Zudem finden die Nutzer\*innen auf dem europäischen Portal ein Glossar mit Erläuterungen zu Begriffen und Termen aus dem jeweiligen nationalen Kontext sowie ein umfangreiches Literatur- und Quellenverzeichnis.

Mit der Einbindung eines deutschsprachigen Youth Wiki im Fachkräfteportal der Kinder- und Jugendhilfe werden die in der europäischen Youth-Wiki-Plattform enthaltenen Informationen zugänglich gemacht, sowohl durch die direkte Veröffentlichung der Informationen (zu Deutschland) in deutscher Sprache als auch über ein Übersetzungstool, das den Zugang zu den Beiträgen aus den anderen Ländern Europas in deutscher Sprache gewährt. Weitergehende Fachbeiträge und Analysen der Youth-Wiki-Inhalte werden das deutschsprachige Angebot mittelfristig ergänzen. Der deutschsprachige Youth-Wiki-Bereich ist zukünftig unter der Domain [www.youthwiki.de](http://www.youthwiki.de) erreichbar.

Die europäische Plattform Youth Wiki ist ein Projekt der Europäischen Kommission, das in Deutschland von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. umgesetzt wird. Seit Ende 2017 ist das Informationsangebot online.

Quelle: <https://ijab.de>

Zur Plattform: [www.youthwiki.eu](http://www.youthwiki.eu)

# Jahrgangsregister **Außerschulische Bildung**

## Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

### 50. Jahrgang 2019

#### Thema im Fokus

**Ballhausen, Ulrich / Bielenberg, Ina / Erben, Friedrun:** 60 Jahre AdB – 60 Jahre Mitgestaltung der Demokratie. Aufbruch im 21. Jahrhundert **AB 3/2019** S. 35–41

**Brokmeier, Boris / Bielenberg, Ina:** „... schiebt Menschen weiter, rüttelt sie auf.“ Bildungsorte und ihre Gestaltung der politischen Bildung **AB 1/2019** S. 30–34

**Brünle, Elke:** Bibliotheken – öffentliche Lern- und Bildungsorte (Interview mit der Leiterin der Stadtbibliothek am Mailänder Platz, Stuttgart) **AB 1/2019** S. 35–36

**Ciupke, Paul:** Politische Bildung in der Demokratie ist demokratische Bildung. Eine Selbstvergewisserung **AB 3/2019** S. 18–23

**Dimbath, Oliver:** Politische Bildung und die Seismographen gesellschaftlicher Probleme. Orientierungspunkte für die Ausbildung eines politischen Problembewusstseins **AB 3/2019** S. 4–10

**Engel, Ulf:** Die Rolle Afrikas in der globalen Weltordnung. Aushandlungen zwischen afrikanischen Ordnungsentwürfen und externen Globalisierungsprojekten **AB 4/2019** S. 33–36

**Gabauer, Angelika / Knierbein, Sabine:** Die Veränderung der öffentlichen Räume. Eine urbanistische Analyse **AB 1/2019** S. 4–9

**Grobbauer, Heidi:** Unübersichtlich und komplex. Welt(un)ordnung im Blick politischer Bildung **AB 4/2019** S. 37–44

**Groitel, Gerlinde:** Weltmacht auf Abwegen: Die „America First“-Politik der Trump-Administration. Das Schicksal der liberalen Weltordnung **AB 4/2019** S. 18–22

**Gryglewski, Elke:** „Weinen (allein) bildet nicht“. Gedenkstättenarbeit im Spannungsfeld zwischen Emotionalität und Sachlichkeit **AB 2/2019** S. 34–39

**Huang, Ying:** China als eine neue Großmacht. Aufstieg und Dilemma **AB 4/2019** S. 28–32

**Jaschke, Hans-Gerd:** Politik mit der Wut. Wie der Rechtspopulismus mit Emotionen die Demokratie bedroht **AB 2/2019** S. 20–26

**Kurilla, Robin:** Das Fürchten lehren! Angst, authentischer Ärger und moralisierende Emotionszuschreibungen in Politik und Populismus **AB 2/2019** S. 12–19

**Lösch, Bettina:** Wie politisch muss und darf politische Bildung sein? Ein Beitrag zur „Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung“ **AB 3/2019** S. 24–26

**Lübking, Uwe:** Partizipative Räume für junge Menschen vor Ort. Beteiligung ist ein Erfolgsfaktor eines demokratischen Gemeinwesens **AB 1/2019** S. 23–29

**Mauil, Hanns W.:** Die internationale Ordnung als politische Ordnung. Was soll und kann sie leisten? **AB 4/2019** S. 4–10

**Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela:** Die Europäische Union vor der Bewährungsprobe. Kann sich die EU in der aktuellen Weltunordnung behaupten? **AB 4/2019** S. 11–17

**Oeftering, Tonio:** Politische Bildung und öffentlicher Raum. Eine theoretische Bestimmung von Politik und politischer Bildung **AB 1/2019** S. 17–22

**Schaal, Gary S.:** Benötigen wir eine demokratische Emotionspolitik? Zur problematischen Stellung von Gefühlen in Politik und Gesellschaft **AB 2/2019** S. 4–11

**Schoch, Bruno:** Russland in der neuen Weltunordnung. Großmachtspolitik ohne strategisch durchdachte Antwort **AB 4/2019** S. 23–27

**Schweiger, Wolfgang:** Öffentlichkeit 4.0. Ein Drama in vier Akten **AB 1/2019** S. 10–16

**Starke, Christof / Groppe, Annalena:** Frieden fühlen?! Wie Emotionen in der Friedensbildung global-politische Bedeutung haben **AB 2/2019** S. 40–46

**Stuten, Ulrich:** Furcht, Zorn und Mitgefühl. Emotionen als Impulsgeber und Gegenstand der politischen Bildung **AB 2/2019** S. 27–32

**Sturm, Michael:** Mut zur Unausgewogenheit. Überlegungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Interventionen in die politische Bildung **AB 3/2019** S. 27–34

**Wohnig, Alexander:** Was ist politische Bildung? Eine begriffliche Annäherung über verschiedene Zugänge **AB 3/2019** S. 11–17

---

## Forum

**Ballhausen, Ulrich:** citizenship education. Grundlagen und Grundverständnisse der nonformalen politischen Bildung als Studienangebot **AB 4/2019** S. 45–50

**Becker, Helle / Brosi, Annabell:** Emotionen, Bildung und Politik. Ein Einblick in die Forschungslandschaft **AB 2/2019** S. 47–51

**Pirker, Georg:** Gr.A.C.E. – the beginning of a wonderful friendship. Ein deutsch-griechisches Matchmaking-Projekt **AB 2/2019** S. 52–55

**Pretzel, Bruna Romano:** Zwischen Werkzeug und Werkstatt. Überlegungen zu den Grundlagen politischer Erwachsenenbildung **AB 1/2019** S. 45–49

**Schillo, Johannes:** Desiderius-Erasmus: Wird der Bock zum Gärtner gemacht? AfD setzt mit ihrer Stiftung auf politische Bildung **AB 3/2019** S. 42–45

**Stamenić, Boris / Rebitschek, Markus:** Historisch-politische Bildung on the road. Kroatien als Referenzraum Europäischer Erfahrungen? **AB 1/2019** S. 41–44

**Sturm, Michael:** „Neutralität“ als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung in Zeiten des Rechtspopulismus **AB 1/2019** S. 37–40

---

## Politische Bildung praktisch

**Bliesemann, Urte:** Learning citizenship. Methodische Impulse für politische Bildung im öffentlichen Raum **AB 1/2019** S. 50–53

**Creative Change e. V.:** Die Demokratieboten. Peer-to-Peer-Education – Konfliktbearbeitung auf Augenhöhe **AB 2/2019** S. 56–58

**Kaiser, Martin:** Are we always the good guys? Deutsch-amerikanische Programme in Zeiten des abnehmenden Multilateralismus **AB 4/2019** S. 51–55

**Krebs, Jan:** Trainieren für Zusammenhalt und Respekt. Zur politischen Bildung von Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland **AB 3/2019** S. 46–50

---

## Jahresthema im AdB

**Arbter, Rebecca / Jaenicke, Lea:** „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das Grundgesetz als Gegenstand non-formaler politischer Bildung **AB 4/2019** S. 56–59

**Feurich, Arila / Damerau, Frederik:** 2019 – ein Jubiläumsjahr für Demokratiestärkung und demokratisches Lernen. Das Projekt Thüringen 19\_19 als Praxisbeispiel für Vernetzung und Professionalisierung **AB 2/2019** S. 59–62

**Parak, Michael / Riffel, Dennis:** Das Grundgesetz leben. Demokratiegeschichte in der politischen Bildungsarbeit **AB 3/2019** S. 51–55

**Schillings, Nina / Evens, Josephine:** „You’ve got to fight for your right“. Von der Bedeutung des Grundgesetzes als Stoff für die politische Bildung und für die Maßnahmen der bpb **AB 1/2019** S. 59–63

**Ueberschär, Ellen:** Demokratie – das sind wir alle. Sind wir das noch? Wie wir das Grundgesetz mit Leben füllen können **AB 1/2019** S. 54–58

---

## Rezensionen

**Abdelhamid, Rames:** Die Unübersichtlichkeit der Demokratie. Ein Dilemma spätmoderner Politik **AB 1/2019** S. 65–66

**Achour, Sabine / Gill, Thomas (Hrsg.):** Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung **AB 1/2019** S. 64–65

**Baader, Meike Sophia / Freytag, Tatjana (Hrsg.):** Bildung und Ungleichheit in Deutschland **AB 2/2019** S. 69

**Becker, Karina / Dörre, Klaus / Reif-Spirek, Peter (Hrsg.):** Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte **AB 4/2019** S. 69–70

**Bernhard, Armin / Eble, Lukas / Kunert, Simon (Hrsg.):** Unser Marx. Potenziale und Perspektiven seiner Theorie für die Pädagogik **AB 3/2019** S. 64–65

**Bröning, Michael:** Lob der Nation Warum wir den Nationalstaat nicht den Rechtspopulisten überlassen dürfen **AB 4/2019** S. 61–62

**El-Mafaalani, Aladin:** Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt **AB 3/2019** S. 63–64

**Fleige, Marion / Gieseke, Wiltrud / von Hippel, Agia / Käßlinger, Bernd / Robak, Steffi:** Programm- und Angebotsentwicklung in der Erwachsenen- und Weiterbildung **AB 3/2019** S. 58–59

**Fuchs, Max (Hrsg.):** Widerständigkeit als Grundprinzip eines selbstbestimmten Lebens **AB 2/2019** S. 66–67

**Gabriel, Regine (Hrsg.):** „Es war sehr schön und auch sehr traurig“. Frühes Geschichtslernen an NS-Gedenkstätten für Kinder von 8–12 Jahren. Beispiele und Erfahrungen **AB 2/2019** S. 63–64

**Grimm, Marc:** Rechtsextremismus – Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts **AB 2/2019** S. 65–66

**Grotluschen, Anke / Schmidt-Lauff, Sabine / Schreiber-Barsch, Silke / Zeuner, Christine (Hrsg.):** Das Politische in der Erwachsenenbildung. Eine Einführung in das Thema **AB 4/2019** S. 64–65

**Heinemann, Alisha M. B. / Stoffels, Michaela / Wachter, Steffen (Hrsg.):** Erwachsenenbildung für die Migrationsgesellschaft. Institutionelle Öffnung als diskriminierungskritische Organisationsentwicklung **AB 3/2019** S. 59–60

**Heitzer, Enrico / Jander, Martin / Kahane, Anetta / Poutrus, Patrice G. (Hrsg.):** Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung **AB 2/2019** S. 64–65

**Hufer, Klaus-Peter:** Neue Rechte, altes Denken. Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker **AB 4/2019** S. 67–68

**Lahl, Kersten / Varwick, Johannes:** Sicherheitspolitik verstehen. Handlungsfelder, Kontroversen und Lösungsansätze **AB 4/2019** S. 60–61

**Lehmann, Steffi:** Jugendpolitik in der DDR. Anspruch und Auswirkungen **AB 4/2019** S. 62–63

**Mania, Ewelina:** Weiterbildungsbeteiligung sogenannter „bildungsferner Gruppen“ in sozialraumorientierter Forschungsperspektive **AB 2/2019** S. 67–68

**Ranan, David:** Muslimischer Antisemitismus. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland? **AB 1/2019** S. 66–67

**Rohloff, Sigurður A. / Martínez Calero, Mercedes / Lange, Dirk (Hrsg.):** Soziale Arbeit und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft **AB 4/2019** S. 66–67

**Sander, Wolfgang:** Bildung. Ein kulturelles Erbe für die Weltgesellschaft **AB 4/2019** S. 63–64

**Salzborn, Samuel:** Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne **AB 3/2019** S. 62–63

**Schenke, Julian / Schmitz, Christopher / Marg, Stine / Trittel, Katharina:** Pegida-Effekte? Jugend zwischen Polarisierung und politischer Unberührtheit **AB 4/2019** S. 68–69

**Schrader, Josef:** Lehren und Lernen in der Erwachsenen- und Weiterbildung, unter Mitarbeit von Anne Hild und Franziska Loreit **AB 3/2019** S. 57–58

**Schrader, Josef / Rossmann, Ernst Dieter (Hrsg.):** 100 Jahre Volkshochschulen. Geschichten ihres Alltags **AB 3/2019** S. 56–57

**Siegfried, Detlef:** 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur **AB 1/2019** S. 69

**Switek, Niko (Hrsg.):** Politik in Fernsehserien. Analysen und Fallstudien zu House of Cards **AB 1/2019** S. 68

**Weidenfeld, Werner:** Europas Seele suchen Eine Bilanz der europäischen Integration **AB 2/2019** S. 70–71



# Impressum

## Außerschulische Bildung

Zeitschrift der politischen  
Jugend- und Erwachsenenbildung

1/2020

### 51. Jahrgang

**Herausgeber:** Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Boris Brokmeier und Dr. Beate Rosenzweig

**Redaktion:** Dr. Friedrun Erben

**Redaktionsbeirat:** Ulrich Ballhausen, Ina Bielenberg, Boris Brokmeier, Dr. Paul Ciupke, Gertrud Gandenberger, Dr. Barbara Hopmann, Dr. Beate Rosenzweig, Dr. Michael Schröder

### Redaktions- und Bezugsanschrift:

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin  
Telefon: 030 400401-11  
E-Mail: redaktion@adb.de  
adb.de

**Gestaltung und Satz:** Berliner Süden, berlinersueden.de

**Herstellung:** Ruksaldruck GmbH + Co. KG, ruksaldruck.de

**Bildnachweis:** Copyrightinweise siehe Fotos

## Bezugsbedingungen

gültig ab Ausgabe 1/2015

**Einzelheft:** 7 €

**1 bis 3 Abonnements:** jährlich 20 €

**ab 4 Abonnements:** jährlich 16 €

**Abonnements für Studenten, Praktikanten,**

**Referendare, Arbeitslose:** jährlich 16 €

Alle Preise zzgl. Porto. Für Ermäßigungen bitte jährlich Bescheinigung übersenden.

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt und maßgeblich aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Die **Außerschulische Bildung** ist eine Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie wird vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben.

Die Fachzeitschrift Außerschulische Bildung ...

- trägt zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung bei.
- stärkt die Professionalität pädagogischen Handelns.
- nimmt aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft in den Blick und bereitet sie für die politische Bildung auf.
- macht Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich und ist ein Schaufenster des Arbeitsfelds.
- setzt theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung und macht die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt.
- stellt Methoden der politischen Bildung vor.
- präsentiert neue fachbezogene Publikationen und Medienprodukte und schätzt diese in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit ein.
- berichtet über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern.
- verbreitet Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden.

**AdB**

Arbeitskreis deutscher  
Bildungsstätten e.V.

adb.de